

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jens Reuter

Die Entstehung des Kosovo-Problems

Wolf Oschlies

Zur Haltung der südosteuropäischen Staaten  
im Kosovo-Konflikt

Marie-Janine Calic

Die Jugoslawienpolitik des Westens seit Dayton

Klaus Lange

Die UCK – Anmerkungen zu  
Geschichte, Struktur und Zielen

B 34/99

20. August 1999

Jens Reuter, geb. 1942; wissenschaftlicher Referent am Südost-Institut, München.

Veröffentlichungen u. a.: Die Albaner in Jugoslawien, München 1982; zahlreiche Beiträge in Fachzeitschriften über die Republiken des ehemaligen Jugoslawien.

Wolf Oschlies, Dr. phil. habil., geb. 1941; wissenschaftlicher Oberrat am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien in Köln und apl. Professor an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Veröffentlichungen u. a.: Duldung ist ein (neu)bosnisches Wort – Der Krieg in Bosnien-Herzegovina, Sankt Augustin 1997; Ceausescus Schatten schwindet – Politische Geschichte Rumäniens 1989–1998, Köln 1998; zahlreiche Beiträge in Fachzeitschriften zu kulturellen und ethnischen Problemen Südosteuropas.

Marie-Janine Calic, Dr. phil., geb. 1962; wissenschaftliche Referentin für Südosteuropa bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Ebenhausen.

Veröffentlichungen u. a.: Das Ende Jugoslawiens, in: Informationen zur politischen Bildung – aktuell, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, November 1996; Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegovina, erweiterte Neuausgabe, Frankfurt am Main 1996; zahlreiche Veröffentlichungen über den Balkan in Fachzeitschriften.

Klaus Lange, Dr. phil., geb. 1946; Dozent an der Hochschule für Politik, München; Referent für Außen- und Sicherheitspolitik der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung; Gastprofessuren in Rußland, Südafrika und Pakistan.

Veröffentlichungen u. a.: Grundzüge der albanischen Politik, München 1973; Die Agrarfrage in der Politik der Partei der Arbeit Albanien, München 1981; Albanian Security Policies, in: RUSI Defence Studies Series, London 1989; Der Kosovo-Konflikt. Aspekte und Hintergründe, München 1999 (Aktuelle Analysen, 14, Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München).



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: [ag2@bpb.de](mailto:ag2@bpb.de)

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.



## Die Entstehung des Kosovo-Problems

Das Kosovo-Problem ist ein klassisches Beispiel für einen Territorialkonflikt, in dem historisch begründete mit ethnisch fundierten Ansprüchen zusammenprallen. Die Serben insistieren auf der Geschichte und werden nicht müde darauf hinzuweisen, daß das Kosovo im Mittelalter die Wiege ihrer Kultur und Kirche sowie das politische Zentrum ihres Reichs war. Sie bezeichnen das Kosovo als das „serbische Jerusalem“, um ihre starke emotionale Bindung an dieses Territorium zum Ausdruck zu bringen.

Die Kosovo-Albaner behaupten dagegen, sie seien die Abkömmlinge der alten Illyrer und damit die Ureinwohner dieser Region. Als das älteste Volk auf dem Balkan hätten sie schon lange Zeit im Kosovo gelebt, bevor die Slaven am Ende des 6. Jahrhunderts ihren Fuß auf den Balkan setzten. Doch die Kosovo-Albaner haben nicht allein historische Argumente, sie haben auch die ethnischen Fakten auf ihrer Seite. Vor dem jüngsten Krieg waren nicht weniger als 90 Prozent der 2,15 Millionen Einwohner Kosovos Albaner; das sagen zumindest demographisch fundierte Schätzungen. Eine genaue Zahl gibt es nicht, da die Albaner die Volkszählung von 1991 boykottiert haben. Die Anzahl der im Kosovo seit vielen Jahrhunderten ansässigen Serben wurde hingegen auf lediglich 180 000 Menschen geschätzt – verglichen mit den Albanern eine bescheidene Größe.

1948 stellten die Serben noch 24 Prozent der Bevölkerung im Kosovo, die höhere Geburtenrate der Albaner und ein stetiger serbischer Abwanderungsprozeß sorgten für die Verschiebung der Gewichte. Fragt man, weshalb sich nicht nur serbische Nationalisten emotional so stark an ein Gebiet gebunden fühlen, in dem die Serben 1998 weniger als zehn Prozent der Bevölkerung stellten, dann muß man den Kosovo-Mythos erwähnen als den grundlegenden, ethnizitätsstiftenden Mythos der Serben. Dieser Mythos beschreibt im serbisch-nationalen Sinne das Ende einer paradiesischen Urzeit. Besonders im 19. Jahrhundert wurde das romantisch verklärte Bild vom Großreich des Zaren Stevan Dušan (1331–1355) entworfen. Damals erreichte Serbien seine größte räumliche Ausdehnung. Das Kosovo mit seinen Bergwerken, in denen Silber, Gold, Blei und Eisenerze abgebaut wurden, sicherte nicht nur den Reichtum des Herrschers, es stellte auch die wechselnden Hauptstädte

und war das Herzstück des Reichs. So waren die serbischen Angelegenheiten vermeintlich auf das Beste geordnet. Alle Serben lebten glücklich in einem großen Gemeinwesen, dessen Architektur, Wandmalerei und Handschriften bis in unsere Zeit Zeugnis von seiner hohen Kultur ablegen. Unter Mißachtung der historischen Tatsachen erweckten Lieder und Legenden den Eindruck, bis zur verhängnisvollen Schlacht auf dem Amsfeld (Kosovo) im Schicksalsjahr 1389 sei Serbien ein blühendes Reich gewesen. Danach habe das Martyrium des viele Jahrhunderte dauernden Türkenjochs begonnen. Zwietracht und Verrat seien verantwortlich für die Niederlage, die Vertreibung aus dem Paradies und das Martyrium der Türkenherrschaft. Besonders unter dem Einfluß der Ideen der Französischen Revolution und der deutschen Romantik richtete sich der Wille zum eigenen Nationalstaat am romantisch verklärten Bild des mittelalterlichen serbischen Reichs aus. Herzstück dieses Reiches war das Kosovo, das stereotyp als die „Wiege des serbischen Staats“ bezeichnet wurde<sup>1</sup>.

So wurde eine politische Mythologie entwickelt, die nicht rational erfaßt, sondern geglaubt werden wollte. Wenn viele Serben noch am Ende des 20. Jahrhunderts im Kosovo ihr „Heiliges Land“ erblicken, so speisen sich die damit verbundenen Emotionen auch aus einer anderen Quelle. Es ist die serbisch-orthodoxe Kirche, die die Jahrhunderte hindurch immer die Religion der Nation predigte. Die Kirche ist der eigentliche Gralshüter des Kosovo-Mythos. Sie sah ihre heiligste Aufgabe darin, den Glauben an ein Königreich zu nähren, das in alter Größe erstehen und alle verstreuten Glieder des serbischen Volkes wieder vereinigen würde. Jedes Jahr am Veitstag (28. Juni), dem Jahrestag der Schlacht, gedenkt die serbische Kirche nicht nur des Zaren Lazar und der mit ihm gefallenen Helden, sondern aller Serben, die seit 1389 ihr Leben für Glauben und Vaterland geopfert haben<sup>2</sup>.

Für die serbische Kirche hat das Kosovo eine zentrale Bedeutung. Hier, in der Stadt Pec, hat die

1 Vgl. Jens Reuter, *Die Albaner in Jugoslawien*, München 1982, S. 25 f.

2 Vgl. Hans-Michael Miedlig, *Gründe und Hintergründe der aktuellen Nationalitätenkonflikte in den jugoslawischen Ländern*, in: *SÜDOSTEUROPA*, (1992) 2, S. 116–130.



Kirche seit der Mitte des 14. Jahrhunderts ihr Patriarchat. Im Kosovo stehen Dutzende von mittelalterlichen Klöstern, darunter die bedeutenden von Deani und Graanica sowie die berühmte Metropolitankirche Bogorodica Ljeviaka in Prizren. Unter der Hohen Pforte, die ja Religion und Nation gleichsetzte, wurde die orthodoxe Kirche zur Hüterin der serbischen Identität. Ganz bewußt pflegte sie die Erinnerung an die Schlacht von Kosovo und den Glauben daran, daß die Türken nicht unbesiegbar seien, sofern ihnen das serbische Volk geschlossen und einig entgegentreten würde. Mit Hilfe des Kosovo-Mythos gelang es, das nationale Selbstbewußtsein der Serben in den Jahrhunderten der Türkenherrschaft aufrechtzuerhalten und den Gedanken an die Errichtung eines eigenen Reichs zu bewahren.

Wie lebendig der Kosovo-Mythos auch in unserer Zeit ist, zeigte sich am 28. Juni 1989, dem 600. Jahrestag der Schlacht von Kosovo. Damals versammelten sich zirka zwei Millionen Serben aus ganz Jugoslawien in Gazi Meatan, dem Ort, an dem die historische Schlacht stattgefunden haben soll. Anwesend war die komplette damalige Staats- und Parteiführung Jugoslawiens. Beethovens Trauermarsch wurde gespielt, danach die jugoslawische Nationalhymne. Der Slowene Drnoväek legte in seiner Eigenschaft als jugoslawischer Staatspräsident einen Kranz am monumentalen Denkmal für die Helden von Kosovo nieder.

Bemerkenswert an diesem Tag war nicht die eher zurückhaltende Rede, die Slobodan Milosevic hielt. Dem Patriarchen der serbisch orthodoxen Kirche, German, blieb es vorbehalten, wesentliche Bestandteile des Kosovo-Mythos zu verbalisieren. Er sagte: „Wenn es um die Schlacht auf dem Amselfeld 1389 geht, dann erinnert sich jeder Serbe, ob Kind oder Greis, daran. Er weiß um die Schlacht und ist all dem, was damals geschah und was sich in den folgenden Jahrhunderten ereignete, mit Herz und Seele verbunden. So ist Kosovo mit dem innersten Wesen unseres Volkes aufs engste verwoben. Unser Volk hat begriffen, daß die Tragödie von Kosovo und die darauffolgende 500jährige Sklaverei auf die Sünde zurückzuführen war. Das Unheil geschah, weil unter den Nachfolgern des großen Zaren Duāan Zwietracht herrschte und sein herrliches Reich wegen egoistischer Interessen zerstückelt wurde.“<sup>3</sup>

Was war am Veitstag 1389, dem Schicksalstag der serbischen Geschichte, tatsächlich geschehen? Der serbische Fürst Lazar stellte sich unweit der heutigen Stadt Priätina den Türken zur Schlacht. Ihm zur Seite stand sein Schwiegersohn Vuk Branko-

vic, nach ihm der zweite Mann im Staat. Auch die verbündeten Bosnier kämpften unter ihrem Vojvoden Vlatko Vukovic für Fürst Lazar, unterstützt von kroatischen, bulgarischen und wallachischen Hilfstruppen. Auch die albanischen Fürsten Balsha und Jonima kämpften auf der Seite der Serben, was in serbischen Darstellungen gern verschwiegen wird. Die Albaner waren zu dieser Zeit ein christliches Volk, wenngleich sie traditionell zwischen Rom und Byzanz schwankten.

Das christliche Heer war das Ergebnis eines mühsam zusammengezimmerter Bündnisses, denn die serbischen und bosnischen Edlen waren Rivalen im Kampf um den verwaisten serbischen Königsthron. Nur die späte Einsicht, daß man sich zunächst gemeinsam gegen den gefährlichen äußeren Feind wenden müsse, hielt sie von Fehden gegeneinander ab. Das türkische Heer mit seinen Vasallen wurde von Sultan Murad angeführt, der kurz zuvor bereits die süderbische Stadt Nia erobert hatte.

Die meisten Historiker räumen ein, daß sie nicht viel mehr über die Schlacht wissen. Die zahlenmäßige Stärke beider Heere (40 000 auf türkischer, 25 000 auf serbischer Seite?) ist ebenso unbekannt wie der Verlauf der Schlacht. Man weiß nur, daß das serbisch-bosnische Heer nach Anfangserfolgen eine Katastrophe erlebte. Fürst Lazar geriet in Gefangenschaft und wurde enthauptet, während sich Vuk Brankovic und Vlatko Vukovic retten konnten. Im Lauf der Schlacht fiel auch Sultan Murad. Erst in späteren Berichten tauchte die Version auf, der serbische Held Milos Obilic sei bis zu seinem Zelt vorgedrungen und habe ihn erdolcht.

Der Sieg der Türken auf dem Amselfeld wurde erst in den folgenden Jahrhunderten zur alles entscheidenden Schicksalsschlacht hochstilisiert. Entgegen den Tatsachen wurde er mit dem Untergang des serbischen Reichs gleichgesetzt und als der Beginn der 500jährigen Türkenherrschaft gedeutet. Genährt durch unzählige Lieder und Legenden, hinterließ die Katastrophe von Kosovo in der Erinnerung des Volkes unauslöschliche Spuren. Der tragische Ausgang der Schlacht und der Tod beider Heerführer entzündeten die Phantasie. So brachte die Volksdichtung in den nachfolgenden Jahrhunderten immer neue Heldenlieder hervor, die mit den tatsächlichen Fakten nur noch in losem Zusammenhang standen. Nicht mehr das historische Ereignis der Schlacht stand im Mittelpunkt, sondern die zahllosen Lieder und Legenden, die sich um sie rankten und sie zum Mythos werden ließen<sup>4</sup>.

3 Borba vom 29. 6. 1989.

4 Vgl. Noel Malcolm, A Short History of Kosovo, London 1997, S. 58 ff.



Während die zeitgenössischen Quellen keine inneren Ursachen für die serbische Tragödie auf dem Amsfeld nannten, hat die Volksdichtung zu Beginn des 17. Jahrhunderts den Schuldigen ausgemacht. Es ist Vuk Brankovic, der angeblich mit 7 000 Gefolgsleuten mitten in der Schlacht zu den Türken überlief. Der schnöde Verrat erklärt die Niederlage der ansonsten als unbesiegbar geltenden Helden. Gegenpol zum Verräter Brankovic ist die strahlende Lichtgestalt des Milos Obilic, der sein eigenes Leben opfert und den türkischen Sultan erdolcht. Türkische Quellen sind hingegen bestrebt, die Rolle des „verfluchten Ungläubigen“, der es wagte, die Hand gegen die „erhabene und allmächtige Person des Sultans“ zu erheben, möglichst herunterzuspielen. Man weiß nicht, ob Milos Obilic wirklich gelebt hat, die Legende aber macht ihn zu einem serbischen Helden, der sich für sein Volk aufopferte. In vielen Liedern erscheint Milos als ein göttlicher Held, begabt mit übernatürlichen Kräften.

Symbol des Serbentums auf dem Amsfeld ist der *kosovski bozur*, eine Blume ähnlich unserer Pfingstrose, deren dunkelrote Farbe vom Blut der gefallenen Helden herrühren soll. Jeder Serbe kennt auch das „Mädchen von Kosovo“, das die Wunden der noch immer auf dem Schlachtfeld liegenden Helden mit kühlendem Wasser wäscht und die Schmerzgeplagten mit rubinrotem Wein erquickt. Einige Legenden weisen Züge auf, die auch in anderen Nationalepen, etwa dem russischen Igorlied oder dem Nibelungenlied, anzutreffen sind. Vor der entscheidenden Schlacht fechten der Verräter Vuk Brankovic und der strahlende Held Milos ein Duell aus, das durch einen Streit ihrer Gattinnen ausgelöst wurde. Zwei schwarze Raben sind es, die Fürst Lazars Gattin Milica die Nachricht vom unglücklichen Ausgang der Schlacht überbringen. Milica läßt im Kloster Decani zwei Meter hohe Kerzen aufstellen und gibt die Weisung, sie erst anzuzünden, wenn die Schmach von Kosovo gerächt sei. Der serbische Dichter Jovan Skerlic fand für den Stellenwert der Schlacht auf dem Amsfeld folgende Worte: „So wie der Brand von Troja das gesamte griechische Altertum überstrahlt, so überstrahlt das Unglück von Kosovo die gesamte serbische Volksdichtung und nationale Poesie.“<sup>5</sup>

Die Mythen und Legenden, die sich um das Kosovo rankten, erfüllten eine wichtige Funktion: Durch den Glanz, den sie auf die Vergangenheit warfen, ließen sie das serbische Volk die dunklen Jahrhunderte der Türkenherrschaft überstehen und hielten die Hoffnung auf eine nationale Wiedergeburt wach. Es fehlte auch nicht an Versu-

chen, dem nationalen Schicksal einen religiösen Sinn zu verleihen. Der Untergang des serbischen Heeres und seiner adligen Führer wurde zur Schlacht des Christentums gegen die Mohammedaner hochstilisiert – Kreuz gegen Halbmond, das kultivierte Europa gegen das fanatische Asien. Hier klingt auch der Gedanke an, das serbische Volk habe sich für Europa geopfert und sei dabei von den übrigen christlichen Völkern im Stich gelassen worden. Das „Kosovo“ steht für die Kreuzigung des serbischen Volkes, dessen Martyrium nicht einmal Beachtung fand. Gestützt werden soll dieser Gedanke aufgrund der Tatsache, daß sich die Türken trotz ihres Sieges auf dem Amsfeld nach Adrianopel (Edirne) zurückzogen und ihren Weg nicht weiter nach Nordwesten fortsetzten. Sie gaben sich vielmehr mit der Eroberung Serbiens und Bulgariens (1393) zufrieden und setzten ihren Expansionskurs Richtung Westeuropa erst hundert Jahre später fort. Aus der Rolle Serbiens als nichtanerkannter Retter des Abendlands entwickelte sich in unserer Zeit eine Art Opfertrauma. Serbien steht immer allein da, der Westen unterstützt nicht das Land, das sich für ihn aufgeopfert hat, sondern dessen Feinde: die Slowenen, Kroaten, die bosnischen Muslime und die Albaner im Kosovo<sup>6</sup>.

Der Veitstag als ein Tag schicksalhafter Entscheidung ist so tief im serbischen Bewußtsein verankert, daß Aktionen von historischer Bedeutung eigens auf diesen Tag verlegt wurden. Am 28. Juni 1914 wurde der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo ermordet. Am Veitstag des Jahres 1921 wurde die zentralistische Verfassung des ersten jugoslawischen Staates gegen den erklärten Willen der Kroaten und Slowenen verabschiedet. Am 28. Juni 1991 setzten die entscheidenden Operationen gegen das abtrünnige Slowenien ein.

Nachdem das Kosovo jahrhundertlang unter osmanischer Herrschaft gestanden hatte, entriß das Königreich Serbien den Türken 1912 im Ersten Balkankrieg dieses auch strategisch ungemein wichtige Gebiet. Das Motto der serbischen Kämpfer hieß: Rache für Kosovo! Sie wollten sich für eine Niederlage rächen, die ihre Vorfahren 523 Jahre zuvor erlitten hatten. Nur der romantische Nationalismus, wie er eigentlich für das 19. Jahrhundert typisch war, macht das nachvollziehbar. Die serbische Armee feierte ihren Sieg mit einem Festgottesdienst im Kloster Graanica – dort, wo mehr als 500 Jahre vorher Fürst Lazar und seine Ritter am Vorabend der Schlacht das Abendmahl eingenommen hatten. Das Vermächtnis der Für-

5 Rade Mihaljic, Lazar Hrebeltanovic – Istorija-Kult-predanje, Belgrad 1984, S. 288.

6 Vgl. Juliane Besters-Dilger, Das Herz Serbiens, in: NZZ FOLIO, (Juni 1999), S. 32–34.



stin Milica schien erfüllt. Doch die riesigen, angeblich von ihr gestifteten Kerzen im Kloster Decani konnten wegen des Ausbruchs des Zweiten Balkankriegs noch nicht entzündet werden. Dieser feierliche Akt wurde erst 1924 von König Alexander vollzogen.

In den Jahrhunderten der Türkenherrschaft hatten sich die ethnischen Verhältnisse im Kosovo geändert. Zweimal – 1690 und 1737 – war es zum Auszug der Serben aus dem Kosovo gekommen, weil sie die Rache der gegen Habsburg siegreichen Türken fürchteten. Anfänglich in den verlassenen Dörfern, dann aber auch in den Städten Kosovos siedelten sich Albaner an, die zunächst noch christlichen Glaubens waren, später aber mehrheitlich zum Islam übertraten. Die Serben, die im großen und ganzen der Islamisierung widerstanden hatten, hegten Groll und Verachtung gegenüber den Albanern, die die Religion des Erzfeinds angenommen hatten. In den Augen serbischer Nationalisten waren und sind die Albaner ein nationaler Fremdkörper, der nicht in das Kosovo gehört und kein Recht auf dieses Gebiet hat. Die Albaner haben in einem gewissen Sinne die Rolle des früheren Todfeinds übernommen. Sie sind wie die Türken islamischen Glaubens und halten „urserbisches Territorium“ in ihrem Besitz.

Mit der Befreiung des Amsfelds und der Eroberung Makedoniens in den beiden Balkankriegen (1912/13) sahen die Serben ihre durch den Kosovo-Mythos vorgegebene historische Mission nur teilweise erfüllt. Noch immer gab es Serben in der Diaspora wie in Bosnien und in Kroatien. Erst die Gründung des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“ am 1. Dezember 1918 schien die Erfüllung des alten Traums zu sein. Alle Serben waren unter einem staatlichen Dach vereinigt, und zwar in einem Gemeinwesen, das von den Angehörigen der eigenen Nation beherrscht wurde. Es gab jedoch etliche Wermutstropfen im Becher der nationalen Freude: Das seit 1878 international anerkannte Königreich Serbien hatte seine Eigenstaatlichkeit zugunsten eines Landes geopfert, das sich seit 1929 Jugoslawien nannte. So war der serbische Name aus der Staatsbezeichnung getilgt. Zudem stellten die Serben im neuen Staat nicht einmal die Mehrheit der Bevölkerung. Die durch den Kosovo-Mythos vorgegebene historische Mission, nämlich die Gründung eines mächtigen serbischen Nationalstaats, war im eigentlichen Sinne nicht erfüllt.

Im sozialistischen Jugoslawien Präsident Titos rückte die Erfüllung des serbischen Traums in noch weitere Ferne. Als einzige Republik im neuen Staat mußte Serbien auf seinem Territorium

die Bildung zweier autonomer Provinzen hinnehmen: Kosovo und Vojvodina. Diese „Dreiteilung Serbiens“ hatte Tito gegen erheblichen Widerstand durchgesetzt. Dabei hielt er sich an die Devise: Ein starkes Serbien bedeutet ein schwaches Jugoslawien, und ein starkes Jugoslawien kann es nur geben, wenn Serbien schwach ist. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre rebellierten die Serben unter ihrem Volkstribun Slobodan Milosevic gegen die vermeintliche Benachteiligung Serbiens. Gestützt auf das berühmte „Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften“, schrieb Milosevic die „Wiedervereinigung“ Serbiens auf seine Fahnen. 1989 wurde die Autonomie des Kosovos per Staatsstreich aufgehoben. Daß es dabei im Kosovo zahlreiche Tote und Verwundete gab, störte die serbische Führung nicht. Sie feierte in der Hauptstadt die „Wiedererlangung der serbischen Souveränität“.

Nach außen hin schien Milosevic voll und ganz in der Tradition des Kosovo-Mythos zu stehen. Am Beginn seiner politischen Karriere nutzte er das Kosovo-Problem als Vehikel für seinen politischen Aufstieg. Er war jedoch nie serbischer Nationalist und verspielte kaltblütig und ungerührt die heiligsten Güter der Nation. Er instrumentalisierte die Sehnsucht seiner Landsleute nach einem starken und möglichst großen serbischen Staat, um seine persönliche Macht zu institutionalisieren und zu festigen. Durch die von ihm initiierten, finanzierten und eskalierten Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina verloren die Serben ihre jahrhundertealten Siedlungsgebiete in der Krajina und in Zentralbosnien. Durch den jüngsten Krieg im Kosovo (1998/99) hat er mit einiger Wahrscheinlichkeit auch die Kosovo-Serben um ihre angestammte Heimat gebracht.

Das serbische Volk ließ sich in seiner Mehrheit mit Hilfe des Kosovo-Problems manipulieren, weil man glaubte, es sei ein Unrecht, daß das ehemals serbische Kernland ethnisch fast vollständig albanisiert wurde. Die ethnischen Säuberungen im Kosovo, die 1998 einsetzten und 1999 im großen Stil fortgesetzt wurden, hat man propagandistisch wie folgt gerechtfertigt: Hunderttausende von Serben seien im August 1995 aus Kroatien vertrieben worden, ohne daß sich die internationale Gemeinschaft entrüstet habe. Jetzt wolle man diese Menschen im Kosovo unterbringen, und deshalb müßten die Albaner die Provinz verlassen, in der sie ohnehin ein Fremdkörper seien. Es liegt auf der Hand, daß das eine Unrecht nicht als Rechtfertigung für neues Unrecht dienen kann. Doch für einen Teil der Serben genügte diese Konstruktion, um die Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo als akzeptabel anzusehen.



Es ist bemerkenswert, daß sich der Kosovo-Mythos bei den Serben immer auf die abstrakt emotionale Ebene beschränkte. Der Durchschnittsserbe hatte die heißgeliebte Wiege des Serbentums niemals gesehen, sprach also von einem Land, das er nur aus den Worten seiner Eltern, Lehrer und aus Schulbüchern kannte. Wenn man in den achtziger und neunziger Jahren in das Kosovo reiste, so suchte man dort vergeblich nach serbischen Schulklassen, die Klöster und Kirchen besucht hätten. Es gab keine Bindungen oder intensiven Kontakte zwischen dem Kosovo und dem eigentlichen Serbien. Dennoch fühlten sich die Serben ihrem historischen Kernland auf mystische Weise verbunden. Sie waren bereit, für das Kosovo viel zu opfern, obwohl sie keinerlei Kontakt zur Provinz suchten, in der zu ihrem großen Bedauern fast ausschließlich Albaner lebten. Ein Bëobachter hat dieses eigenartige Verhältnis auf die Formel gebracht: Viele Serben sind bereit, für Kosovo zu sterben, aber niemand hat den Wunsch, dort zu leben. Die Kosovo-Serben wiederum spürten im Lauf der neunziger Jahre immer deutlicher, daß Milosevic keinerlei Interesse an ihnen und ihrem Schicksal hatte. Sie schickten mehrfach Delegationen mit ihrem anerkannten Führer Momcilo Trajkovic an der Spitze nach Belgrad. Doch Milosevic weigerte sich, die Vertreter der Kosovo-Serben überhaupt zu empfangen. Daher machten die Kosovo-Serben 1998 den ironisch gemeinten Vorschlag, Milosevic solle das Kosovo für sechs Milliarden US-Dollar an den Westen verkaufen. Die Kaufsumme sei dann unter den 180 000 Kosovo-Serben aufzuteilen<sup>7</sup>.

Aus albanischer Sicht ist das Kosovo wiederum deshalb besonders wichtig, weil hier die Anfänge der albanischen Nationalbewegung liegen. Drei Tage vor dem Berliner Kongreß (1878) formierte sich die *Liga von Prizren*, die mit der Forderung an die Öffentlichkeit trat, alle albanisch besiedelten Territorien zu einer Provinz unter einem türkischen Generalgouverneur zu vereinigen. Noch immer sah man im Osmanischen Reich den geeigneten Protektor albanischer Interessen; man hoffte jedoch, durch eigene Aktivitäten der drohenden Aufteilung albanisch besiedelter Gebiete entgegenzutreten zu können. Nach einigen Aufständen und enttäuschten albanischen Hoffnungen in bezug auf die jungtürkische Bewegung faßten die politischen Führer der Albaner unmittelbar nach Beginn des Ersten Balkankriegs (Oktober 1912) den Beschluß, das sinkende ottomanische Schiff zu verlassen und einen eigenen Staat anzustreben. Eine in aller Eile einberufene Nationalversammlung proklamierte am 28. November 1912 die

Unabhängigkeit Albaniens und bildete eine provisorische Regierung.

Serbien, das im Ersten Balkankrieg das Kosovo erobert hatte, wollte sich diese Beute natürlich nicht entreißen lassen und wurde darin von Rußland unterstützt. Österreich-Ungarn und Italien fürchteten hingegen die Expansion Serbiens und traten für ein Großalbanien ein. Auf der Londoner Botschafterkonferenz (1912/13) entschieden sich die Großmächte für die Schaffung eines Rumpfalbaniens, das nur die Hälfte aller albanisch besiedelten Territorien einschloß. Mehr als 50 Prozent der albanischen Bevölkerung blieben außerhalb dieses Staates und gerieten überwiegend unter serbische Herrschaft. Serbien erhielt den Löwenanteil der heutigen Provinz Kosovo, und damit war eine Entscheidung getroffen, die bis in unsere Gegenwart schwerwiegende Probleme verursacht. Die heutige serbisch-albanische Grenze stimmt im wesentlichen mit der Linie überein, wie sie 1913 von der Londoner Botschafterkonferenz beschlossen wurde. Wie der britische Außenminister Sir Edward Grey damals freimütig eingestand, spielten ethnische Gesichtspunkte bei der Frage der Grenzziehung keinerlei Rolle. Es ging lediglich darum, die Interessen der Großmächte zu befriedigen<sup>8</sup>.

So entstand durch die Zweiteilung der albanischen Siedlungsgebiete das bis heute ungelöste Kosovo-Problem. Im Zweiten Weltkrieg wurde ein Großalbanien von Hitlers und Mussolinis Gnaden geschaffen. Die scheinbare Erfüllung des Traums von einem Albanien aller Albaner war nur von kurzer Dauer. Mit der Niederlage des Deutschen Reichs endeten alle Illusionen.

In der kommunistischen Ära fühlte sich das stalinistische Regime von Enver Hoxha nicht stark genug, um die Kosovo-Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Papierene Proteste wegen der schlechten Behandlung der Albaner im Kosovo waren das äußerste, was sich das Hoxha-Regime in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren abringen konnte. In eine schwierige Lage geriet Albanien, als es 1981 – nur ein Jahr nach Titos Tod – im Kosovo zu gewaltsamen Demonstrationen kam, bei denen der Republikstatus für die Provinz gefordert wurde. Die jugoslawische Armee und Polizei schlugen die vermeintliche Konterrevolution blutig nieder. Tirana verurteilte dieses Vorgehen und mußte sich von Belgrad vorwerfen lassen, als Drahtzieher hinter den Unruhen zu stecken. Von nun an war die Situation im Kosovo äußerst gespannt.

<sup>8</sup> Vgl. Jens Reuter, *Die Albaner in Jugoslawien*, München 1982, S. 32 f.

<sup>7</sup> Vgl. NIN (Belgrad) vom 2. 7. 1998.



Tausende von politischen Prozessen gegen Albaner fanden statt, und schließlich war es der aufstrebende Politiker Slobodan Milosevic, der seine Karriere mit Hilfe des Kosovo-Problems startete. 1990 wurde die Autonomie Kosovos unter Bruch der gültigen jugoslawischen Verfassung aufgehoben. Dieser staatsstreichähnliche Akt begann mit der Auflösung des Parlaments von Kosovo und endete mit der Einführung einer Zwangsverwaltung, die einem Okkupationsregime gleich. Das Kosovo wurde de facto zu einem rechtlosen Teil Serbiens degradiert. Schwere Menschenrechtsverletzungen waren fortan an der Tagesordnung. Willkürliche Verhaftungen, Mißhandlungen und Schauprozesse prägten das Bild. Die Albaner wurden aus dem öffentlichen Dienst entfernt und verloren auch ihre Posten in den Unternehmen im Staatseigentum. Arbeit fanden sie zumeist nur noch als Bauern, Händler oder Transportunternehmer.

So kam es zu der grotesken Situation, daß 200 000 Serben die politischen, ökonomischen und kulturellen Schlüsselpositionen in der Provinz innehatten, während 1,8 Millionen Kosovo-Albaner durch ein offiziell nicht erklärtes Apartheid-System an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden. Unter ihrem Führer und inoffiziellen Präsidenten Ibrahim Rugova entschieden sich die Kosovo-Albaner für den gewaltlosen Widerstand und den totalen Boykott des jugoslawischen Staates. Sie beteiligten sich weder an serbischen noch an jugoslawischen Wahlen und verpaßten so mit voller Absicht jede Chance, das politische Kräfteverhältnis in dem Staat zu ändern, in dem sie lebten. Die Kosovo-Albaner versuchten, einen Parallel- oder Schattenstaat mit eigenem Bildungs- und Gesundheitswesen ins Leben zu rufen, der von der Diaspora in Westeuropa finanziert wurde. So entstand eine politische Patt-Situation. Belgrad konnte die Albaner nicht zwingen, den jugoslawischen Staat anzuerkennen und zu respektieren. Die Kosovo-Albaner wiederum kamen der von ihnen 1991 proklamierten unabhängigen Republik Kosovo kein Stück näher<sup>9</sup>.

Das Mutterland Albanien, das mit Beginn der neunziger Jahre das kommunistische System abschüttelte, betonte ein ums andere Mal, es habe keine territorialen Ansprüche gegen irgendeinen Nachbarstaat. Diese Erklärungen waren ein Gebot der politischen Vernunft. Natürlich wußte man in Tirana, daß man für eine andere Politik weder in Washington noch in Brüssel Unterstützung und die dringend benötigte humanitäre und wirtschaftliche Hilfe bekommen würde. Man hatte aber den Gedanken einer Vereinigung mit dem Kosovo

nicht aufgegeben, sondern lediglich auf bessere Zeiten vertagt.

Am albanischen Nationalfeiertag im November 1994 betonte der damalige Premierminister Aleksandar Meksi, der Volksbefreiungskampf in Albanien habe zwei Ziele nicht erreicht: die Demokratie sowie die völlige Unabhängigkeit des Landes und des albanischen Volkes. Denn außerhalb Albaniens geblieben seien das Kosovo, die Albaner in Makedonien sowie die Albaner in Camaria (Griechenland). Der Gedanke an die nationale Vereinigung war in den Hinterköpfen der meisten albanischen Politiker stets präsent. Gleichzeitig war ihnen klar, daß eine Politik im Kosovo, die in einen Krieg münden würde, für Tirana eine große Gefahr wäre. Man wollte daher zu dieser Zeit einen bewaffneten Konflikt im Kosovo um jeden Preis vermeiden, und daher war Ibrahim Rugova mit seiner gewaltlosen Politik ein natürlicher Verbündeter Tiranas. Er schien die Gewähr dafür zu bieten, daß sich die Kosovo-Albaner nicht zu einem bewaffneten Aufstand hinreißen lassen würden.

Unter der Federführung Rugovas hatten sich im September 1993 die wichtigsten Albanerparteien aus dem Kosovo, Makedonien und Montenegro auf folgende gesamtalbanische Ziele geeinigt: einen unabhängigen Staat Kosovo, die Anerkennung der Albaner in Makedonien als staatsbildendes Volk sowie garantierte Autonomie für die Albaner in Montenegro und Südserbien.

Diese Grundsätze einer gemäßigten Politik, die den erklärten Sezessionisten und Anhängern eines bewaffneten Aufstands den Wind aus den Segeln nehmen sollten, waren von Tirana beeinflusst. Albanien blieb der einzige Staat, der die selbstproklamierte Republik Kosovo offiziell anerkannte – jedoch nur durch einen Parlamentsbeschluß, nicht durch das Außenministerium. Präsident Berisha rückte bald wieder von der Forderung nach einem unabhängigen Kosovo ab, da die internationale Staatengemeinschaft auch im Falle des früheren Jugoslawien am Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen festhielt. Er unterstützte die Idee, die Vereinten Nationen zu einer Intervention im Kosovo und zur Schaffung eines internationalen Protektorats aufzufordern. Doch ein solcher Schritt, der notfalls auch ohne die Zustimmung der serbischen Regierung erfolgen sollte, hatte 1994 keine Chance auf Verwirklichung.

Alle von Rugova ausgehenden Bemühungen, das Kosovo-Problem zu internationalisieren, schienen im Herbst 1995, als das Abkommen von Dayton geschlossen wurde, definitiv in eine Sackgasse zu geraten. Das Kosovo war das „Stiefkind von Dayton“, denn das umfangreiche Vertragswerk, das

<sup>9</sup> Vgl. Jens Reuter, Die politische Entwicklung in Kosovo 1992/93, in: SÜDOSTEUROPA, (1994) 1–2, S. 18–30.



den Bosnienkrieg beendete, erwähnte das Kosovo-Problem mit keinem Wort. Dayton war deshalb die geistige Geburtsstunde der Befreiungsarmee Kosovos (UCK). Die Lehre von Dayton schien folgende zu sein: Wer wie Ibrahim Rugova über viele Jahre Gewaltlosigkeit propagiert und praktiziert, wird von der internationalen Gemeinschaft ignoriert. Wer sich wie Slobodan Milosevic der brutalen Gewalt verschreibt, wird mit einer Serbenrepublik in Bosnien belohnt.

Die Umorientierung auf Gewalt allein löste noch nicht die Frage, woher die Waffen kommen sollten. Die inneren Unruhen, die Albanien 1997 erschütterten und den völligen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung nach sich zogen, gaben die Antwort. Die Waffendepots von Polizei und Militär wurden geplündert, mehr als 56 000 Gewehre und 1,5 Milliarden Patronen sowie 3,5 Millionen Granaten verschwanden spurlos. Später tauchten sie auf dem schwarzen Markt auf, und zwar in so großer Zahl, daß die Preise ins Bodenlose sanken. Eine Kalaschnikov kostete zeitweise nur 15 DM, bis sich der Preis wieder bei 300 DM einpendelte. Die Kosovo-Befreiungsarmee konnte sich so nach Belieben bedienen und sogar eine geschätzte Reserve von 100 000 Karabinern anlegen.

Im Frühjahr 1998 startete die serbische Spezialpolizei ihren Versuch, die Befreiungsarmee in statu nascendi zu zerschlagen. Die Hochburg der UCK, Drenica, wurde gestürmt, dabei fanden 25 Albaner den Tod. Weitere schwere Angriffe am 5. und 7. März forderten 58 Menschenleben. Das serbische Staatsfernsehen und die Printmedien begleiteten die Aktionen mit Haßkampagnen gegen die Kosovo-Albaner. Serbiens Präsident Milutinovic dankte den Polizeichefs für die erfolgreichen Aktionen ihrer Einheiten im Kosovo und kündigte die „energische und effiziente“ Abrechnung mit den „albanischen Separatisten und Terroristen“ an.

Im Mai erfolgte eine serbische Großoffensive im Zentrum und im Westen Kosovos. Die UCK schlug in der Stadt Pec und im Grenzgebiet zu Albanien zurück. Geblendet durch Anfangerfolge vergaß die UCK-Führung die Grundregel für jede im Aufbau befindliche Partisanenbewegung. Anstatt zuzuschlagen und sich anschließend unsichtbar zu machen, setzte sie sich in Kleinstädten wie Orahovac und Malisevo fest und versuchte auch, wichtige Verbindungsstraßen nicht lediglich zu unterbrechen, sondern abschnittsweise selbst zu besetzen. Diese strategischen Fehler wurden von den serbischen Sicherheitskräften gnadenlos bestraft. Unter Einsatz ihrer überlegenen schweren Waffen eroberten sie die von der UCK besetz-

ten Ortschaften zurück und gewannen auch die Kontrolle über die wichtigsten Verkehrsverbindungen. Die UCK war viel zu früh zum Konzept der „befreiten Gebiete“ übergegangen. So gelang es ihr zwar, zeitweise bis zu vierzig Prozent des Territoriums im Kosovo zu kontrollieren, doch gerade dadurch wurde sie zum leicht zu schlagenden Angriffsobjekt ihres ungleich besser gerüsteten Gegners.

Die UCK erlitt eine Niederlage nach der anderen und mußte sich praktisch kampfflos zurückziehen. Anfang August 1998 ließ sich konstatieren, daß die serbischen Sicherheitskräfte die UCK zum Rückzug nach Nordalbanien gezwungen hatten und wieder Herr der Lage im Kosovo waren. Durch diesen ersten Krieg im Kosovo wurden bereits 1998 erhebliche Flüchtlingsströme ausgelöst. Mehr als 250 000 Kosovo-Albaner wurden von Haus und Hof vertrieben. Nur wenigen Zehntausenden gelang die Flucht nach Montenegro und Albanien.

Erst in diesem Jahr wurde erkennbar, daß die Ereignisse des Vorjahrs nur ein Vorspiel zu den umfangreichen und entsetzlichen ethnischen Säuberungen waren, die besonders nach dem am 24. März begonnenen Luftkrieg der Nato intensiviert wurden. Unter Einschluß der Flüchtlinge aus dem Vorjahr wurden bis zum Mai 1999 fast eine Million Kosovo-Albaner zu Flüchtlingen gemacht, die sich zum größten Teil nach Albanien und Makedonien retteten. Nachdem Milosevic Anfang Juni den Friedensplan der G-7-Staaten und Rußlands akzeptiert hatte und die ersten 15 000 Mann der 50 000 Soldaten zählenden Friedenstruppe das Kosovo besetzt hatten, strömten die Flüchtlinge zu Zehntausenden in ihre Heimat zurück.

Der G-8-Friedensplan betont ausdrücklich, die Souveränität und territoriale Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien werde nicht angetastet. Klar ist jedoch, wenn das Kosovo in den kommenden fünf Jahren und möglicherweise länger ein UN-Protectorat bleibt, in dem die Nato die Macht ausübt, kann von jugoslawischer Souveränität in der Provinz nicht mehr die Rede sein. Schwer vorstellbar ist auch, daß die Albaner – wie im Plan vorgesehen – ein „Maximum an Autonomie“ erhalten und wieder in den jugoslawischen Staatsverband integriert werden. Die unumgängliche Voraussetzung dafür wäre die vollständige Demokratisierung Serbiens. Nur eine demokratisch gesinnte Regierung ist in der Lage, ein Maximum an Autonomie zu gewähren, eben weil sie selbst das Konzept der Autonomie bejaht und verinnerlicht hat. Bis Serbien aber diesen Grad der Demokratie erreichen könnte, müßten zwei oder mehr Jahrzehnte vergehen.



Einiges spricht dafür, daß sich das UN-Provisorium als äußerst zählebig erweisen wird. Ein wichtiger Grund für diese Annahme ist die Kosovo-Befreiungsarmee. Die UCK unterschrieb im Juni ein Abkommen, in dem sie sich zur eigenen Demilitarisierung innerhalb von drei Monaten verpflichtete. Die ersten Ergebnisse waren nicht eben ermutigend. Bis Ende Juni 1999 waren ganze 576 Gewehre abgeliefert worden<sup>10</sup>. Es scheint absehbar, daß sich die UCK zu einer Art Staat im Staat entwickeln wird. Pro forma wird sie einige Waffen und Uniformen abgeben. Als Armee wird sie

jedoch weiter existieren, allerdings im Untergrund. Sie wird auch an ihrem Ziel der staatlichen Unabhängigkeit für das Kosovo festhalten. Die zurückgekehrte Zivilbevölkerung wird sie nolens volens in allem unterstützen müssen, denn Ungehorsam gegenüber der Untergrundarmee dürfte drastisch bestraft werden.

Die schrecklichen Ereignisse der Jahre 1998 und 1999 haben das Kosovo-Problem nicht gelöst. Zwar ist die drückende serbische Herrschaft um einen hohen Preis beendet worden, doch die Zukunft der Provinz scheint weiter im ungewissen zu liegen.

10 Vgl. International Herald Tribune vom 30. 6. 1999.





# Zur Haltung der südosteuropäischen Staaten im Kosovo-Konflikt

## I. Einführung

Wenn das Nachbarhaus brennt, ruft man die Feuerwehr. Wenn deren Löschbemühungen so massiv ausfallen, daß das eigene Haus etwas abbekommt, wendet man sich an die Versicherung. Und wenn infolge des Brandes und der Begleitumstände der Feuerschutz der ganzen Region verbessert wird, sind alle zufrieden. Diese simplen Zusammenhänge wären auch auf den Kosovo-Konflikt und seine regionalen Breitenwirkungen übertragbar. Oder um es noch präziser und unter Verwendung eines neuerdings häufig verwendeten Wortes auszudrücken: Die näheren oder ferneren Kosovo-Anrainer leiden unter „Kollateral-Schäden“ der NATO-Mission und hoffen auf „Kollateral-Nutzen“ von dieser.

Alle betroffenen Staaten sind nur unter NATO-Aspekten dergestalt gleich, daß sie von der NATO gebraucht wurden: Um das Milosevic-Jugoslawien anzugreifen, mußten fremde Lufträume durchquert, fremde Flughäfen genutzt und fremde Territorien als Aufmarsch- oder Rückzugsräume zumindest eingeplant werden. Davon abgesehen, differenzieren sich die Länder im Maße ihrer geographischen Nähe zum Kosovo, denn diesem näher oder ferner zu sein hieß auch, von den Folgen des Konflikts mehr oder weniger betroffen zu sein: Flüchtlinge weichen nun einmal in das nächstgelegene Land aus – militärische Depots und Reservens werden zweckmäßig in Grenznähe errichtet. Und „Fehlschüsse“ aus Bombern fallen natürlich auf nahe Gebiete, auf die sie im Prinzip nie hätten fallen dürfen. Mit anderen Worten: Alle südosteuropäischen Länder haben unterschiedliche Probleme, aber vergleichbare Ängste und identische Hoffnungen. Wenn zu den gut zwei Millionen Einwohnern der Republik Makedonien 360 000 albanische Flüchtlinge kommen, dann hat das Land eine Fülle von Problemen infrastruktureller, logistischer, demographischer und politischer Natur, von denen z. B. das etwa gleich große Slowenien nichts ahnt. Aber beide haben, wie alle anderen, dieselbe Angst, daß *Spillover*-Effekte des Konflikts die ganze Balkanregion entzünden und deren „Europäisierung“ ungemain verzögern

könnten – wie alle natürlich auch hoffen, daß derselbe Konflikt in „Europa“ Überlegungen auslöst, wie man die ganze Region stabilisieren, unterstützen und integrieren kann, um ähnliche Konflikte für alle Zukunft zu verhindern.

Eine Mitte April 1999 in Rumänien durchgeführte Repräsentativumfrage ist geeignet, dieses Gemisch aus Problemen, Ängsten und Hoffnungen in einer Weise zu illustrieren, die für das Land und weit über dieses hinaus charakteristisch sein dürfte<sup>1</sup>: So sprachen sich 52 Prozent der Rumänen für einen NATO-Beitritt und 64 Prozent für einen EU-Beitritt aus. Immerhin sahen 41 Prozent der Bevölkerung in Rußland die größte militärische Gefahr. 61 Prozent befürchteten sogar einen regionalen Konflikt. Rumänien ist ein nichtslawisches Land, aber ein direkter Nachbar Serbiens, so daß gewisse Ängste verständlich sind.

Die Tschechische Republik liegt geographisch weit vom Kosovo entfernt, jedoch verspürten die Tschechen noch größere Ängste: Laut einer Telefonumfrage vom Mai 1999 meinten 55,8 Prozent aller Tschechen, „daß sich der Krieg in Jugoslawien in einen dritten Weltkrieg auswachsen kann“, nämlich wenn sich „in den Konflikt irgendeine weitere Großmacht einmischt und dadurch einen weltweiten Konflikt auslöst“<sup>2</sup>. Real gab es keinen Grund für solche Ängste, sie waren aber psychisch nachvollziehbar, zumal sie in der ganzen Region bestanden. Slawen und andere reagierten auf den Kosovo-Konflikt und die NATO-Mission mit denselben zweifelnden Fragen: Sind die Serben allein schuldig an der Eskalation im Kosovo, oder waren dort auch „Serben Opfer ethnischer Säuberungen“? Wird Milosevic gestürzt, oder kann er neue Konflikte auslösen, etwa in Montenegro? Ist die NATO-Mission gerechtfertigt, oder ist sie eine Einmischung in innere Angelegenheiten eines souveränen Staates, steht sie gar für eine „Ideologisierung der internationalen Politik“? Wer bezahlt die Aktion und den Wiederaufbau, wer bringt Flüchtlinge und Vertriebene zurück? Müßte die NATO das, was sie gegen Jugoslawien unter-

1 Vgl. Bericht in: „22“ (Bukarest), Nr. 17 vom 27. 4. bis 3. 5. 1999.

2 Většina Čechů se bojí světové války (Die Mehrheit der Tschechen hat Angst vor einem Weltkrieg), in: Lidové noviny (Prag) vom 20. 5. 1999.



nimmt, nicht auch anderswo exekutieren, z. B. in Nord-Irland<sup>3</sup>?

Diese Fragen mußte in Brüssel schon darum niemand zur Kenntnis nehmen, weil sie sozusagen Nebengeräusch einer durchgehend kooperativen Einstellung zur NATO waren. „Angst hat große Augen“, sagt man im Osten allgemein, aber Angst überwindet man am besten dadurch, daß man eine Beziehung zur stärksten Militärallianz der Geschichte aufnimmt – mag man gegenüber deren Überlegungen, Plänen und Aktionen auch ein deutliches Unbehagen spüren<sup>4</sup>.

## II. NATO-Kombattanten und -Opfer

### 1. Albanien

Albanien ist Europas Armenhaus, in dem selbst bescheidenste Anfänge einer ökonomischen Wiederbelebung durch Korruption, Gewalt, strukturelle Paralyse allenthalben behindert werden<sup>5</sup>. Schlimmer noch: Albanien erscheint auch als Europas politisches Sorgenkind, das sich seit Anfang 1997 in völligem „ökonomischem Zusammenbruch“, „Desintegration“, „partikularistischer Gruppensolidarität und Gewaltlegitimation im Vakuum von Staatsgewalt“, vor allem „Gewaltlegitimation gegenüber den Nichtzugehörigen“ des jeweiligen Clans, befindet – ein Ensemble von „Regionen mit wiederaufgelebter Blutrachepraxis“<sup>6</sup>.

Wenn bosnische Analytiker recht haben<sup>7</sup>, dann hat es seit 1990 eine gefährliche Angleichung zwischen Albanern aus Albanien und solchen aus dem Kosovo gegeben, welche das zwischen beiden bestehende Gefälle auf einer „großalbanischen“ Grundlage nivelliert hat: Die zu kommunistischen Zeiten verarmten und von der Welt hermetisch

abgeriegelten albanischen Albaner erkannten den relativ hohen Lebensstandard ihrer kosovarischen Vettern, deren Möglichkeiten zu Reisen in alle Welt – die Kosovaren hingegen revitalisierten den aggressiven Nationalismus der albanischen Stalinisten der Hoxha-Ära, der in Albanien längst obsolet geworden war. Und beide trafen sich auf dem „großalbanischen“ Fundament der *Liga von Prizren* (1878), das ein Albanien um ostmontenegrinische, südserbische, westmakedonische und nordgriechische Regionen erweitern wollte<sup>8</sup>.

Diese Einheit ist fast vollständig zerfallen: In Albanien befehlen die „Demokraten“ des ehemaligen Staatspräsidenten Sali Berisha die Regierung unter dem Sozialisten Pandeli Majko – sie boykottieren das Parlament, haben nordalbanische Gebiete zu UCK-Land erklärt und bemühen sich mit Erfolg, inneralbanische Uneinigkeit ins Kosovo zu prolongieren: Berisha unterstützt die von „Präsident“ Rugova und „Premier“ Bukoshi geführte „Regierung“ der „Republik Kosova“ – Majkos Favorit ist die von UCK-Chef Hasim Thaci gebildete Gegenregierung, und das Objekt aller Begierden sind Hunderte Millionen Mark, die Bukoshi per Zwangssteuer bei Albanern in Westeuropa eingesammelt hat<sup>9</sup>.

In Albanien war auch die NATO präsent – vor allem aber wurde das Land der Zielpunkt von zuletzt schätzungsweise 500 000 Flüchtlingen aus dem Kosovo<sup>10</sup>. Diese lösten wiederum einen Zustrom internationaler humanitärer Organisationen aus, deren unkoordinierte Arbeit zudem von albanischer Bürokratie weiter in ihrer Effizienz gemindert wurde<sup>11</sup>. Effizient sind allein bewaffnete albanische Banden, die internationale Helfer kidnappen, ihre Lager ausrauben und daran weder von albanischen Behörden noch von albanischer Polizei gehindert werden<sup>12</sup>. Größere Gefahren drohen aber von anderer Seite: So liefert zwar die UCK einige ihrer Waffen ab, aber ihr internationales Netzwerk für Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, mit dem sie sich zum größeren Teil finanzierte<sup>13</sup>, ist noch intakt. Zwar hat die NATO den

3 Repräsentativ dazu rumänische und tschechische Stimmen, vgl. Cristian Vasile, Kosovo – o alta perspectiva“ (Kosovo – die andere Perspektive), in: „22“, Nr. 21 vom 25. – 31. 5. 1999, S. 7; Martin Ehl, Příklad mnoho otázek (Zu viele Fragezeichen), in: Týden (Prag), Nr. 25 vom 14. 6. 1999, S. 56–60; zu osteuropäischen Reaktionen generell vgl. Wolf Oshlies, Slavische „Brüder“ und russische Balkan-Politik, in: Osteuropa, (1999) 6, S. 555–565.

4 Vgl. Richard Caplan, International diplomacy and the crisis in Kosovo, in: International Affairs, (1998) 4, S. 745–761.

5 Vgl. Peter Scherrer, Economic, Political and Social Development in Albania, in: South East Europe Review, (1998) 3, S. 19–23.

6 Stephanie Schwandner-Sievers, Gruppensolidarität und Gewaltlegitimation im aktuellen Albanien – Eine sozialanthropologische Analyse, in: Südosteuropa Mitteilungen, (1998) 4, S. 326–341.

7 Vgl. Progon kao sudbina (Vertreibung als Schicksal), in: Svijet vom 23. 5. 1999, S. 24–26.

8 Vgl. Fabian Schmid, Im Griff der Großmächte – Das Kosovo in der wechselvollen Geschichte des Balkans, in: Thomas Schmid (Hrsg.), Krieg im Kosovo, Reinbek 1999, S. 82–100.

9 Vgl. Kevin Done, The „treacherous shifting ground“ of Albanian politics, in: Financial Times vom 5. 5. 1999.

10 Vgl. Karte und Tabelle in: Financial Times vom 14. 5. 1999.

11 Vgl. Alexander Smolczyk, Albanien – Im Reich des guten Willens, in: Der Spiegel, Nr. 18/1999, S. 166–170.

12 Vgl. Gerold Büchner, Albanische Mafiosi – „gefährlicher als der Krieg“, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. 4. 1999.

13 Vgl. Krešimir Meler, Ko finansira Oslobođilačku vojsku Kosovo – Narko naoružanje (Wer die UCK finanziert – Narko-Bewaffnung), in: Svijet vom 19. 7. 1998, S. 30 f.



denkbar größten Fehler vermieden, die UCK anstelle eigener Bodentruppen einzusetzen, aber eine „enge Zusammenarbeit“ hat sie mit ihr doch gepflegt<sup>14</sup>. Entsprechend chaotisch sieht das Kosovo nach Beendigung der NATO-Mission aus: Vertreibung von Serben, Brandschatzung ihrer Häuser und „Plünderungs-Tourismus“ aus Albanien. Die radikalen Albaner aus Albanien und dem Kosovo haben den Konflikt stets als „Krieg gegen die serbische Nation“ aufgefaßt, als militanten Beitrag zur „Idee der albanischen nationalen Einigung“, die zuerst gegen Serbien durchgesetzt werden müsse, dann gegen Griechenland, Makedonien und Montenegro – wo es starke albanische Minderheiten gibt –, schließlich gegen Rußland (den angeblichen „Beschützer“ der Serben) und Italien (in dessen Süden schätzungsweise 100 000 Albaner leben)<sup>15</sup>.

## 2. Makedonien

Mit Stolz nennt Makedonien sich eine „Oase des Friedens“, weil es als einziger Nachfolgestaat Ex-Jugoslawiens seine Eigenstaatlichkeit 1991/92 ohne einen einzigen Schuß erreichte. Welche Risiken das kleine Land dabei aushielt, welchen Gefahren es von Tag zu Tag ausgesetzt war, wurde erst später bekannt<sup>16</sup>, im Ausland aber weiter nicht zur Kenntnis genommen.

Vier existenzbedrohende Hauptgefahren hat Makedonien seit 1990 erlebt, von denen drei nicht mehr oder kaum noch bestehen, die vierte dafür um so realer geworden ist: Der Druck Serbiens vom Norden, die Embargos Griechenlands, um Makedonien zum Verzicht auf seinen Staatsnamen zu zwingen, Bulgariens provokante Negation der makedonischen Nation und der makedonischen Sprache. Diese Gefahren sind nur noch böse Erinnerung an Entwicklungen, die nicht mehr bestehen.

Dafür hat die vierte Gefahr mit jedem Jahr zugenommen: die Bedrohung durch albanische Nationalisten. Zu Beginn der neunziger Jahre versuchten diese den direkten Angriff: Proklamierung einer „Albanischen Republik *Ilirida*“, Aufstellung einer albanischen Untergrundarmee und Gründung einer „albanischen Universität“ in Tetovo-Recica, was die Makedonen in abgestufter Mischung aus gerichtlicher Härte, balkanischer Ironie und

schlichtem Übersehen abwehrten<sup>17</sup>. Daraufhin wechselte die albanische Seite die Taktik: Gestützt auf eigene Zahlenangaben behauptete man, knapp die Hälfte der Bevölkerung zu stellen, um daraus Forderungen nach einer „Föderalisierung“ Makedoniens, Nennung der Albaner als „zweites Staatsvolk“, Albanisch als zweiter Staatssprache, einem albanischen Vizepräsidenten etc. abzuleiten<sup>18</sup>. Aus all dem erklärt sich die ablehnende Haltung der mazedonischen Behörden gegenüber den albanischen Kosovo-Flüchtlingen.

Nach der international ausgerichteten und überwachten Volkszählung in Makedonien vom Sommer 1994 stellen die Albaner in Makedonien 22,9 Prozent (442 914 Menschen). Wann immer die Makedonier konnten – also mit der gewissen Ausnahme der achtziger Jahre, als Belgrad ihnen enge Grenzen setzte –, haben sie den Albanern Rechte eingeräumt, von denen deren Vettern im Kosovo nicht einmal zu träumen wagten<sup>19</sup>, übrigens auch nicht die rund 130 000 Makedonier in Albanien, von deren Paria-Dasein ich mich im August 1998 in Albanien in Gesprächen mit Vertretern der Menschenrechtsgesellschaft „Prespa“ der albanischen Makedonier überzeugen konnte.

Zu den im Zensus von 1994 ausgewiesenen Albanern kommen noch etwa 100 000 weitere hinzu, die vom Kosovo ins benachbarte West-Makedonien gewandert sind und dort illegal leben<sup>20</sup>. Mit der Eskalation des Kosovo-Konflikts strömten weitere Zehntausende Albaner nach Makedonien, wo sie bei Verwandten Unterschlupf fanden und von den Behörden als „Gäste“ (*gosti*) toleriert wurden (zumal sie sich auch nie bei makedonischen Ämtern meldeten).

Makedonien hat bei den Parlamentswahlen im Herbst 1998 einen Machtwechsel erlebt, bei dem zwei Orientierungen aber unverändert blieben: die Koexistenz mit den Albanern im Lande – an der Wahl nahmen albanische Parteien teil, nach der Wahl waren Albaner wie vordem in der Regierung – und das Bekenntnis zu EU und NATO. Makedonien wurde Ende 1995 als 27. Mitglied in die

17 An diese albanischen Störmanöver im damaligen Makedonien erinnerte im Frühjahr 1999 ein sehr detaillierter polnischer Report, vgl. Artur Górski/Witold Pawlowski, *Ile Albanii? (Wie viele Albanien?)*, in: *Polityka*, Nr. 16 vom 17. 4. 1999, S. 3–8.

18 Zahlreiche Quellenangaben bei Wolf Oschlies, *Republik Makedonien – Teil III: Land ethnischer Koexistenz*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, (1994) 14, S. 14 ff.

19 Vgl. Slavko Milosavljevi/Mirče Tomovski, *Albanците vo Republika Makedonija 1945–1995 (Die Albaner in der Republik Makedonien)*, Skopje 1997.

20 Vgl. Andreas Raab, *Die Volksgruppen in Makedonien*, in: Elke Lorenz/ders., *Makedonien – Reiches armes Land*, Ulm 1997, S. 169–176.

14 Vgl. Milan Bekin, *Muke sa miljencima (Ärger mit den Lieblingen)*, in: *NIN (Belgrad)* vom 20. 5. 1999, S. 34 f.

15 Vgl. Abdi Baleta, *Kosovo – Albanian Nation in war with the Serbian Nation*, in: *The Balkan Analyst (Tirana)*, (1998) 2, S. 63–136; der Autor war von 1977 bis 1982 Albanien UN-Botschafter.

16 Vgl. Mitre Arsovski, *Hronika na eden neminoven raspad (Chronik eines unvermeidlichen Zerfalls)*, Skopje 1995; der Autor war jugoslawischer General, später erster Generalstabschef der Makedonischen Armee.



### III. Jugoslawiens Nachbarn

„Partnerschaft für den Frieden“ aufgenommen, beherbergte bis 1998 eine UN-Schutztruppe von 1 300 Mann, danach NATO-Einheiten von 12 000 Soldaten<sup>21</sup>. Dennoch wurde Makedonien vom Kosovo-Konflikt in einer Weise in Mitleidenschaft gezogen, daß Präsident Kiro Gligorov Ende April 1999 in Erwägung zog, vom Nationalen Sicherheitsrat die Erklärung eines „Zustandes unmittelbarer Kriegsgefahr“ zu verlangen<sup>22</sup>: UCK-Aktivitäten im Lande, randalierende Serben in Skopje, drohender wirtschaftlicher Kollaps und der Flüchtlingsström bedrohten die Stabilität des Landes. Schon vor zwei Jahren hatte Gligorov vorgeschlagen, für mögliche Flüchtlingsströme einen „Korridor“ nach Albanien einzurichten. Das geschah nicht. Die makedonische Regierung mußte somit von ihren ursprünglichen Plänen Abschied nehmen, maximal 20 000 Flüchtlinge aufzunehmen. Wie viele es am Ende waren, wußte wohl niemand genau – Gligorov sprach auf einer Pressekonferenz am 12. Juni 1999 in Bad Godesberg von „über 300 000“. Dazu gab es ständige Querelen mit dem UNHCR (das in zehn Tagen keine Liste seiner eigenen Mitarbeiter erstellen konnte, aber von Makedonien verlangte, Hunderttausende Flüchtlinge binnen weniger Tage zu registrieren und zu verteilen) und mit der EU, die Hilfgelder zusagte, aber nicht zur Verfügung stellte und am Ende sogar die Skopje fest zugesagte „Agentur für Wiederaufbau“ nach Pristina legte<sup>23</sup>.

Mit dieser – an sich unwichtigen – Agentur hatte Premier Ljupco Georgievski fest gerechnet: Nach der Aufnahme von 360 000 Flüchtlingen, 1,5 Milliarden US-Dollar direkten Wirtschaftsverlusten und der Beherbergung von zuletzt 16 000 NATO-Soldaten würde Makedonien „das Zentrum sein, über das die Erneuerung der ganzen Region“ verlief<sup>24</sup>. Eine kleine Anerkennung seiner Bemühungen hatte sich Makedonien erhofft, sie wurde dem Land aber von Brüssel verweigert. Makedoniens einziger Trost wird sein, daß das Verhältnis zu den Albanern im Lande noch konstruktiver wird: Gerade diese Albaner haben gemerkt, daß Makedonien friedlicher als Serbien, wohlhabender und geordneter als Albanien ist, also auch für Albaner so etwas wie eine Heimat bedeutet<sup>25</sup>.

21 Vgl. Wolf Oschlies, Makedonien im Sommer 1998 – Politisch-ökonomische Momentaufnahmen im Schatten des Kosovo-Konflikts, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, (1998) 39.

22 Vgl. Vreme, Sonderausgabe 8 vom 1. 5. 1999, S. 9.

23 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 9. 4. 1999; Neue Zürcher Zeitung vom 26. 4. 1999; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 28. 4. 1999; International Herald Tribune vom 6. 5. 1999; Financial Times vom 6. 5. 1999.

24 Vgl. Nova Makedonija (Skopje) vom 22. 6. 1999.

25 Vgl. Michael Schmidt-Neke, Makedoniens Albaner: Konfliktpotential oder Stabilisierungsfaktor?, in: SÜD-OSTEUROPA, (1999) 3–4, S. 191–212.

#### 1. Kroatien

Die nationalistische Presse Kroatiens sah in der NATO-Mission eine Bestätigung des Kurses, den der rechtsautoritäre Staats-„Führer“ (poglavar), General Franjo Tudjman, seit Jahren verfolgt: Kroatien „gehört nicht zum Balkan“, muß also Serbien nicht bedauern – Kroatien unterhält eine „strategische Partnerschaft“ mit den USA, wird also von der Aktion profitieren<sup>26</sup>.

Der EU gilt Kroatien als ein Land, das wegen seiner politischen Natur keine wirtschaftlichen Präferenzen verdient<sup>27</sup>. Die OSZE betrachtet es als undemokratischen Staat, der nationale Minderheiten drangsaliert und internationale Institutionen wie das Haager Kriegsverbrecher-Tribunal brüskiert<sup>28</sup>. Alle diese Image-Verluste wollte Kroatien im Umfeld der NATO-Mission nicht nur wettmachen, sondern darüber hinaus auch noch politischen und militärischen Nutzen ziehen. Mit gezielten Presse-Indiskretionen suggerierte man der Welt, die NATO wolle „südlich von Dubrovnik“ Raketen aufstellen, Kroatien eine wichtige Rolle „bei der Vorbereitung von NATO-Bodenaktionen“ zuweisen, desgleichen bei der Betreuung von Flüchtlingen; auch sei „kroatische Erfahrung gefragt, wie mit Serben umzugehen sei“, ferner würde der Westen Waffen liefern<sup>29</sup>.

Die NATO wollte jedoch außer Überflugrechten über Kroatien nichts von dem Land, was General Tudjman wohl ahnte. Während der ganzen NATO-Mission äußerte er sich nicht zu dieser. Kroatien wird weder Waffen erhalten, noch wird es Mitglied der „Partnerschaft für den Frieden“. Der ohnehin stark beeinträchtigte kroatische Adria-Tourismus erlitt einen weiteren Rückschlag, als westliche Agenturen Kroatien einer „Kriegszone“ zuteilten, in die man keine Touristen lassen könne<sup>30</sup>.

#### 2. Bosnien-Herzegovina

Bosnien-Herzegovina wurde nach dreieinhalb Jahren Krieg vom Dayton-Friedensvertrag im November 1995 in zwei „Entitäten“ geteilt – in die Bosnisch-Kroatische Föderation und die *Republika Srpska* (RS). Der geopolitischen Teilung entsprach

26 Vgl. Vreme, Sonderausgabe 12 vom 28. 5. 1999, S. 8 f.

27 Vgl. Financial Times vom 26. 6. 1999.

28 Vgl. Süddeutsche Zeitung und FAZ vom 27. 5. 1999.

29 Marinko Čulić, Naprasna ljubav (Vergebliche Liebe), in: Nova Bosna (Sarajevo/Hanau) vom 20. 5. 1999, S. 7.

30 Vgl. Vreme, Sonderausgabe 8 vom 1. 5. 1999, S. 9 f.



die Medienreaktion auf die NATO-Mission – „patriotisch“ gegen die „verbrecherische NATO-Allianz“ in der RS, freilich nicht lange<sup>31</sup>, schadenfroh und bissig in der Föderation. Allerdings waren hier die „Medien extremer als die Politik“<sup>32</sup>. Ko-Premier Haris Silajdzic machte eine Ausnahme, als er die möglichste Verkleinerung Serbiens anstelle von Milosevics „Groß-Serbien“ forderte<sup>33</sup>, während das Gros der Politiker eher für Friedensbemühungen für den gesamten Balkan eintrat. Hinzu kamen hausgemachte Ängste<sup>34</sup>: In der Föderation, in der noch fast eine Million Vertriebene des Bosnien-Krieges leben, mußten kurzfristig 21 300 Kosovo- und 21 000 Sandzak-Flüchtlinge untergebracht werden; außerdem wurden rund 20 Millionen DM Wirtschaftsverluste wegen des Krieges errechnet; nicht gezählt die Einbußen, die die „überethnisch“ funktionierenden Schwarzen Märkte erlitten.

Ein tragisches Kapitel sind für Bosnien die Flüchtlinge, deren Zahl sich bis Ende Mai auf 63 500 erhöht hatte: 29 000 aus dem Sandzak, 14 000 aus dem Kosovo und 20 500 Serben. In der bosnischen Presse tauchten Berichte auf, daß speziell die Kosovo-Albaner Probleme bereiteten: Sie äußerten ihren „Haß“ auf bosnische Politiker, beschwerten sich, daß „sie mit Serben, Zigeunern und Sandzak-Leuten, die schlimmer als Serben sind, ein Lager teilen“ müßten. Die Sandzak-Flüchtlinge, oft genug unter Lebensgefahr aus Milosevics Serbien geflohen<sup>35</sup>, lieferten sich mit den Kosovaren allnächtliche Schlägereien, um dann zu verkünden: „Die aus dem Kosovo sind richtiges Vieh. Milosevic hat sie nicht umsonst vertrieben.“<sup>36</sup> Aber auch die *Sandzaklije* selber, die sich seit einigen Jahren „Bosnier“ nennen, sind bei den Bosniern nur solange gern gesehen, wie sie Geld haben, um die exorbitant gestiegenen Preise und Mieten zu bezahlen – weswegen viele von ihnen nach Serbien zurückkehrten<sup>37</sup>.

31 Tanja Topić, Patriotizam i navike (Patriotismus und Gewohnheiten), in: *Vreme*, Sonderausgabe 12 vom 28. 5. 1999, S. 9.

32 Radenko Udovičić, Mediji ekstremniji od zvanične politike (Medien extremer als die offizielle Politik), in: *Vreme*, Sonderausgabe 12 vom 28. 5. 1999, S. 9.

33 Vgl. das Interview in: *Slobodna Bosna* (Sarajevo) vom 27. 3. 1999, S. 12.

34 Vgl. Jürgen Buxbaum, The War in Yugoslavia and its Consequences for Bosnia and Herzegovina and the Balkan, in: *South East Europe Review*, (1999) 2, S. 9–14.

35 Vgl. Verica Spasovska, Die Kosovo-Krise – Auswirkungen auf die ungarische Minderheit in der Vojvodina und auf die Muslime im Sandzak, in: *Südosteuropa-Mitteilungen*, (1998) 4, S. 318–325.

36 *Slobodna Bosna* vom 22. 5. 1999, S. 20 f.

37 Vgl. Mustafa Borović u. a., Sandžački lobi u Sarajevu (Die Sandzak-Lobby in Sarajevo), in: *Ljiljan* (Sarajevo) vom 31. 5.–7. 6. 1999, S. 17–20.

Darüber hinaus war Bosnien insofern in die NATO-Mission involviert, als die UN-„Blauhelme“ sich auf bosnischem Territorium entlang der Grenze zu Serbien umgruppiert hatten, so daß eine potentielle NATO-Landflanke entstand, die von (dem neuen NATO-Mitglied) Ungarn über das kroatische Ost-Slavonien und Bosnien bis nach Montenegro reichte (sofern letzteres aus Milosevics „Umarmung“ freikäme)<sup>38</sup>. Zudem bot Sarajevo der NATO freiwillig an, sie könne die Flughäfen und den Luftraum der Föderation nutzen<sup>39</sup>.

### 3. Montenegro

Von allen Ländern des Balkans war Montenegro durch den Kosovo-Konflikt und die NATO-Mission am schlimmsten betroffen. Es war Teil der Bundesrepublik Jugoslawien, Aufmarschgebiet der Jugoslawischen Armee und folglich ein Ziel von NATO-Bomben<sup>40</sup>. Da half es der Führung in Podgorica wenig, daß sie immer wieder auf den „illegalen“ Charakter dieser Bundesrepublik verwies (die nie rechtsgültig entstanden ist), daß sie die Bundesregierung und deren Gesetze nicht anerkannte, daß sie keine Soldaten in der Armee stellte und Milosevics Gesetze zum „Kriegszustand“ ignorierte<sup>41</sup>.

Seit dem Ende der NATO-Mission kann die internationale Gemeinschaft „honorieren“, daß Montenegro unter Präsident Milo Đukanović demokratisch, marktwirtschaftlich, pluralistisch und multiethnisch ist. Milosevic befahl am Abend des 30. Juni 1999 einigen Panzern in Herceg Novi, die Adria-Magistrale zu sperren, was zur Blockade aller montenegrinischen Grenzübergänge nach Bosnien, Kroatien und Albanien führte; dies betraf auch die humanitäre Hilfe<sup>42</sup>. An sich eine sinnlose Aktion, die Đukanović geradezu lustvoll nutzte, mit dem Milosevic-Regime hart ins Gericht zu gehen: Nichts als Torturen und Destruktionen habe Montenegro von Serbien erfahren, das „autistische und xenophobe Regime von Milosevic ist im Dauerkrieg mit der ganzen Welt“, „wir haben keinen Bundesstaat mehr“, und wenn die

38 Vgl. Željko Cvijanović, Molitva za Miloševića (Gebet für M.), in: *Dani* (Sarajevo) vom 12. 4. 1999, S. 18 f.

39 Vgl. Nenad Kecmanović, Identifikacija sa okupatorom (Identifikation mit dem Okkupator), in: *NIN* (Belgrad) vom 15. 4. 1999.

40 Vgl. Velizar Brajović, Kako je ravnoteža straha spasla vlast u Crnoj Gori (Wie das Gleichgewicht der Furcht die Macht in Montenegro rettete), in: *Vreme* vom 19. 6. 1999, S. 12.

41 Detailliert Wolf Oschlies, Der Vierfrontenkrieg des Slobodan Milošević – Bundesrepublik Jugoslawien vor dem Zerfall, in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, (1999) 18.

42 Vgl. *MontenaFax* vom 30. 6. 1999.



Bundesrepublik Jugoslawien nicht im Sinne montenegrinischer Gleichberechtigung und Souveränität „neu definiert“ werde, müsse Montenegro aus ihr ausscheiden – was mittlerweile über 50 Prozent aller Montenegriner wollen<sup>43</sup>.

#### 4. Slowenien

Ende Juni 1999 feierte Slowenien den „Tag der Staatlichkeit“, den achten Jahrestag der Erlangung seiner Eigenstaatlichkeit. Aus diesem Anlaß lobte Präsident Milan Kucan die Leistungen seiner Regierung: guter Verlauf der Reformpolitik, positive Wirtschaftsdaten, außenpolitische Annäherung an EU und NATO weit fortgeschritten, baldiger EU-Beitritt „unstrittig“<sup>44</sup>. Diese Selbsteinschätzung war jedoch zu optimistisch: Slowenien hat einen sehr großen Reformbedarf, kämpft mit einer hohen Inflation, schleppt marode Staatsbetriebe mit durch und hat ähnliche „Schwachpunkte“ mehr zu verzeichnen, die einen EU-Beitritt bis zum Jahre 2002 illusorisch erscheinen lassen<sup>45</sup>.

Zutreffend aber war Kucans Einschätzung, daß sein Land ein gutes Verhältnis zur NATO unterhält und deren neue Strategie, „Menschenrechte über staatliche Souveränität“ zu stellen, ohne Wenn und Aber mitträgt. Das wurde schon im Oktober 1998 deutlich, als Slowenien einer Bitte der NATO entsprach, ihr den slowenischen Luftraum zur Verfügung zu stellen. Als die eigentliche NATO-Mission startete, mußte Slowenien nur einige zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen im Landesinneren und an den Grenzen treffen, um als untadliger NATO-Verbündeter dazustehen<sup>46</sup>.

Damit befand sich die slowenische Führung im Einklang mit der öffentlichen Meinung, auch und gerade in der Frage der Flüchtlinge, die in Slowenien kaum jemand wollte<sup>47</sup>. Slowenien vergab „zeitweilig“ keine Visa mehr an jugoslawische Staatsbürger, zu denen auch Kosovo-Albaner zählen. Wer dennoch nach Slowenien gelangt, hat praktisch keine Chance, als „Flüchtling“ anerkannt zu werden, und diese Verweigerung schließt zahlreiche Nachteile bei der Versorgung und der medizinischen Betreuung mit ein. Im Lande erinnert man sich daran, als 40 000 Bosnien-Flüchtlinge eintrafen, die man später nur schwer loswurde<sup>48</sup>. Insgesamt hat Slowenien 1 600 Kosovo-

Flüchtlinge aufgenommen, vorwiegend Sozialfälle und solche, die Verwandte in Slowenien haben. Diese Verwandten wurden dann auch von Amts wegen zur Hilfe herangezogen, und man nahm die Aktion zum Anlaß, in Slowenien illegal lebende Albaner zur Regelung ihres Status zu veranlassen. Diese etwas zweifelhaften Verfahren brachten Slowenien noch den Dank des zuständigen UNHCR-Direktors Cengiz Aktar ein, daß das Land an der europäischen Gemeinschaftsleistung teilnahm, um in den beteiligten Ländern insgesamt 85 000 Kosovo-Flüchtlinge unterzubringen<sup>49</sup>.

Hatte Slowenien also das Flüchtlings-Problem „kostengünstig“ gelöst, so mußte es doch „wegen des Kriegs in der Bundesrepublik Jugoslawien und des Ausbleibens fremder Gäste einen Ausfall von Einnahmen in Höhe von 15,6 Milliarden Tolar erleiden“<sup>50</sup> (1 US-Dollar = 189,4 SIT).

---

## IV. Ferne nahe Nachbarn

---

### 1. Ungarn

„Seit zwölf Tagen in der NATO und schon sind wir in einen Krieg verwickelt“, lautete ein geflügeltes ungarisches Wort nach Beginn der NATO-Mission. Das Land fand sich in einer schwierigen Situation wieder: Einerseits war es NATO-Mitglied und mit der NATO-Mission vollauf einverstanden, andererseits explizit dagegen, daß etwaige Bodenaktionen von Ungarn aus gestartet oder sonst etwas unternommen würde, was den Zorn Belgrads auf die über 300 000 Ungarn in der benachbarten Vojvodina lenken könnte<sup>51</sup>.

In Budapest sah man die Lage absolut realistisch: Der Konflikt in Serbien wäre „sowieso“ ausgebrochen, womit Ungarn „sowieso“ Probleme bekommen hätte – ergo: „Die NATO-Mitgliedschaft ist gut.“ Und: „Wir müssen alles für den Erfolg der NATO tun, damit diese nicht durch den Konflikt beschädigt wird.“ Flughäfen und Luftraum samt dessen Kontrolle sowie weitere Installationen wurden der NATO zur Verfügung gestellt. Dagegen lehnte man es ab, ungarische Soldaten auf jugoslawischem Boden, nicht einmal im Rahmen von UN-Friedenstruppen, bereitzustellen. Auch in der jugoslawischen Armee dienen ethnische Ungarn, und darum soll sogar der hypothetische Fall ausgeschlossen werden, daß irgendwo, irgendwann in Jugoslawien Ungarn

43 Vgl. S. Rastoder, Stečaj administracije Jugoslavije (Pleite der Administration Jugoslawiens), in: Blic (Belgrad) vom 2. 7. 1999.

44 Delo (Ljubljana) vom 24. 6. 1999.

45 Vgl. Slowenien/Kroatien – Länderanalysen der FAZ GmbH Informationsdienste, Hauptbericht August 1998.

46 Vgl. Delo vom 25. 3. 1999.

47 Vgl. Mladina (Ljubljana), Nr. 23 vom 7. 6. 1999, S. 38.

48 Vgl. Marjeta Doupona Horvat, Sramotna odločitev (Schändlicher Entschluß), in: Mladina, Nr. 15 vom 12. 4. 1999.

49 Vgl. Delo vom 22. 4. 1999.

50 Ebd. vom 7. 5. 1999.

51 Vgl. Vreme, Sonderausgabe 8 vom 1. 5. 1999, S. 9.



gegen Ungarn kämpfen<sup>52</sup>. Aus diesen Erwägungen resultierten zwei unverrückbare Standpunkte: Der NATO wurden keinerlei Beschränkungen bei der Nutzung ungarischer Räume und Anlagen auferlegt, und Ungarn würde sich an keiner NATO-Aktion direkt beteiligen (gleichwohl auf einen Erfolg der NATO-Bomben hoffen, weil es dann nicht Aufmarschgebiet für etwaige Bodeneinsätze wäre)<sup>53</sup>. Die Rigorosität, mit der beide Optionen vertreten wurden, wurde im benachbarten Rumänien, wo man ganz ähnliche Probleme hatte, fast schon bewundernd registriert<sup>54</sup>.

Der Beschluß, der NATO logistisch freie Hand zu geben – bereits im Spätsommer 1998 gefaßt<sup>55</sup> –, war von der oppositionellen *Ungarischen Sozialistischen Partei* (MSZP) kritisiert worden, was wiederum Kritik an dieser auslöste, da ihre Einwände im Ausland Zweifel an ungarischer NATO-Treue provozieren könnten. NATO-Bomben fielen in der Vojvodina auf ungarisch geprägte Städte wie Subotica (Szabadka). Nach Ungarn strömten „angeblich Tausende von Kriegsdienstverweigerern“<sup>56</sup>. Für die Zukunft war nicht auszuschließen, daß die NATO in Ungarn wenigstens eine beeindruckende „Drohkulisse“ aufbauen müßte, falls es den Vojvodina-Ungarn eines Tages so schlecht wie den Kosovo-Albanern gehen sollte<sup>57</sup>.

Davon konnte bislang aber noch keine Rede sein: Die Grenze blieb offen, ungarische Serben und serbische Ungarn wurden nicht behindert, und die Vojvodina war eben nicht das Kosovo, obwohl Milosevic 1989 beiden die *politische* Autonomie genommen hatte: „Die Ungarn dort haben die Wahlurnen, nicht Straßenproteste oder Guerillakämpfe genutzt, um der Vojvodina wieder eine gewisse Selbständigkeit zu verschaffen.“<sup>58</sup>

## 2. Rumänien

Auf den ersten Blick reagierte Rumänien auf die NATO-Mission geschäftsmäßig routiniert: Die NATO hatte Rumänien um „unbeschränkte Überflugsrechte über den Luftraum Rumäniens“ ersucht. Diesen Wunsch hatte Präsident Emil Con-

statinescu mit einem eigenen, befürwortenden Schreiben am 20. April 1999 an beide Parlamentskammern, die Deputierten-Kammer und den Senat, weitergeleitet. Deren „Kommissionen für Verteidigung, öffentliche Ordnung und nationale Sicherheit“, unterstützt vom Generalstabschef Constantin Degeratu, analysierten die Lage am 21. April und erarbeiteten ein „Beschlußprojekt“, das am 22. April von den „vereinten Parlamentskammern“ in gemeinsamer Sitzung verabschiedet wurde<sup>59</sup>.

Interessant an diesem Vorgang ist, daß der genannte Beschluß einen alten rumänisch-jugoslawischen Vertrag außer Kraft setzte, in dessen Artikel 7 geschrieben stand, daß keinem Drittstaat die Nutzung des eigenen Territoriums zu Aggressionshandlungen gegen das andere Land erlaubt würde. Im vorliegenden Falle, so hieß es jetzt, gehe es um die Umsetzung eines UN-Beschlusses, und da könne von „Aggression“ keine Rede sein. Zudem enthielt der Beschluß drei Artikel, nämlich erstens die Überfluggenehmigung für die NATO *fără restricții* (ohne Einschränkungen), zweitens eine Weisung an die Regierung, alle dafür nötigen personellen und technischen Vorkehrungen zu treffen, und drittens „die Bestätigung des Wunsches, daß Rumänien in das Nordatlantische Bündnis integriert wird und daß man eine politische Lösung des Konflikts findet“<sup>60</sup>.

Artikel zwei des Beschlusses wurde pragmatisch so realisiert, daß Bukarest die südwestlichen Flughäfen, dazu die Straßen der Region kurzerhand für den rumänischen Verkehr sperrte. Artikel drei artikulierte zum wiederholten Male den außenpolitischen Wunsch Bukarests, in den auch innen- und regionalpolitische Momente involviert sind: Rumänien hat die NATO-Mission auch als Chance verstanden und genutzt, Klarheit in seiner Nordwest-Region Transsilvanien zu schaffen, sich mit Ungarn zu verständigen und sein historisch gewachsenes Mißtrauen gegen Rußland in die westliche Kosovo-Politik einzubringen – also sich aus einer politischen und regionalen *zona gri* (Grauzone) zu befreien.

Anfang 1990 schien der damalige rumänische Ministerpräsident Ion Iliescu<sup>61</sup> von Milosevic ‚lernen‘ zu wollen, um im rumänischen Transsilvanien, in dem das Gros der 1,6 Millionen rumänischen Ungarn, 120 000 Deutschen und 30 000 Serben

52 Vgl. Georg Paul Hefty, Kein Durchmarsch, kein Kampf Mann gegen Mann, in: FAZ vom 23. 4. 1999, S. 12.

53 Vgl. Ungarns schwieriges Verhältnis zu Serbien, in: Neue Zürcher Zeitung vom 28. 4. 1999.

54 Vgl. Cristiana Terenche, Ungaria, în fata unui examen de maturitate (Ungarn vor einer Reifepfung), in: România liberă vom 1. 5. 1999, S. 5.

55 Vgl. Ungarns Sonderstellung in der Kosovo-Frage, in: Neue Zürcher Zeitung vom 26./27. 9. 1998, S. 3.

56 FAZ vom 29. 4. 1999.

57 Vgl. Matthias Rüb, Traum von halber NATO-Mitgliedschaft, in: FAZ vom 6. 5. 1999.

58 Miklos Haraszi, Das Kosovo ist eine Warnung, in: Die Zeit, Nr. 18 vom 29. 4. 1999, S. 13.

59 Vgl. Madalina Şchiopu, România alături de NATO (Rumänien bei der NATO), in: „22“, Nr. 17 vom 27. 4. bis 3. 5. 1999, S. 4.

60 Ebd.

61 Zur neueren Geschichte Rumäniens vgl. Wolf Oschlies, Ceauşescus Schatten schwindet – Politische Geschichte Rumäniens 1989–1998, Köln 1998.



lebt, unter Berufung auf angeblichen „Separatismus“ dort Ordnung zu schaffen. Dazu kam es aber nicht<sup>62</sup>. Umgekehrt teilt Rumänien das ungarische Schicksal, Landsleute in Jugoslawien zu haben, auf die politische Rücksicht zu nehmen ist: An dem ostserbischen Grenzfluß Timok, der im rumänisch-serbisch-bulgarischen Dreiländereck in die Donau fließt, lebt eine rumänische Minderheit, von der die nationalistische Opposition Rumäniens behauptet, sie zähle anderthalb Millionen, während sie tatsächlich um 60 000 betragen dürfte<sup>63</sup>, nach serbischen Zensus-Angaben von 1991 sogar nur 42 364. Nördlich des Siedlungsgebiets dieser Rumänen spielte sich seit Ende April 1999 ein bizarrer Kampf an der Donau ab, wo die Serben ihre Schleusen am *Eisernen Tor* für „NATO-Schiffe“ schlossen – wohl wissend, daß aus dieser Maßnahme allein Rumänien ein wirtschaftlicher Schaden entstehen würde<sup>64</sup>.

Rumänien hat es vermocht, sich im Umfeld der NATO-Mission positiv darzustellen, was ihm von Besuchern wie Tony Blair und Madeleine Albright auch gern bestätigt wurde – als loyaler NATO-Alliiertes, als Muster künftiger Demokratisierung Jugoslawiens und als Stabilisierungsfaktor Südosteuropas<sup>65</sup>. Dieser außenpolitische Effekt stellte sich sozusagen zufällig ein, da die rumänische Führung ihr Engagement vorrangig unter innenpolitischen Aspekten betrieb: Die jugoslawischen Machthaber entstammen denselben kommunistischen *Securitate*-Strukturen, die in Rumänien erst 1996 gestürzt wurden, aber immer noch präsent und gefährlich sind – wie nicht zuletzt die Unterstützung bezeugt, die Iliescu und seine Neokommunisten Milosevic zukommen ließen<sup>66</sup>. Diese Strukturen bilden auch das Machtgerüst in Rußland. Wenn das unreformierte Rußland zuviel Spielraum auf dem Balkan erhält, kann das für Rumänien negative Folgen haben. Folglich reagierte Bukarest aggressiv ablehnend, als Moskau Ende Juni 1999 sehr bestimmt und kurzfristig Überflugrechte für russische Kampfflzeuge und Versorgungsflugzeuge vom Typ IL-76 ins Kosovo forderte – was nach Rücksprache mit der NATO verweigert wurde<sup>67</sup>.

Rumäniens nationale Interessen liegen dort, wo sie mit westlichen *Werteinteressen* – friedliche

Staaten auf einem befriedeten Balkan – zusammenfallen<sup>68</sup>. Das betrifft insbesondere das rumänische Mißtrauen gegenüber Rußland: Zwölfmal wurde Rumänien in den letzten 300 Jahren von Rußland überfallen. Wegen der Moskauer Obstruktion ist „der zweite rumänische Staat“, die „Moldova“, noch immer nicht mit Rumänien wiedervereinigt. Der Westen sollte Rußland diesbezüglich drängen und Rumänien helfen, die positiven Ansätze, die sich gerade in der Gegenwart zeigen, zu fördern. Das stets mehr oder minder gespannte Verhältnis zu Ungarn könnte, unter dem Eindruck gemeinsamer Angst vor weiteren „Kosovos“, zu „exzellenten Beziehungen“ ausgebaut werden, wie sie zwischen Frankreich und Deutschland bestehen. Das von historischen Belastungen freie Verhältnis zu Serbien könnte für eine positive Veränderung Serbiens genutzt werden. Eine verstärkte Integration Rumäniens in europäische Strukturen könnte dem Land aus seiner allseitigen „Lähmung“ heraushelfen, ein Weg, den es aus eigener Kraft wohl nicht so schnell schafft<sup>69</sup>.

Das Ausland sollte von den Rumänen auch dies lernen: Balkan-Angelegenheiten sollten nie in *dubla masura* gemessen werden – nie in *doppeltem Maßstab*! Das heißt konkret, daß „Verbrechen, die von der UCK begangen wurden, nicht weniger grauenvoll sind als solche der Truppen Milosevics“. Wer das nicht beherzigt, macht die NATO zur „Schutztruppe“ albanischer Sezessionisten, überläßt das Kosovo „dem Terror der Rache“ und „entblößt es von Serben“<sup>70</sup>.

### 3. Bulgarien

Bulgarien hat in erstaunlich kurzer Zeit positive Entwicklungen hin zu wirtschaftlicher Stabilisierung, regionaler Kooperation und europäischer Integration absolviert<sup>71</sup>.

Unter allen diesen Leistungen ragen Bulgariens „Bereinigungen“ einiger alter Konflikte hervor, insbesondere das mittlerweile freundschaftlich

62 Vgl. Fey László, Kosovo și Ardealul (Das Kosovo und Transsilvanien), in: „22“, Nr. 24 vom 15. bis 21. 6. 1999, S. 11.

63 So die deutsche Expertin Anneli Ute Gabanyi in einem Interview in: *România liberă* vom 1. 5. 1999, S. 5.

64 Vgl. *România liberă* vom 1. 5. 1999, S. 1.

65 Vgl. ebd. vom 23. 6. 1999, S. 3.

66 Vgl. Roxana Iordache, Strategia de securitate nationala (Nationale Sicherheitsstrategie), in: *România liberă* vom 26. 6. 1999, S. 1.

67 Vgl. *România liberă* vom 28. 6. 1999.

68 Vgl. Vlad-Andrei Moga, Romanian Options for Reconstructing Southeast Europe, in: Theofanis G. Stavrou/John R. Lampe (Hrsg.), *Redefining Southeastern Europe: Political Challenges and Economic Opportunities*, Südosteuropa-Studie 61, München 1998, S. 137–146.

69 Vgl. Iftene Pop, Interesul national a României și intervenția NATO în Iugoslavia (Das nationale Interesse Rumäniens und die NATO-Intervention in Jugoslawien), in: *România liberă* vom 8. 5. 1999, S. 5.

70 Octavian Paler, *Dubla măsură* (Doppelter Maßstab), in: *România liberă* vom 18. 6. 1999, S. 1.

71 Vgl. Ivan Kostov, Bulgarien auf einem neuen Weg, in: KAS-Auslandsinformationen, (1998) 2, S. 4–11; detailliert zu zahlreichen Einzelbereichen vgl. Gernot Erler/Johanna Deimel (Hrsg.), *Bulgarien – Ein Jahr nach dem Regierungswechsel*, Südosteuropa aktuell 27, München 1998.



geklärte Verhältnis zu Makedonien, das Bulgarien zwar als erster diplomatisch anerkannte, dem es aber eine eigene Nation und eigene Sprache absprach. Das wurde korrigiert und hat Bulgarien auch der NATO empfohlen, was sich im Umfeld des Kosovo-Konflikts positiv auf die Beziehungen ausgewirkt hat<sup>72</sup>.

Als dann die NATO-Mission startete, waren die „Kollateralschäden“ im Westen des Landes doch so erheblich, daß die Medien ganze Karten der Unglücksfälle veröffentlichten<sup>73</sup>. Das Land mußte weitere Nachteile in Kauf nehmen: einen Rückgang der Industrieproduktion um 18 Prozent, Außenhandelseinbußen gegenüber 1998 in Höhe von einer Milliarde US-Dollar, direkte Wirtschaftsverluste von über 200 Millionen US-Dollar sowie schlechte Aussichten für das Wirtschaftswachstum<sup>74</sup>. Aber Bulgarien wußte immer, daß das Milosevic-Regime von der „Entzündung konkreter Konflikte“ lebt, die neben Jugoslawien auch den ganzen Balkan in Mitleidenschaft ziehen<sup>75</sup>. Angesichts solcher Perspektiven erklärte Präsident Petar Stojanov: „Falls von Bulgarien logistische Unterstützung und Luftkorridore benötigt werden, rufe ich den Ministerrat und das Parlament auf, positiv zu reagieren, so wie es Slowenien, Kroatien und die Slowakei taten . . . Unsere Interessen decken sich mit den Interessen der freien westlichen Welt, deren Werte der Nordatlantik-Pakt verteidigt. Verlangen Sie von mir nicht, unsere Unterstützung für diese Welt jetzt abzulehnen, da nicht deren Schicksal, wohl aber unseres auf dem Spiel steht. Deshalb sage ich nochmals ganz offen: Diese Welt braucht Bulgarien, aber Bulgarien braucht sie noch zweimal mehr.“<sup>76</sup>

Es bedurfte wohl derart dramatischer Appelle, um das Parlament zu überzeugen, das solche Unterstützungen in Erklärungen vom Oktober 1998 bis März 1999 mehrfach eingeschränkt hatte<sup>77</sup>. Bulgarien hatte sich schon zu Beginn des Jahres 1998 erfolgreich bemüht, gesamt-balkanische Initiativen zur regionalen Konfliktminderung zustandezubringen. Als dann der Kosovo-Konflikt eskalierte, sah die bulgarische Regierung, „das Kosovo ist kein internes Problem Jugoslawiens“ und „eine Lösung mit politischen Mitteln“ müsse gefunden werden.

72 Vgl. Elizabeth Pond, *Reinventing Bulgaria*, in: *The Washington Quarterly*, (1999) 3, S. 39–53.

73 Vgl. *Trud* (Sofia) vom 16. 5. 1999, S. 3.

74 Vgl. das Interview mit der Statistikerin Velička Rangelova, in: *Standart* (Sofia) vom 2. 4. 1999, S. 6.

75 Vgl. das Interview mit Vizepremier Evgenij Bakardžiev, in: ebd. vom 14. 4. 1999, S. 7.

76 Zitiert nach einem Bericht in: ebd. vom 17. 4. 1999, S. 1.

77 Kleine Dokumentation dazu in: *Standart* vom 17. 4. 1999, S. 2.

So erklärte das Parlament am 25. März 1999, daß Bulgarien sich zwar nicht direkt an etwaigen Militäraktionen beteiligen werde, wohl aber die volle NATO-Mitgliedschaft anstrebe. Dieses Bestreben untermauerte man mit der Beteiligung am Embargo gegen Jugoslawien. Am 4. Mai 1999 beschloß das Parlament, der NATO den bulgarischen Luftraum zu öffnen. Später engagierte sich das Land nachhaltig bei der Bewältigung der „humanitären Katastrophe“, denn „Bulgarien ist überzeugt, daß die vom Milosevic-Regime durchgeführte ethnische Säuberung auch die Destabilisierung der Nachbarländer bezweckt“. Mit diesen Maßnahmen verbesserte Bulgarien seinen Status hinsichtlich der Integration in NATO und EU nachhaltig<sup>78</sup>.

Bulgarien hatte keine andere Wahl. Als das offizielle NATO-Ersuchen am 17. April 1999 in Sofia eintraf, waren die Würfel gefallen. Die Presse kommentierte dies wie folgt: „Politiker und wir alle müssen uns eine furchtbare Verantwortung vergegenwärtigen. Wir müssen wählen, ob Bulgarien für immer im europäischen Ghetto bleibt oder ob es ein Teil des zivilisierten Europas wird. Denn vor zehn Jahren hat Slobodan Milosevic den Balkan ins Ghetto Europas verwandelt. Bulgarien kann nicht weiterhin den unbetroffenen Beobachter des Konflikts spielen. Sonst würde es sich nämlich in einen abgeschiedenen Beobachter europäischer Zivilisation verwandeln.“<sup>79</sup>

Was das konkret heißen sollte, erläuterte der Historiker Metodi Petrov in einem Interview: Bulgarien wird sich von seinem mentalen Ballast falscher Geschichtsmythen, von seinen falschen Parteinahmen für russische und serbische Nationalisten, von seinen ideologisierten Debatten befreien, damit „erstmalig auf der Siegerseite“ sein und so seinen nationalen Interessen am besten dienen<sup>80</sup>. Worauf Petrov anspielte, verdeutlichten Umfragen unter Bulgaren<sup>81</sup>: 82 Prozent sprachen sich für eine „europäische“ Orientierung aus, und 46 Prozent wollten, daß das Land NATO-Mitglied wird.

Die bulgarische Regierung war auch beschuldigt worden, sie „verkaufe“ das Land und betreibe „Geheimdiplomatie“, was Premier Ivan Kostov zurückwies: „Wenn es Abkommen gibt, wenn die Aktion *Joint Guardian* läuft, dann muß von Bulgarien jegliche Mitarbeit gegeben werden.“<sup>82</sup> Wenn

78 Vgl. Nadeshda Michailova, *Bulgarien und die Krise im Kosovo*, in: *KASD-Auslandsinformationen*, (1999) 6, S. 10–21.

79 *Standart* vom 19. 4. 1999, S. 1.

80 Vgl. ebd. vom 23. 4. 1999, S. 7.

81 Vgl. ebd. vom 26. 4. 1999, S. 5.

82 Interview in: ebd. vom 28. 4. 1999, S. 5.



Bulgarien im Westen „Freunde“ hat, fügte der Politologe Nansen Bechar hinzu, dann darf es diese nicht „in einer schweren Situation alleinlassen“<sup>83</sup>.

So hat sich die gesamtbulgarische NATO-Loyalität herausgebildet – erst bei der Regierung, dann beim Parlament, danach bei der Mehrheit der Bevölkerung. „Was kommt denn nun? Frieden oder Waffenstillstand? Ein Stückchen Frieden oder ein Frieden, der europäische Entwicklung bringt? Werden Frieden und Entwicklung für alle sein, oder werden wieder einige leer ausgehen? ... Europa wird geprüft – es darf den Balkan nicht von sich trennen.“<sup>84</sup>

## V. Was wird aus dem Kosovo?

Die NATO-Mission mußte zwangsläufig eine Fülle von Fragen aufwerfen. Für Konflikte dieser Art benötigt man Luftschläge, ein Friedensprogramm und Bodentruppen. Für ihre Mission erfüllte die NATO den ersten Faktor völlig, den zweiten nur halb und den dritten gar nicht. Das „halbe“ Friedensprogramm war von dem US-Botschafter in Makedonien, Christopher Hill, im Oktober 1998 vorgelegt worden und bildete im Februar 1999 die Grundlage der Konferenz von Rambouillet, die an ihrer Konzeptionslosigkeit für die Zukunft des Kosovo scheiterte<sup>85</sup>. Der unterlassene Einsatz von Bodentruppen – die doch zu Zehntausenden in Makedonien und Albanien standen, von dort aber dem Morden serbischer Truppen im Kosovo zusahen – traf auf das völlige Unverständnis der Südslawen und nährte deren Zweifel, daß dem Westen wirklich an einer dauerhaften Lösung auf dem Balkan gelegen sei<sup>86</sup>.

Zudem waren die Südosteuropäer in diesen schwer durchschaubaren Konflikt direkt involviert, und „die Mehrheit der jugoslawischen Nachbarn fand sich praktisch über Nacht in dem Zwiespalt wider, zwischen einer vielversprechenden (wiewohl noch ziemlich verschwommenen) Zukunftsvision und einer harten Realität, die sich schwer auf die gesamte Region legte, zu ent-

scheiden“<sup>87</sup>. Dabei war es nur ein geringer Trost, daß diese Bürde wenigstens in einem Punkt gemildert worden war: Die von Rußland jahrelang vehement befehdete Osterweiterung der NATO, die die Osteuropäer eben wegen Moskaus Gegnerschaft um so nachdrücklicher wünschten<sup>88</sup>, schien plötzlich kein Problem mehr zu sein: Die Russen akzeptierten, daß „je lauter Moskau die NATO kritisiert, desto aktiver streben die Osteuropäer dorthin“<sup>89</sup>; allerdings fragten sich die im März 1999 in die NATO aufgenommenen Mitglieder Tschechien, Polen und Ungarn, ob sie ausgerechnet in diese NATO mit diesen Missionen gewollt hatten<sup>90</sup>. „Wenn wir es ablehnen, den NATO-Bombern den Überflug zu gestatten, werden wir ganz sicher aus dem ‚Buch‘ gestrichen und der Gnade einer verfluchten Geographie überlassen. Allerdings ist es überhaupt nicht sicher, daß wir nach Zahlung dieses Preises in den Atlantischen Militärclub aufgenommen und von sicherheitspolitischen Unbequemlichkeiten befreit werden, aber wir haben eine Chance, eine Illusion, eine Hoffnung.“<sup>91</sup>

Ähnlich bange Fragen werden sich bei dem anvisierten EU-Beitritt nicht stellen<sup>92</sup>. Daß das postkommunistische Osteuropa von der Ostsee bis zur Adria für diesen Beitritt schlichtweg nicht vorbereitet ist – *too poor, too populous, too agricultural* –, ist seit Jahren ein offenes Geheimnis, zumal sich die ökonomischen Entwicklungen und Resultate dort verlangsamten und verschlechterten<sup>93</sup>. Diese Abwärtstrends haben sich durch die jüngsten Balkan-Konflikte verstärkt<sup>94</sup>, wie andererseits Brüsseler Bedenken im Umkreis des angestrebten „Sta-

87 Dosije: Jugoslovenska drama i susedi (Dossier: Das jugoslawische Drama und die Nachbarn), in: Vreme, Sonderausgabe 8 vom 1. 5. 1999, S. 8.

88 Vgl. Alexander Duleba, Russia, Central Europe and NATO Enlargement, in: Medzinárodné otázky (Bratislava), (1998) 4, S. 15–46.

89 Vgl. Aleksandr Šumilin, Atlantičeskij bumerang (Der atlantische Bumerang), in: Ékspert (Moskau), Nr. 10 vom 15. 5. 1999, S. 50 f.

90 Vgl. Adam Černý, Kdo je nepřitelem NATO (Wer ein Feind der NATO ist), in: Týden, Nr. 11 vom 8. 3. 1999, S. 21.

91 Octavian Paler, O diversione: „antioccidentalismus“ (Eine Diversion: „Antiwest-Haltung“), in: România liberă vom 4. 5. 1999, S. 1.

92 Detailliert zur Erweiterungsproblematik Manuel Frölich, NATO and EU Enlargement: The Structure of an Unprecedented Process, in: Klaus Dicke/Karl Schmitt (Hrsg.), Transformation und Integration in Europa, Berlin 1998, S. 121–141.

93 Vgl. János Deák u. a. (Hrsg.), Economic Trends in Eastern Europe, Budapest, May 1999; Arnold Suppan, Ostmitteleuropa und die Europäische Union: Nationale Identitäten und Perzeptionen in Polen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Slowenien, in: Revue d'Europe Centrale, (1998) 1, S. 63–73.

94 Vgl. Gernot Erler, Krisenregion Balkan: Herausforderung an das neue Europa, in: Südosteuropa Mitteilungen, (1999) 1, S. 9–16.

83 Interview in: ebd. vom 27. 4. 1999, S. 7.

84 Kommentar in: ebd. vom 4. 6. 1999, S. 1.

85 Vgl. Marc Weller, The Rambouillet conference on Kosovo, in: International Affairs, (1999) 2, S. 211–251; Jens Reuter/Melpomeni Katsaropoulou, Die Konferenz von Rambouillet und die Folgen, in: SÜDOSTEUROPA, (1999) 3–4, S. 147–155.

86 Vgl. dazu das Gespräch der beiden international anerkannten Experten Anton Bebler (Ljubljana, Slowenien) und Dusko Topalović (Zagreb, Kroatien), in: Svijet (Sarajevo) vom 4. 4. 1999, S. 12–14.

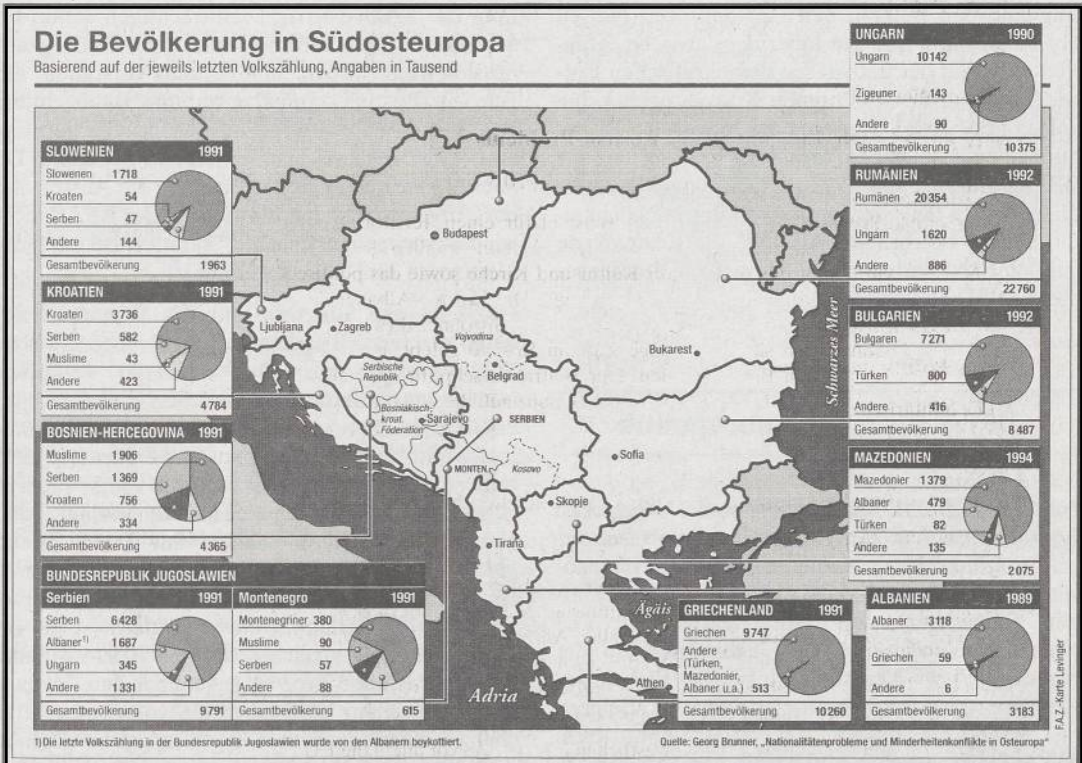


bilitätspakts für den Balkan“ lauter geworden sind: Weil die NATO die südosteuropäischen Staaten brauchte, muß die EU ein „klares und wiederholtes Bekenntnis“ zu deren Integration in die EU abgeben – „selbst wenn diese aus heutiger Sicht in unbestimmter Zukunft liegt“<sup>95</sup>.

Mit anderen Worten (und bewußt als *Worst-case-Scenario* formuliert): Im Umkreis ihrer Kosovo-Mission vermochte die NATO die Staaten Süd-

osteuropas kurzfristig durch „europäische“ Verheißungen zu faktischen Kombattanten zu machen. Die Uneinlösbarkeit dieser Versprechungen kann mittelfristig dazu führen, daß in der Region Frustrationen aufkommen, die ihrerseits neue und gefährliche Konflikte provozieren. Das wiederum könnte langfristig heißen, daß die EU vor die Entscheidung gestellt wird, die Stabilität auf dem Balkan durch die Integration dieser Staaten zu fördern, dabei aber angesichts von deren ökonomischer Unterentwicklung und demokratischer Unreife das Risiko einzugehen, die eigene Schwerfälligkeit bis zur Lähmung voranzutreiben.

95 Dietrich Schlegel, Wie kann Südosteuropa langfristig stabilisiert werden? Eine deutsche Initiative, in: ebd., S. 17–25.





# Die Jugoslawienpolitik des Westens seit Dayton

Der serbisch-albanische Konflikt im Kosovo wurde vielfach vorhergesagt. Trotz seiner immensen Sprengkraft blieb er bei den Friedensverhandlungen in Dayton ausgespart. Daß die präventive Diplomatie, soweit sie überhaupt stattfand, auch in den Folgejahren scheiterte, ist nicht zuletzt auf die diffuse Politik des Westens gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) zurückzuführen. Denn zum einen galt der serbische (später jugoslawische) Präsident Slobodan Milosevic als unerläßlicher Partner bei der Herbeiführung und Implementierung des Friedensabkommens für Bosnien-Herzegowina, zum anderen war klar, daß Belgrad den Daytonprozeß partiell obstruierte und daß die innerjugoslawische Situation aufgrund der defizitären demokratischen Entwicklung und der Zeitbombe Kosovo noch keine vollständige Normalisierung der bilateralen Beziehungen zuließ. Da das Verhältnis des Westens zur BR Jugoslawien seit 1992 de facto ungeklärt war, blieben auch die externen Einwirkungsmöglichkeiten extrem beschränkt. Als 1998 die Kosovokrise auf den Eklat zusteuerte, zeigte sich die Staatengemeinschaft handlungsunfähig.

## I. Westliche Isolationspolitik

Aus dem 1990/91 begonnenen Auflösungsprozeß Jugoslawiens sind fünf Nachfolgestaaten hervorgegangen: Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Makedonien und die aus Serbien (10 Millionen Einwohner) und Montenegro (600 000) bestehende Bundesrepublik Jugoslawien. In die jugoslawischen Nachfolgekriege in Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina ist Belgrad nie offiziell eingetreten. Aber es ist unbestritten, daß es die kroatischen und bosnischen Serben politisch, logistisch und materiell unterstützte. Aus diesem Grund ist die häufig abfällig als „Restjugoslawien“ etikettierte Bundesrepublik bereits 1992 mit umfassenden Sanktionen bestraft worden.

Am 30. Mai 1992, mit Verabschiedung der Resolution 757 durch den UNO Sicherheitsrat, wurde die BR Jugoslawien aus den internationalen Organisationen ausgeschlossen und mit umfassenden Wirtschaftssanktionen belegt. Die Präambel des Dokuments

konstatierte, daß die BRJ nicht automatisch als Rechtsnachfolgerin der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) gelten könne, da sich der kommunistische Bundesstaat de facto aufgelöst habe. Am 22. September 1992 beschloß die Generalversammlung auf Grundlage ihrer Resolution 47/1, Jugoslawien von ihrer Arbeit auszuschließen. Seither ist der Status ungeklärt, weder wurde seine Beteiligung ausdrücklich negiert, noch wurde es mit allen dazugehörigen Rechten als Vollmitglied akzeptiert<sup>1</sup>. Auch die OSZE hatte am 8. Juni 1992 die Mitgliedschaft Jugoslawiens ruhen lassen, was später die Bearbeitung der Kosovo-Krise beeinträchtigen sollte. Im September 1992 eröffnete die „KSZE-Langzeitmission nach Kosovo, Sandzak und Vojvodina“ ein Büro in Pristina. Aufgabe war die Beobachtung der Menschenrechtslage sowie die Vermittlung eines Dialoges zwischen Serben und Albanern. Da aber der Ausschuß Hoher Beamter die Aussetzung der Mitgliedschaft Jugoslawiens in der KSZE nicht wieder rückgängig machte, verwies Belgrad die Mission im Juni 1993 des Landes<sup>2</sup>.

Die politische Isolation und das Wirtschaftsembargo wirkten sich verheerend auf die jugoslawische Volkswirtschaft aus. Das Embargo verstärkte bestehende strukturelle Schwächen und führte zu erheblichen Produktionseinbußen und Einkommensverlusten. Zwischen Juni und Dezember 1992 sank die Industrieproduktion um 32,3 Prozent gegenüber der gleichen Periode im Vorjahr, rund 600 000 Beschäftigte wurden in Zwangsurlaub geschickt. Da der Staat aufgrund der dramatischen Einnahmeausfälle die Geldmenge erhöhte, schnellte die Inflationsrate steil nach oben. Im Dezember 1993 erreichte sie eine Rekordsumme von einer Million Prozent gegenüber dem Vormonat. Im Frühjahr 1995 lagen die volkswirtschaftlichen Gesamtverluste bei 147 Milliarden US-Dollar.

Die rasante Talfahrt der jugoslawischen Wirtschaft mag ein Grund dafür gewesen sein, daß die jugoslawische Führungsspitze Mitte 1994 zu der Auffassung kam, den bosnischen Krieg zu beenden und sich von den Embargomaßnahmen zu

1. Vgl. Miodrag Mitić, *International Law and the Status of the FR of Yugoslavia in the United Nations*, in: *Review of International Affairs*, 15 September 1998, S. 27–44.

2. Vgl. Stefan Troebst, *Chronologie einer gescheiterten Prävention: Vom Konflikt zum Krieg im Kosovo, 1989–1999*, in: *Osteuropa*, 49 (1999) 8 (i. E.).



befreien. Der serbische Präsident Slobodan Milošević erklärte am 31. Juli 1994, der Frieden liege im Interesse „der ganzen serbischen Nation“<sup>3</sup>, und nahm den von der Kontaktgruppe entwickelten Friedensplan für Bosnien-Herzegowina an, der später die Grundlage der Verhandlungen in Dayton bildete. Die Behauptung, die Allianz habe im Sommer 1995 den serbischen Präsidenten in zwölf Tagen an den Verhandlungstisch gebombt, die die NATO vier Jahre später zur Rechtfertigung der Intervention im Kosovo anführte, ist also inkorrekt. Da sich aber die Führung der bosnischen Serben der Anweisung aus Belgrad verweigerte, kam es im August 1994 zum spektakulären Bruch zwischen Belgrad und Pale. Dies war einer der Gründe, weshalb der serbische Präsident in westlicher Perzeption zum Friedensengel aufrückte<sup>4</sup>.

Als nach vier Jahren Krieg am 21. November 1995 endlich das Friedensabkommen von Dayton geschlossen wurde, atmete die Staatengemeinschaft auf: Schließlich hatten die jugoslawischen Nachfolgekriege nicht nur Hunderttausende Tote gefordert und mehr als zwei Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Auch das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Staatengemeinschaft hatte aufgrund jahrelanger Handlungsunfähigkeit ernsthaften Schaden genommen. Endlich schienen die grausamen jugoslawischen Nachfolgekriege beigelegt<sup>5</sup>.

Seit längerem hatte sich zudem die Erkenntnis durchgesetzt, daß es notwendig werden würde, Jugoslawien in die internationalen Kooperationsstrukturen zurückzuholen. Die anhaltende politische Isolation deformierte das politische System und die Gesellschaft Serbiens und Montenegros, förderte kriminelle und mafiose Strukturen und stieß weite Teile der Bevölkerung in soziale Not – ein sicheres Rezept zur Schaffung eines neuen Unruheherdes. Deshalb wurde an einer Gesamtlösung für die postjugoslawische Staatenwelt gebastelt, die auch die BRJ aus der Isolation sowie zu einer allmählichen Normalisierung der bilateralen Beziehungen führen sollte.

Das überaus konflikthafte Verhältnis zwischen Makedonien und Griechenland normalisierte sich, nachdem am 13. September 1995 ein Interimsabkommen zustande gekommen war<sup>6</sup>. Die BRJugo-

slawien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Makedonien erkannten sich – sofern dies noch nicht geschehen war – im Verlauf des Jahres 1996 gegenseitig an. Damit war eine wichtige Voraussetzung für die weitere politische Entspannung in der Region gelegt. Daraufhin begannen schließlich auch zahlreiche europäische und außereuropäische Staaten, ihre diplomatischen Beziehungen zur BR Jugoslawien wiederaufzunehmen. Auf der Grundlage einer Gemeinsamen Entscheidung vom 9. April 1996 erkannten die EU-Staaten die BR Jugoslawien auf individueller Basis an, die EU als solche hat dies allerdings bis heute nicht getan.

Offen blieben Fragen in Zusammenhang mit den Sukzessionsverhandlungen, darunter die Aufteilung von Schulden und Vermögen des kommunistischen Jugoslawiens, der kroatisch-montenegrinische Konflikt über die Halbinsel Prevlaka (den wichtigsten jugoslawischen Militärhafen, der jedoch auf kroatischem Territorium liegt) sowie das Rückkehrrecht von rund 300 000 Serben, die im Sommer 1995 aus Kroatien nach Bosnien-Herzegowina und in die BR Jugoslawien vertrieben worden waren und deren Wiederaufnahme Zagreb faktisch verweigerte. Da Belgrad im allgemeinen Wohlverhalten demonstrierte, wurden die Sanktionen im September 1996 bis auf einen „äußeren Wall“ aufgehoben, der dem Staat weiterhin den Zugang zu den internationalen Finanzorganisationen – wie dem Internationalen Währungsfonds (IMF), der Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBRD), der Weltbank usw. – und damit zu deren Krediten versperkte. Damit wollte der Westen ein Druckmittel in der Hand behalten, um Belgrad zur Umsetzung des Dayton-Abkommens sowie zu inneren demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen zu zwingen. Am 29. April 1997 gewährte die EU Belgrad erstmalig autonome Handelspräferenzen, die aber schon 1998 wegen der heraufziehenden Kosovokrise wieder ausgesetzt wurden.

Die Lage in Jugoslawien blieb auch nach 1995 in vieler Hinsicht prekär. Da das Land keine internationalen Kredite erhielt, liefen alle ökonomischen Reformversuche ins Leere. Nach Einschätzung internationaler Finanzexperten erreichte die Wirtschaftsleistung Jugoslawiens nach Ende des bosnischen Krieges weniger als die Hälfte von 1989, das Außenhandelsdefizit überschritt 1998 die Rekordmarke von 2 Milliarden US-Dollar. Die Auslandsschulden beliefen sich auf mindestens 10 Milliarden

kade auf. Die Staaten einigten sich auf gegenseitige Anerkennung ihrer Souveränität, territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit. Lediglich der Namensstreit konnte nicht beigelegt werden.

3 President of Serbia Tells Allies in Bosnia To Accept Peace Pact, in: The Washington Post vom 1. 8. 1994.

4 Vgl. Richard Holbrooke, Meine Mission. Vom Krieg zum Frieden in Bosnien, München 1998.

5 Vgl. Auswärtiges Amt (Hrsg.), Deutsche Außenpolitik 1995. Auf dem Weg zu einer Friedensregelung für Bosnien und Herzegowina: 53 Telegramme aus Dayton. Eine Dokumentation, Bonn 1998.

6 Makedonien änderte seine Staatsflagge, indem die sechzehn durch eine achtstrahlige Sonne ersetzt wurde. Griechenland hob im Gegenzug die einseitige Wirtschaftsblock-



US-Dollar, rund 80 Prozent des jugoslawischen Bruttosozialprodukts.

Die sozioökonomische Dauerkrise schürte den Zwist mit der Partnerrepublik Montenegro, in der Ende 1997 Milosevics Widersacher Milo Djukanovic die Präsidentschaftswahlen gewann. Das Ergebnis war von dem Belgrad-treuen Momir Bulatovic angefochten worden, und die Vereidigung des neuen Präsidenten hatte Mitte Januar 1998 Unruhen ausgelöst. Djukanovic steht für wirtschaftliche Reformen, die Öffnung des Landes nach Westen und den konstitutionellen Umbau der BR Jugoslawien, der dem kleinen Montenegro mehr Einfluß auf die Bundespolitik bringen soll. Diese bereits seit 1992 schwelende Verfassungskrise konnte bislang nicht gelöst werden. So sind drei Parallelverfassungen in Kraft: die serbische, die montenegrinische und die jugoslawische, die sich in vielen Bereichen widersprechen, andere Fragen ganz offenlassen<sup>7</sup>. Die in Podgorica regierende Koalition „Damit wir besser leben“ betrachtet die jugoslawischen Bundesinstitutionen als verfassungswidrig und verweigert die Umsetzung von Bundesbeschlüssen. Seit Monaten behält Montenegro Zölle und Steuereinnahmen ein, die eigentlich in das Bundesbudget fließen müßten. Die Teilrepublik besitzt eigene diplomatische Vertretungen in westlichen Staaten, will ein separates Strafbuch und womöglich eine eigene Währung einführen. Es steht die Sezessionsdrohung, mindestens aber die Forderung nach Umwandlung der Bundesrepublik Jugoslawien in eine Konföderation im Raum<sup>8</sup>. Der seit 1989/90 ungeklärte und bis heute umstrittene politische Status Kosovos hat die Lage weiter kompliziert. Noch ist nicht entschieden, ob und wie lange es die montenegrinische Maus noch mit dem serbischen Elefanten unter demselben politischen Dach aushalten wird.

Aus westlicher Sicht besonders besorgniserregend entwickelte sich auch die innenpolitische Situation in Serbien. Mangelnde Demokratisierung, Beschränkungen der Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Justiz sowie die Behinderung der Meinungs- und Medienfreiheit charakterisierten auch nach 1995 das Land. An der Jahreswende 1996/97 demonstrierte das Oppositionsbündnis „Zajedno“ wochenlang gegen angebliche Fälschungen bei den Lokalwahlen vom 17. November 1996. Als Sonderbeauftragter der OSZE reiste daraufhin Felipe Gonzáles am 20. und 21. Dezember nach Belgrad. In sei-

nem Bericht an den Ständigen Rat (bekannt als Gonzáles-Bericht) kam er zu dem Ergebnis, daß die oppositionelle Zajedno-Koalition in 25 Gemeinden (darunter Pirot, Kraljevo, Uzice, Nis und in Teilen Belgrads) die Mehrheit errungen hatte<sup>9</sup>. Belgrad erklärte sich zu Zugeständnissen bereit, jedoch zerbrach das Oppositionsbündnis nach einigen Wochen an internen Machtkämpfen. Seither hat sich die innere Lage in bezug auf Demokratie und Menschenrechte weiter verschlechtert<sup>10</sup>.

Die größten Sorgen bereitete seit Mitte 1997 jedoch das Kosovo, in dem sich 1990 die Albaner für unabhängig erklärt und einen Schattenstaat ausgerufen hatten. Seit 1995 war es zu einer deutlichen Mobilisierung und Politisierung der kosovo-albanischen Bevölkerung gekommen, erste gewaltbereite Gruppen traten in Erscheinung<sup>11</sup>. Wie aber sollte der Westen auf die heraufziehende serbisch-albanische Krise reagieren?

## II. Gescheiterte Konfliktprävention im Kosovo

Während der Westen die Ereignisse in Bosnien nie als ernsthafte Bedrohung vitaler Interessen wahrnahm, blickte er schließlich mit größter Sorge auf die Zwei-Millionen-Provinz Kosovo. Die ungelöste albanische Frage wurde als typisches *trigger*-Problem erkannt, da neben dem 3,2 Millionen-Staat Albanien auch Montenegro (mit 50 000 Albanern), Makedonien (460 000) und Nord-Griechenland (150 000) durch die Ereignisse im Kosovo in Mitleidenschaft gezogen zu werden drohten. Anders als der bosnische hätte sich der serbisch-albanische Konflikt im Kosovo nur schwer auf das Territorium Ex-Jugoslawiens begrenzen lassen. Eine regionale Ausweitung des Konfliktes hätte jedoch weitere Sicherheitsinteressen des Westens bedroht, die in den geostrategisch zentralen Regionen (Ägäis, Türkei, Mittlerer Osten) liegen. Der damalige amerikanische Präsident George Bush hatte schon im Dezember 1992 erklärt, daß ein Krieg im Kosovo zu einem westlichen Militäreinsatz führen würde – zu

9 Vgl. Report by Mr. Felipe Gonzáles on Serbia, in: Helsinki Monitor, 8 (1997) 2.

10 Vgl. Helsinki Committee for Human Rights in Serbia, Radicalisation of the Serbian Society. Collection of Documents, Belgrade 1997.

11 Zu den Ereignissen im Kosovo vgl. International Crisis Group, Kosovo Spring, Pristina/Sarajevo, 20 March 1998; Wolfgang Petritsch (Hrsg.), Kosovo. Mythen, Daten, Fakten, Klagenfurt 1999; Marc Weller (Hrsg.), The Crisis in Kosovo, 1989–1999, London 1999; Noel Malcolm, Kosovo: A Short History, London–New York 1998; Miranda Vickers, Between Serb and Albanian: A History of Kosovo, London u. a. 1998.

7 Vgl. Nebojsa Cagorovic, Conflicting Constitutions in Serbia and Montenegro, in: Transition, 7. März 1997, S. 28–31.

8 Vgl. Zoran Kusovac, Montenegro. The Crisis that could scuttle Yugoslavia, in: Jane's Intelligence Review, Juli 1998, S. 9–14; vgl. auch Für ein neues Verhältnis Montenegros zu Serbien. Interview mit dem montenegrinischen Präsidenten Djukanovic, in: Neue Zürcher Zeitung vom 30. 6. 1999.



einem Zeitpunkt, als die USA im Jugoslawien-Konflikt noch weitestgehende Abstinenz übten. Wertinteressen wie die Entwicklung der Demokratie und der Schutz der Menschenrechte haben im westlichen Kalkül zweifellos auch eine Rolle gespielt. Aber entscheidend waren wohl die strategischen Erwägungen.

Gleichwohl rückte Kosovo erst nach dem Herbst 1997, als sich die Krisen-Anzeichen in der Provinz verdichteten, ganz oben auf die Agenda fast aller wichtigen internationalen Organisationen und zahlloser Nichtregierungsorganisationen. Dabei hat es gerade in bezug auf Kosovo nicht an warnenden Stimmen, politischen Analysen und Vorschlägen zur Konfliktprävention gefehlt. Beispielsweise waren zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und Institute, darunter die Comunità di Sant'Egidio (Rom), die International Crisis Group (Brüssel), die Griechische Stiftung für Europa- und Außenpolitik ELIAMEP (Athen), die Bertelsmann-Stiftung (Gütersloh) und das Conflict Prevention Network der EU (Brüssel), rechtzeitig zur Stelle. Auf internationaler Ebene beschränkte sich die Kosovo-Diplomatie vor 1998 weitestgehend auf die unermüdlichen Aktivitäten der beim Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina angesiedelten Arbeitsgruppen für Sukzessionsfragen und ethnische Minderheiten, die aber im Grunde marginalisiert blieben<sup>12</sup>.

Dies läßt sich mit mindestens zwei Faktoren erklären. Bis 1997/98 stand die westliche Politik gegenüber dem ehemaligen Jugoslawien ganz im Schatten des Friedensprozesses von Dayton. Zu viele personelle und finanzielle Ressourcen waren durch den unvollendeten Frieden in Bosnien-Herzegowina gebunden, als daß es zu einer präventiven Krisendiplomatie in anderen Regionen gereicht hätte. Denn die Implementierung des Friedensvertrages blieb in nahezu jeder Hinsicht weit hinter den ursprünglich hochtrabenden Erwartungen zurück<sup>13</sup>. Weder funktionierten die in der Verfassung vorgesehenen gesamtstaatlichen Institutionen, noch kam es zu einer gesamtbosnischen Innen- oder Außenpolitik. Einen Teil des Problems bildete die ständige Einmischung der Nachbarstaaten Kroatien und der BR Jugoslawien in die Innenpolitik, da ihnen in Dayton das Recht zugestanden worden war, „parallele Sonderbezie-

hungen“ (special parallel relationships) mit den bosnischen Entitäten (Teilstaaten) zu unterhalten<sup>14</sup>.

Ein zweiter Grund war, daß sich die Staatengemeinschaft aufgrund ihrer Isolationspolitik selbst der wichtigsten Instrumente zur Krisenprävention beraubt hatte. So konnte beispielsweise die KSZE/OSZE, aus der die BRJ ausgeschlossen war, nicht wirklich aktiv werden. Auch die in der Diplomatie beliebte „Zuckerbrot und Peitsche“-Strategie funktionierte nicht: Einem Staat, der ohnehin schon politisch und wirtschaftlich isoliert ist, kann man nicht mehr mit Sanktionen drohen. Wirtschaftliche Anreize in Form von Beziehungen zur EU hielt die Staatengemeinschaft gegenüber Belgrad dagegen durchaus parat. Aber ihre im Gegenzug an Belgrad gestellten Forderungen blieben lange Zeit zu vage, als daß die jugoslawische Führung sie hätte ernst nehmen können. Es war die Regierung in Belgrad, die immer wieder auf Präzisierung der Konditionalitäten zur Normalisierung des internationalen Status der BRJ gedrun-gen hatte.

Im Herbst 1997 hat sich die Internationale Bosnien-Kontaktgruppe (bestehend aus Vertretern der USA, Rußlands, Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands und Italiens) schließlich auch dem Kosovo-Problem zugewandt und am 24. September 1997 in New York dazu ihre erste Erklärung abgegeben. Sie rief beide Seiten zu Gewaltverzicht und Dialog auf. Ein nachfolgendes Statement (Moskauer Erklärung vom 25. Februar 1998) präziserte: Jede Lösung, auf die sich beide Seiten auf friedlichem Wege einigen, ist für die Staatengemeinschaft akzeptabel. Weder die Fortsetzung des (gewaltträchtigen) Status quo noch die staatliche Unabhängigkeit Kosovos würden unterstützt. Serben und Albaner sollten „ohne Vorbedingungen“ in den Dialog über einen territorialen Sonderstatus der Provinz eintreten. Die Kontaktgruppe orientierte sich mithin an den Empfehlungen der 1991 gebildeten EU-Expertenkommission (Badinter-Kommission), die besagten, daß nur die Teilrepubliken, nicht die autonomen Provinzen Jugoslawiens, das Recht auf einen selbständigen Staat geltend machen dürften.

Als Ende Februar/Anfang März 1998 die bewaffneten Auseinandersetzungen im Kosovo eskalieren, wurde der Ton schärfer, die Forderungen präziser. In der Londoner Erklärung vom 9. März 1998 verurteilte die Kontaktgruppe die Gewaltanwendung der serbischen Polizei im Kosovo ebenso wie die Terrorakte der Kosovo-Befreiungsarmee

12 Vgl. Stefan Troebst, Conflict in Kosovo: Failure of Prevention? An Analytical Documentation, 1992–1998, ECMI Working Paper 1, Flensburg, Mai 1998, S. 39 f.

13 Vgl. David Chandler, Bosnia. Faking Democracy after Dayton, London u. a. 1999; Henriette Riegler, Einmal Dayton und zurück. Perspektiven einer Nachkriegsordnung im ehemaligen Jugoslawien, Wien 1999; Annika S. Hansen, Implementing the Dayton Peace Agreement – The Role of Security Assistance, FFI/RAPPORT-98/00669, Kjeller 1998.

14 Vgl. Report of the High Representative for Implementation of the Peace Agreement to the Secretary-General of the United Nations, Sarajevo, 12. Februar 1999.



(UCK). Gleichzeitig wurde der UNO-Sicherheitsrat aufgefordert, ein Waffenembargo über Jugoslawien, einschließlich Kosovos, zu verhängen. Ende Juni beschloß der Rat der EU zudem ein Flugverbot für jugoslawische Fluggesellschaften sowie ein Investitionsembargo. Regierungskredite für Handel, Investitionen und Privatisierung in Serbien wurden eingefroren, Vertreter Serbiens und Jugoslawiens, die für die Repression verantwortlich waren, durften nicht mehr in Kontaktgruppenstaaten einreisen. Hätte Belgrad aber einen „wirklichen Dialog“ mit den Albanern gestartet, hätte die BRJ mit Aktivierung ihrer Mitgliedschaft in der OSZE und Aufhebung wirtschaftlicher und anderer Sanktionen rechnen können. Da dies nicht der Fall war, die bewaffneten Auseinandersetzungen vielmehr weiter an Umfang und Schärfe zunahmen, wurden sukzessive immer weitere Sanktionen verhängt: eine Liefersperre für Ausrüstungsgüter, die durch die Sicherheitskräfte eingesetzt werden könnten, ein Moratorium für Exportkredite, die Einfrierung von Geldern Serbiens und der jugoslawischen Regierung im Ausland, ein Landeverbot für jugoslawische Fluggesellschaften sowie zuletzt am 24. April 1999 – nach vierwöchigem Bombardement der NATO – auch ein Ölembargo. Gleichzeitig wurden Schlupflöcher in der Sanktionsmauer geschlossen<sup>15</sup>.

Angesichts der ausufernden Gewalt im Kosovo betonten westliche Politiker seit 1998, daß ein „zweites Bosnien“ verhindert werden müsse, womit gemeint war, daß der Westen den gravierenden Menschenrechtsverletzungen auf dem Balkan nicht schon wieder tatenlos zuschauen dürfe<sup>16</sup>. Als Ultima ratio solle die NATO die Angriffe der serbischen Sonderpolizei auf albanische Wohngebiete militärisch stoppen. Der Krieg im Kosovo sollte nach dem „Modell Dayton“ beendet werden, was US-Außenministerin Madeleine Albright immer wieder betonte<sup>17</sup>. Aus diesem Grund begann die NATO im Juni 1998 mit dem Aufbau ihrer militärischen Drohkulisse. Luftmanöver über Albanien und Makedonien sollten die Entschlossenheit der Allianz zum Eingreifen demonstrieren. Tatsächlich ließ Belgrad Anfang Juli 1998 eine internationale Beobachtermission (Kosovo Diplomatic Observer Mission, KDOM) im Kosovo zu. Anhaltende serbische Angriffe im Zentralkosovo veranlaßten die Staatengemeinschaft zu weiteren Schritten. Am 23. September verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat unter Kapitel VII die Resolution 1199, mit

der ein sofortiger Waffenstillstand, der Rückzug von Armee und Sonderpolizei, Zugang für humanitäre Organisationen und Zusammenarbeit mit dem UNO-Tribunal in Den Haag gefordert wurde. Einen Tag später sprach die NATO eine Aktivierungswarnung für mögliche Luftangriffe auf die BR Jugoslawien aus (ACT WARN)<sup>18</sup>.

Anwachsende Flüchtlingsströme, Berichte über immer neue Menschenrechtsverletzungen und die Einschätzung des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan, daß Belgrad seinen Verpflichtungen nicht vollständig nachkomme, animierten die NATO zu weiteren Drohungen. Am 13. Oktober 1998 gab der NATO-Rat den Einsatzbefehl für Luftschläge (ACT ORD) auf das Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien. Sie führte in buchstäblich allerletzter Sekunde zu einer Übereinkunft zwischen US-Vermittler Richard Holbrooke und dem jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic. Am 16. Oktober einigten sich die Kontrahenten auf ein Abkommen, nachdem die OSZE bis zu 2 000 Verifikateure (Kontrolleure) in die Krisenprovinz entsenden durfte. Ihre Aufgabe war die Überwachung des gleichzeitig geschlossenen Waffenstillstands und der Umsetzung der Sicherheitsratsresolutionen sowie die Mitwirkung an der Flüchtlingsrückführung<sup>19</sup>. Gleichzeitig wurde in Makedonien eine 1 700 Mann starke NATO-Eingreiftruppe, die „Extraction Force“, stationiert. Sie sollte die OSZE-Mission im Konfliktfall mit Panzerfahrzeugen und Hubschraubern evakuieren. Unbemannte Überwachungsflugzeuge der NATO durften fortan Kosovo überfliegen (Operation Eagle Eye).

Schon damals war klar, daß die Vereinbarung bestenfalls eine Zwischenlösung sein würde. Zwar hatte die Übereinkunft zu einer Beruhigung der Kriegshandlungen geführt, die serbischen bewaffneten Kräfte wurden auf das Niveau vom März 1998 reduziert, und die Flüchtlinge konnten in größerer Zahl in ihre Heimatorte zurückkehren. Die Kosovaren erklärten jedoch, der Kampf gehe weiter, und die Untergrundkämpfer der UCK kehrten zu ihrer ursprünglichen subkonventionellen, offensiven Guerilla-Taktik mit Anschlägen und Geiselnahmen zurück. Sie nutzten die Winterpause, um ihre Truppen zu trainieren und zu bewaffnen. Nach Angaben der OSZE unterhielt die UCK Militärbasen im Norden Albaniens (Bajram Surri, Tro-

15 Vgl. Handelsblatt vom 27. 4. 1999, S. 11.

16 Zu den Kriegereignissen im Kosovo vgl. Stefan Troebst, The Kosovo War, Round One: 1998, in: SÜDOSTEUROPA, 48 (1999) 3–4, S. 156–190.

17 Vgl. Thomas W. Lippman, US Miscalculations Traced to Albright, in: The Washington Post vom 7. 4. 1999.

18 Vgl. Hans Georg Ehrhart/Matthias Z. Karádi, Krieg auf dem Balkan. Lage, Interessen, Optionen, Lehren und Perspektiven, Hamburg 1999.

19 Vgl. Statement from the Session of the Government of the Republic of Serbia, in: Review of International Affairs vom 15. 10. 1998, S. 1 f.



poje, Krum, Kukes und Peskojeja), von wo aus permanent Waffen und Kämpfer über die jugoslawische Grenze einsickerten. Spätestens im Frühjahr 1999 wäre mit einer neuerlichen Offensive der Kosovaren oder aber einem großen militärischen Präventivschlag der jugoslawischen Armee zu rechnen gewesen. Denn die jugoslawische Armee und die serbische Sonderpolizei standen mit mindestens 18 500 Mann (so viele waren es im März 1998) weiter in der Provinz.

Schon seit Dezember 1998 gingen die Serben wieder massiver gegen die albanischen Widerstandsnester vor. Am 16. Januar 1999 kam es in Račak zur Tötung von etwa 45 Albanern, die später durch EU-Experten forensisch untersucht wurden. Der Abschlußbericht erbrachte jedoch keine Erkenntnisse über die Todesumstände, insbesondere in der Frage, ob es sich um ein „Massaker“ gehandelt habe oder nicht<sup>20</sup>. Spätestens seither war dennoch klar, daß die internationalen Beobachter der eskalierenden Gewalt keinen Einhalt gebieten konnten; statt dessen befand sich die unbewaffnete OSZE-Mission in einer potentiellen Geiselrolle<sup>21</sup>. Was wesentlich schwerer wog: Es war weit und breit keine politische Lösung in Sicht.

### III. Das Scheitern der Verhandlungen von Rambouillet

Die serbische Regierung hatte noch im Oktober 1998 eine einseitige Verpflichtungserklärung abgegeben, nach der sie Kosovo weitgehende Selbstverwaltung einräumen wollte. Am 20. November präsentierte sie einen „Gemeinsamen Vorschlag“ über die Selbstverwaltung Kosovos, den sie mit Vertretern der belgradtreuen Albanerparteien und anderer Minderheitengruppen abgestimmt hatte. Demnach sollte Kosovo weitgehende Selbstverwaltung erlaubt sein, jedoch sollten alle nationalen Gemeinschaften in gleicher Stärke im Parlament vertreten sein. Serben, Roma, Türken und andere Minderheiten hätten also jeweils ebenso viele Sitze wie die Albaner in der gesetzgebenden Versammlung Kosovos bekommen. Das höchste Amt der Provinz, die Präsidentschaft, sollte unter den Minderheiten jährlich rotieren<sup>22</sup>. Nach dem Willen

Belgrads sollten die Albaner, die die Mehrheit der Bevölkerung Kosovos stellen, die Macht in der Provinz also mit allen anderen ethnischen Gruppen teilen; dies erschien den Kosovaren als vollkommen indiskutabel.

Da Serben und Albaner die Vermittlungsvorschläge der internationalen Gemeinschaft, vertreten durch den US-Amerikaner Christopher Hill, stets ablehnten, schlug die Kontaktgruppe Ende Januar 1999 eine neue Politik ein, mit der sie die Konfliktparteien zur Aufnahme von Verhandlungen zwang. Die Kontaktgruppe entwarf einen Prinzipienkatalog, den sie zur Grundlage eines künftigen Friedensabkommens erklärte. Keine der Konfliktparteien konnte sich der ultimativen Aufforderung der internationalen Gemeinschaft entziehen, am 6. Februar im französischen Schloß Rambouillet zu erscheinen, um unter Schirmherrschaft eines amerikanischen, eines russischen und eines europäischen Vermittlers binnen zwei Wochen ein Interimsabkommen für die Krisenprovinz auszuhandeln. Den Serben wurde mit NATO-Luftschlägen, den Albanern mit Entzug der internationalen Unterstützung gedroht. Nach den Londoner Beschlüssen der Kontaktgruppe vom 29. Januar 1999 sollten folgende Prinzipien im Kosovo gelten: sofortiger Waffenstillstand und friedliche Konfliktlösung; dreijährige Interimslösung (einseitige Änderungen dieses Status wurden ausgeschlossen); Wahrung der territorialen Integrität der BR Jugoslawien; Minderheitenschutz; allgemeine und freie Wahlen unter Aufsicht der OSZE; Amnestie für Vergehen im Zusammenhang mit dem Konflikt (ausgenommen Verbrechen an der Menschheit, Kriegsverbrechen und andere völkerrechtliche Vergehen); internationale Beteiligung an und volle Unterstützung der Konfliktparteien bei der Implementierung der Vereinbarungen.

Kosovo sollte sich dementsprechend selbst regieren dürfen, also eigene demokratische Institutionen (Legislative, Exekutive und Judikative) erhalten<sup>23</sup>. Zur Umsetzung wurde im militärischen Anhang des Abkommens die Entsendung einer militärisch robusten Friedenstruppe unter Führung der NATO gefordert. Die serbische Sonderpolizei

in: *Review of International Affairs*, 15. 11.–15. 12. 1998, S. 2–6.

23 Vgl. Contact Group Yugoslavia, Interim Agreement for Peace and Self-Government in Kosovo, 23. Februar 1999 (<http://www.alb-net.com/kcc/interim.htm>). Aus deutscher Sicht: Gunter Hofmann, *Wie Deutschland in den Krieg geriet*, in: *Die Zeit* vom 12. 5. 1999, S. 17. Zur Kritik des Rambouillet-Prozesses vgl. Andreas Zumach: „80 Prozent unserer Vorstellungen werden durchgepeitscht“. Die letzte Chance von Rambouillet und die Geheimdiplomatie um den „Annex B“, in: *Krieg im Kosovo*, hrsg. v. Thomas Schmid, Reinbek bei Hamburg 1999, S. 63–81.

20 Vgl. Bericht der Leiterin des forensischen Expertenteams der EU, Dr. Helena Ranta, zu den Vorfällen von Račak, Auswärtiges Amt, Pressereferat, Bonn, 17. 3. 1999.

21 Vgl. The OSCE's Kosovo Verification Mission: A Preliminary Assessment, in: *International Peacekeeping*, Mai 1998 – August 1998, S. 115 ff.

22 Vgl. Joint Proposal of the Agreement on the Political Framework of Self-Governance in Kosovo and Metohija,



sollte die Region bis auf 2 500 Mann verlassen, die jugoslawische Armee sollte die Außengrenzen Jugoslawiens weiter mit bis zu 1 500 Soldaten schützen dürfen. Alle anderen Einheiten sollten zurückgezogen, die Verteidigungs- und Luftabwehrsysteme abgebaut werden. Die Albaner sollten ihre paramilitärischen Formationen auflösen und die Waffen abgeben. Die Wahrung der inneren Sicherheit sollte dagegen der neuen (ethnisch gemischten) Polizei Kosovos übertragen werden. Die Allianz bereitete sich dementsprechend auf einen Friedenseinsatz mit rund 30 000 Soldaten vor.

Während die albanische Delegation nach einer Unterbrechung und unter massivem Druck der Staatengemeinschaft am 18. März 1999 dazu bewegt werden konnte, das Abkommen zu unterzeichnen, verweigerten die Serben strikt ihre Zustimmung. Aus historischen und politischen Gründen wollte Belgrad die Einschränkung seiner Souveränität durch eine ausländische Interventionsmacht nicht akzeptieren. Es fürchtete eine herbe politische Niederlage, nämlich den faktischen Verlust Kosovos, dessen Besitz seit einem Jahrhundert als oberste Priorität aller serbischen Regierungen galt. Zusätzlich sollte Serbien auch noch durch den „Einmarsch der NATO“ gedemütigt werden – eine Zumutung für ein Volk, das den Mythos pflegt, es habe in den letzten 200 Jahren aus eigener Kraft unterschiedlichste Fremdherrn – von den Osmanen bis zur deutschen Wehrmacht – vom Balkan vertrieben. Rambouillet war für Belgrad also gleichbedeutend mit der Aufgabe seiner politischen Souveränität und territorialen Integrität.

Dieser Tatbestand ist im Westen völlig falsch eingeschätzt worden. Politiker und Diplomaten behaupteten, die serbische Führung werde schon nach wenigen symbolischen Luftschlägen der NATO ähnlich wie 1995 in Bosnien-Herzegowina nachgeben und das Rambouillet-Abkommen unterzeichnen. Aber der spektakuläre Friedensschluß von Dayton ließ sich im Kosovo nicht wiederholen.

Denn Kosovo besitzt im nationalen Denken der Serben einen immens hohen Stellenwert, da es als Wiege der serbischen Kultur gilt. Bosnien-Herzegowina war dagegen nie von vergleichbarem Interesse<sup>24</sup>. Schon deshalb war es wesentlich leichter,

Belgrad für einen unabhängigen Staat Bosnien-Herzegowina zu gewinnen, in dem die Serben immerhin ihre eigene Republik erhalten durften, als für eine Selbstregierung des Kosovo, die de facto die politische Übergabe der Provinz an die nach Unabhängigkeit strebenden Albaner bedeutet hätte. Die politischen Forderungen des Westens in bezug auf Kosovo erschienen mithin unvergleichlich höher.

Die NATO sah sich wegen der serbischen Obstruktion der Friedensverhandlungen dagegen zu militärischen Strafaktionen legitimiert. Sie wollte Belgrad zur Annahme des Vertrages von Rambouillet mit militärischen Mitteln zwingen. Am 24. März 1999 begannen die Luftangriffe. NATO-Sprecher Jamie Shea erklärte am 26. März auf einer Pressekonferenz, Ziel der Allianz sei es, die Gewalt zu stoppen und eine „humanitäre Katastrophe zu verhindern“. Westliche Politiker wurden nicht müde zu betonen, daß die NATO nicht gegen das serbische Volk, sondern gegen das Regime Slobodan Milosevics kämpfe. In Serbien konnte dies allerdings niemand verstehen.

Beide Ziele, das politische und das humanitäre, wurden klar verfehlt. Trotz (oder gerade wegen) massiver Zerstörungen der NATO in der Bundesrepublik Jugoslawien setzten serbische bewaffnete Kräfte, in erster Linie Paramilitär, gröbste Menschenrechtsverletzungen ins Werk. Ziel war es offenbar, Kosovo in kürzester Zeit zu entvölkern, albanische Wohngebiete zu zerstören und dadurch Fakten zu schaffen, die nur schwer wieder rückgängig zu machen gewesen wären. Innerhalb weniger Wochen befand sich die Mehrheit der Kosovaren auf der Flucht. Beim derzeitigen Stand der Ermittlungen ist nicht eindeutig zu entscheiden, ob die vollständige Vertreibung der Kosovaren schon von langer Hand geplant gewesen ist, wie die Regierungen der NATO-Mitgliedsstaaten unter Hinweis auf den Plan „Hufeisen“ behaupteten, oder ob sie eher eine durch Rachegefühle angeheizte Reaktion auf den Angriff der Allianz darstellte<sup>25</sup>. Denn der Großteil der erschütternden Kriegsgreuel fand offenbar nach dem 24. März statt. Nach britischen Schätzungen wurden 10 000 Kosovaren getötet oder planmäßig ermordet, rund 800 000 Menschen mußten ihre Heimat verlassen.

Wegen der eskalierenden Gewalt und anwachsender Flüchtlingsströme mußte die Staatengemein-

24 Aus historischen, sozialökonomischen und sprachlichen Gründen unterscheiden sich die Serben in Serbien von denen Kroatiens und Bosniens. Die „Prečani“ (von „preko“ = auf der anderen Seite, jenseits), also die Serben, die von Serbien aus gesehen auf der anderen Seite der Flüsse Save, Drina und Donau leben, besitzen ganz andere historische Erfahrungen als die Serben im engeren Serbien. Wie Kroaten und Muslime sprechen sie die westliche (ijekavische) Variante der serbo-

kroatischen Sprache, während im engeren Serbien die östliche (ekavische) Variante geläufig ist. Außerdem galten die bosnischen Serben in ihrer Mehrheit als bäuerlich, arm und rückständig.

25 Vgl. Daniel Vernet, Bonn confirme l'existence du plan „Fer à cheval“ de nettoyage ethnique, in: Le Monde vom 9. 4. 1999, S. 3.



schaft ihre politischen Ziele umformulieren. Am 8. April einigte sich der Rat der EU auf einen Forderungskatalog, den später die NATO und der Generalsekretär der UNO übernahmen. Verlangt wurde nun eine sofortige Beendigung der Gewalt, Rückzug aller militärischen Kräfte, Stationierung internationaler Truppen zur Friedenserhaltung, Flüchtlingsrückkehr und politische Verhandlungen auf der Grundlage des Friedensplanes von Rambouillet. Dabei war zu diesem Zeitpunkt längst klar, daß eine Selbstregierung Kosovos innerhalb Jugoslawiens keine Aussicht auf Verwirklichung mehr hatte.

Das deutsche Auswärtige Amt präsentierte am 14. April einen Friedensplan des Außenministers Joschka Fischer, der die Umsetzung dieser Forderungen erleichtern sollte. Grundlage war die angestrebte Übereinkunft der sieben führenden Industriestaaten und Rußlands (der sogenannten G 8), eine Sicherheitsratsresolution der Vereinten Nationen zu verabschieden. Darin sollten der Zeitpunkt des militärischen Abzugs und die Einrichtung einer internationalen Friedenstruppe unter Kapitel VII der UNO-Charta vereinbart werden. Bis zu einer endgültigen politischen Regelung sollte Kosovo einer Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen unterstellt werden. Insgesamt dauerte es mehr als elf Wochen, vom 24. März bis zum 9. Juni 1999, bis sich zuerst die G-8-Staaten untereinander und dann auch der jugoslawische Präsident und die NATO auf Grundlage dieses Fischer-Planes auf die Modalitäten des jugoslawischen Truppenrückzuges und die Einstellung der Luftangriffe einigen konnten. Entscheidend für den späten Sinneswandel der Führung in Belgrad waren wahrscheinlich die immensen Zerstörungen der jugoslawischen Infrastruktur und Industrie, die unmittelbar bevorstehende Entscheidung zum Einsatz von Bodentruppen und die Anklage Miloševics als Kriegsverbrecher beim Internationalen Jugoslawien-Tribunal in Den Haag. Der jugoslawische Präsident konnte sich nun keinerlei Chancen mehr ausrechnen, noch als Verhandlungspartner akzeptiert zu werden.

Das am 9. Juni 1999 im makedonischen Kumanovo unterzeichnete „militärisch-technische Abkommen“ kam einer bedingungslosen Kapitulation Belgrads gleich. Aber auch der Westen ging beschädigt aus dem Waffengang hervor. Dieser hatte nicht nur Belgrad völlig falsch eingeschätzt, sondern auch keinerlei Vorbereitungen für den Fall getroffen, daß die serbische Führung nicht nach wenigen Tagen nachgeben würde. Wesentlich erschütternder war, daß auch die Flüchtlingswellen, die unmittelbar mit Beginn der Luftangriffe über die Nachbarstaaten Makedonien und Alba-

nien hereinbrachen, die Staatengemeinschaft unvorbereitet trafen.

Hinzu kam der völkerrechtlich umstrittene Tatbestand, daß die NATO ohne Mandat der UNO die BR Jugoslawien bombardierte. Experten befürchteten, daß dadurch ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen worden sei, der andere Staaten zu einer Interventionspolitik ohne völkerrechtliche Legitimierung animieren könnte<sup>26</sup>. Negativ zu Buche schlugen ferner die nicht unerheblichen Kosten der Militärintervention und die immensen Kriegsfolgen in der Region, die von Wissenschaftlern auf bis zu 100 Milliarden DM beziffert werden<sup>27</sup>.

Auf Grundlage der UNO-Resolution 1244 vom 10. Juni sowie des Berichts des Generalsekretärs vom 12. Juni 1999 (S/1999/672) marschierte schließlich die NATO-geführte Kosovo Force (KFOR) in die Krisenprovinz ein, die Vereinten Nationen begannen mit dem Aufbau ihrer zivilen Interimsverwaltung. Aber die Friedensmission hatte keinen glücklichen Start. Beim Aufbau des Protektorats wurde das bosnische Durcheinander konkurrierender internationaler Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen noch einmal übertrifft, hinzu kamen unklare Kompetenzen und das Fehlen einer integrierten militärisch-zivilen Führungs- und Kommandostruktur. Wichtige Lektionen früherer internationaler Friedenseinsätze wurden beim Aufbau der Kosovo-Mission nicht beherzigt<sup>28</sup>. Dies mag erklären, warum die bis Ende Juli auf 40 000 Mann angewachsene KFOR den schweren Menschenrechtsverletzungen an Nicht-Albanern keinen Einhalt gebieten kann. Seit Kriegsende wurden nach Angaben des UNHCR mehr als 170 000 Serben, Roma und andere nichtalbanische Volksgruppen vertrieben. Viele Kosovaren wollen, daß in ihrer Heimat nur noch Albaner leben. Nicht zuletzt bleibt der problematische Tatbestand, daß im Kosovo zwar eine Übergangsverwaltung errichtet wurde, der politi-

26 Vgl. August Pradetto, NATO-Intervention in Kosovo? Kein Eingreifen ohne UN-Mandat, in: Internationale Politik, 53 (September 1998) 9, S. 41–46; Christian Tomuschat, Völkerrechtliche Aspekte des Kosovo-Konflikts, in: Die Friedens-Warte, 74 (1999) 1–2, S. 33–37.

27 Vgl. The economic consequences of the Kosovo crisis. A preliminary assessment of external financing needs and the role of the Fund and the World Bank in the international response. Prepared jointly by the staffs of the International Monetary Fund and the World Bank, Washington/D.C. 1999; Sabine Riedel/Michael Kalman, Die Destabilisierung Südosteuropas durch den Jugoslawienkrieg, in: SÜDOST-EUROPA, 48 (1999) 5–6, S. 258–315; Jürgen Schnell/Gabriel A. Straub, Die Hauptkostenarten der Kosten des Kosovo-Krieges im Überblick, Universität der Bundeswehr, Neubiberg 22. 6. 1999.

28 Vgl. Winrich Kühne, Problematischer Start – der Friedenseinsatz im Kosovo, SWP-aktuell 41, Ebenhausen Juli 1999.



sche Status Kosovos jedoch offen und damit der Wunsch nach staatlicher Vereinigung der Albaner unbefriedigt blieb. Wie die bosnische wurde auch die albanische Frage lediglich eingefroren.

#### IV. Vom „regionalen Ansatz“ zum Stabilitätspakt

Immerhin hat der Krieg im Kosovo aber auch bewirkt, daß Südosteuropa als Feld internationaler Politik endlich anerkannt wurde. Er war wahrscheinlich sogar die notwendige Voraussetzung dafür, die bisherige Kriseninterventionspolitik des Westens durch eine langfristig angelegte, regional übergreifende Stabilitätspolitik zu ersetzen. Zwar hatte zumindest die Europäische Union mit ihrem „regionalen Ansatz“ bereits einen ersten Versuch gemacht, ihrer Politik in Südosteuropa mehr Kohärenz zu verleihen. Am 29. April 1997 entschied der Rat der EU, die Vergabe von Handelspräferenzen und PHARE-Mitteln sowie die Aufnahme vertraglicher Beziehungen grundsätzlich allen Staaten in der Region zu ermöglichen, jedoch an jeweils länderspezifische Konditionen zu knüpfen.

Die Forderungen an die BR Jugoslawien blieben allerdings vergleichsweise vage. Die Vergabe von autonomen Handelspräferenzen wurde von der Verwirklichung fundamentaler Prinzipien der Demokratie und Menschenrechte abhängig gemacht. PHARE-Mittel sollte die BRJ erst erhalten, wenn sie das Dayton-Abkommen implementiere, wirtschaftliche Strukturreformen in Gang bringe und mit den Nachbarstaaten zusammenarbeite. Dies implizierte Druck auf die bosnischen Serben sowie Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Hinzu kam ein „glaubwürdiges Angebot zu einem wirklichen Dialog über den Status von Kosovo“. Vertragliche Beziehungen sollte es erst geben, wenn Kosovo ein „hohes Maß an Autonomie“ erhalten hätte<sup>29</sup>. Dabei blieb ungeklärt, wie sich dieses „hohe Maß“ inhaltlich definierte, und dies nicht zuletzt deshalb, weil sich die EU-Mitgliedsstaaten schon untereinander darüber nicht einigen konnten. Weitere Bedingungen waren die Regulierung der Beziehungen mit der Welthandelsorganisation (WHO) sowie die Annahme der Europäischen Konvention über den Schutz von

Menschenrechten und fundamentalen Freiheiten<sup>30</sup>.

Eine weitere Bedingung betraf die Förderung der Regionalkooperation. Am 13. Dezember 1995 hatte die EU den „Prozeß für Stabilität und gute Nachbarschaft in Europa“ (nach seinem Gründungsort Royaumont-Prozeß benannt) gestartet, an dem neben Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Makedonien auch die BR Jugoslawien beteiligt war. Ferner kamen ihre vier Nachbarstaaten (Albanien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien) sowie die USA, Rußland und Vertreter von OSZE und Europarat hinzu. Ziel der Initiative war die Umsetzung des Dayton-Abkommens, der Abbau ethnischer Konflikte und die Vertrauensbildung<sup>31</sup>.

Vor dem Hintergrund der Kosovo-Krise ergriff der deutsche Außenminister Joschka Fischer als Ratspräsident der EU nun die Initiative für das bislang anspruchsvollste Projekt zur regionalen Krisenvorsorge: den „Stabilitätspakt für Südosteuropa“, der am 10. Juni 1999 in Köln verabschiedet wurde<sup>32</sup>. 38 Staaten und 15 internationale Organisationen nahmen an der Ministerkonferenz teil, die den Balkan auf lange Sicht demokratischer, wohlhabender und friedlicher machen wollte. Albanien, Makedonien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Bulgarien, Rumänien, Slowenien sowie – wenn sie die Voraussetzungen erfüllt – die BR Jugoslawien sollen schrittweise an die europäischen Strukturen herangeführt werden mit der Aussicht auf spätere EU-Mitgliedschaft. Zuvor sollen die Staaten der Region nach dem Vorbild der KSZE-Schlußakte von Helsinki einen Stabilitätspakt aushandeln und an drei regionalen Runden Tischen bi- und multilaterale Abkommen zur Förderung von Demokratie, Marktwirtschaft und Sicherheit schließen.

Zuvor beschlossen die Außenminister der EU am 17. Mai 1999, allen südosteuropäischen Staaten grundsätzlich „die Perspektive einer Annäherung an die EU“ zu öffnen und bei der Umsetzung des Stabilitätspaktes eine Schlüsselrolle zu übernehmen. Brüssel beabsichtigt, ihnen neue Formen vertraglicher Beziehungen anzubieten, das heißt eine neue Generation maßgeschneiderter „Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen“. Eine Abkürzung

30 Vgl. Branislava Alendar, Conditions for the Normalization of Relations between FR Yugoslavia and the European Union, in: Review of International Affairs, 15. 7. – 15. 8. 1998, S. 7–14.

31 Vgl. Hans-Georg Ehrhart/Albrecht Schnabel, EU Conflict Prevention in the Balkans: The Royaumont Process and Beyond, in: Peter Cross/Guenola Rasamoelina (Hrsg.), Conflict Prevention Policy of the European Union, Recent Engagements, Future Instruments, Baden-Baden 1999, S. 55–69.

32 Vgl. Stability Pact for South Eastern Europe, Cologne, 10. Juni 1999 (<http://www.auswaertiges-amt.de>).

29 Vgl. General Secretariat of the Council, Council Conclusions on the Application of Conditionality with a View to Developing a Coherent EU-Strategy for the Relations with the Countries in the Region, Brussels, 14 April 1997.



oder Erleichterung des regulären Aufnahmeverfahrens kommt allerdings ausdrücklich nicht in Frage. Vor einer Vollmitgliedschaft müssen die Balkanstaaten die „Kopenhagener Kriterien“ für Demokratie und Marktwirtschaft erfüllen, also jene Bedingungen, an denen sich seit 1993 schon die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten messen lassen müssen. Gespräche über Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen sollen zunächst aber nur mit Makedonien und Albanien aufgenommen werden.

Auch die BR Jugoslawien soll prinzipiell in den Genuß des Stabilitätspaktes kommen. Allen Beteiligten ist klar, daß es ohne Einbindung dieses relativ bedeutenden und strategisch zentral gelegenen Staates weder zu einer funktionierenden Regionalkooperation noch zu einer Wiederbelebung der wirtschaftlichen Beziehungen in der Region kommen wird. Solange der Kosovo-Krieg anhält, schlossen sich jegliche Überlegungen aus, Belgrad autonome Handelspräferenzen, PHARE-Hilfe oder gar Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen anzubieten. Jetzt aber drängt die Frage, wie und unter welchen Bedingungen Jugoslawien in den Stabilitätspakt eingebunden werden kann. Wie kann dem krisengeschüttelten Land und seiner notleidenden Bevölkerung geholfen werden, ohne dadurch das international nur noch als „Regime“ betitelte System Slobodan Milosevics zu stabilisieren? Vorerst soll es lediglich humanitäre Hilfe und Mittel zur Förderung der Demokratie, insbesondere im Medienbereich, erhalten. Die gleichzeitig bereitgestellte Wiederaufbauhilfe (nach dem OBNOVA-Programm) bleibt dem kriegszerstörten Kosovo und der abtrünnigen Republik Montenegro vorbehalten<sup>33</sup>. Dabei haben die Bombardements der NATO auch Serbien immense volkswirtschaftliche Schäden zugefügt.

## V. Bedingungen für eine neue Jugoslawien-Politik

Der Machtwechsel in Belgrad wird allgemein als zentrale Voraussetzung für Wirtschaftshilfe in Jugoslawien gesehen. Wie groß ist aber das Potential für die demokratische Umgestaltung in Serbien, wer sind die entscheidenden Akteure? Seit Ende des Kosovo-Krieges wird gegen Milosevic demonstriert, aber verglichen mit den Protesten der Jahreswende 1996/97 bleiben die Aufmärsche eher übersichtlich.

<sup>33</sup> Vgl. Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozeß für die Länder Südosteuropas, Brüssel, 26. 5. 1999, KOM (99) 235.

Noch gibt es keine geschlossene, schlagkräftige und landesweite Oppositionsbewegung<sup>34</sup>. Das Bündnis „Allianz für den Wandel“ zählte Mitte Juni über 50 Mitglieder, also Parteien und Organisationen, wie die Sozialdemokratische Partei, die Neue Demokratie, die Demokratische Partei und die Bürgerallianz. Ferner partizipieren eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen wie der Belgrader Kreis, die Europäische Bewegung in Serbien, das Helsinki-Komitee für Menschenrechte und die Frauen in Schwarz. Die stärkste Oppositionspartei, die Serbische Erneuerungsbewegung, will sich dem Bündnis jedoch nicht anschließen.

Noch konzentriert sich der Protest auf bestimmte Städte, in denen ohnehin schon die Opposition regiert, wie in Cacak, Krusevac, Nis und Subotica. Bislang ist keine neue, unbelastete Führungspersönlichkeit in Sicht, die die disparaten Kräfte bündeln und gleichzeitig als glaubwürdiger Herausforderer Slobodan Milosevics auftreten könnte. Auch fehlt eine mobilisierungsfähige, verbindende politische Programmatik. Zwar kann man davon ausgehen, daß auch die Serben grundsätzlich europäisch eingestellt sind, zumindest waren sie es vor dem 24. März 1999. In Serbien und Montenegro sprachen sich bei einer Umfrage der serbischen Forschungsorganisation „Argument“ im Frühjahr 1998 immerhin 86 Prozent der Befragten für den EU-Beitritt aus<sup>35</sup>. Jetzt aber hat der NATO-Angriff auf die BR Jugoslawien die westlich orientierten Kräfte und ihr politisches Fernziel – Integration in die euroatlantischen Strukturen – in vielen Augen diskreditiert.

Im Sommer 1999 sind verschiedene Zukunftsszenarien denkbar. Im günstigsten Fall kommt es tatsächlich zum Machtwechsel in Serbien. Dies würde Jugoslawien die Rückkehr nach Europa eröffnen und die latente Verfassungskrise mit Montenegro abschwächen. Im ungünstigeren Fall könnte der jugoslawische Präsident jedoch versuchen, die Proteste auszusitzen und auf den Zerfall des Oppositionsbündnisses zu warten. Institutionell ist er ohnehin nur durch Rücktritt aus dem Amt zu entfernen, denn für ein parlamentarisches Enthebungsverfahren reichen die Machtverhältnisse im Zweikammer-Parlament nicht aus. Letzteres würde Jugoslawien noch tiefer in die politische und sozialökonomische Dauerkrise treiben und kriminelle Strukturen weiter verfestigen. Mittelfristig würde die weitere staatliche Desintegration (Abspaltung Montenegros) oder aber eine Implosion des politischen Systems durch

<sup>34</sup> Vgl. Matthias Rüb, Unmut, Armut und ein scheinbar unerschütterlicher Präsident, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. 7. 1999, S. 6.

<sup>35</sup> Vgl. Claire Wallace/Christian Haerper, Who is against Milosevic?, unv. Manuskript, Institute for Advanced Studies, Wien 1999.



ausufernde Kriminalität, Bandenunwesen und soziale Unruhen drohen. Auf beide Szenarien ist der Westen kaum vorbereitet.

---

## VI. Fazit

---

Die ungeklärten Beziehungen des Westens gegenüber der BR Jugoslawien haben nicht unwesentlich zu einer generellen Handlungsunfähigkeit bei der Bewältigung der Kosovokrise beigetragen. Wichtige politisch-diplomatische Instrumente konnten wegen der anhaltenden Isolation des Landes nicht zum Einsatz kommen, wie zum Beispiel die Mechanismen der OSZE, aus der die BRJ ausgeschlossen ist. Auch nach dem Ende des Kosovo-Krieges bleiben dem Westen im Sommer 1999 die Hände gebunden. Eine klar definierte Politik gegenüber Belgrad gibt es nicht. Als Ersatz dient die gebetsmühlenartig wiederholte Forderung, daß Slobodan Milo-

sevic von den Schalthebeln der Macht entfernt werden müsse. Die jugoslawischen Probleme lassen sich jedoch nicht allein auf die Person des Präsidenten reduzieren. Zu viele Persönlichkeiten, Politiker und Funktionäre verdanken ihre Karriere seinem System und haben es entsprechend tatkräftig unterstützt oder zumindest loyal mitgetragen. Der Wechsel an der Staatsspitze würde daher wohl kaum automatisch eine demokratische Entwicklung bewirken. Auch die Nach-Milosevic-Ära dürfte von tiefen strukturellen Problemen im ökonomischen, politischen und verfassungsrechtlichen Bereich geprägt bleiben. Jetzt kommt es darauf an, die demokratische Opposition zu unterstützen, rivalisierende Fraktionen zur Zusammenarbeit zu ermuntern und zumindest diejenigen Gemeinden wirtschaftlich zu unterstützen, die schon jetzt von der „Allianz für den Wandel“ regiert werden. Aber schon wieder ist sich der Westen nicht einig, welche Strategie er gegenüber der BRJ einschlagen will. Er bildet so selbst ein Hindernis für den Stabilisierungsprozeß.



# Die UCK – Anmerkungen zu Geschichte, Struktur und Zielen

---

## I. Vorbemerkung

---

Unter den Akteuren des Kosovo-Konflikts ist die UCK, die „Befreiungsarmee von Kosovo“ (albanisch: Ushtria Çlirimtare e Kosovës) zweifellos derjenige, der in der öffentlichen Diskussion mit den meisten Fragezeichen versehen wird. Der Hauptgrund der Spekulationen und kontroversen Einschätzungen, die sich um die UCK ranken, liegt einerseits in der extremen Verschlossenheit nach außen, deren sich die UCK um des eigenen Überlebens willen befeißigen mußte, andererseits aber auch in der erfolgreichen Desinformationspolitik der serbischen Seite, der es weitestgehend gelungen ist, der UCK nacheinander das Etikett „terroristisch“, „drogen-kriminell“, „islamistisch-fundamentalistisch“ anzuhängen. Hinzu kommt ein technisches Problem: Die Quellenlage ist sehr dürftig, und die Möglichkeit, durch Gespräche mit Insidern weiterführende Eindrücke zu gewinnen, kann ohne albanische Sprachkenntnisse, über die nur wenige Fachleute verfügen, oft nicht wirklich voll ausgenutzt werden. Darüber hinaus kam es wiederholt zu irreführenden Spekulationen.

Die politischen Entscheidungsträger können aber eine teilweise fehlinformierte Öffentlichkeit nicht völlig ignorieren. Deshalb werden ihre Versuche, das Kosovo zu stabilisieren, nur in dem Maß erfolgreich sein können, in dem sie ein objektives Bild von den wichtigsten Akteuren haben. Selbst wenn sie über ein solches im wesentlichen verfügen, kann es schwierig werden, dieses zu bewahren bzw. politische Entscheidungen danach auszurichten, weil der Druck einer einseitig informierten Öffentlichkeit so stark werden kann, daß der Entscheidungsträger aus Gründen des politischen Überlebenswillens zu sachlich unbegründeten Modifizierungen von Entscheidungen genötigt werden könnte.

Die nachfolgenden Ausführungen gehen von der Annahme aus, daß das Kosovo noch auf lange Zeit eine Herausforderung für die europäische Politik darstellen wird, daß die UCK auch nach ihrer Entmilitarisierung und Transformation, der sie mit ihrer Unterschrift unter das Abkommen vom 20. Juni 1999 zugestimmt hat, einer der wichtigsten

Faktoren der Politik im Kosovo bleiben wird und daß es deshalb zweckdienlich ist, die UCK möglichst so zu sehen, wie sie ist: Sie ist eine Armee im Entstehen, aber keine Armee von „Narkoterroristen“, die sich darüber hinaus noch vom internationalen terroristischen Fundamentalismus aushalten läßt.

---

## II. Die Entstehungsgeschichte der UCK

---

Chris Hedges, Leiter des Balkan-Büros der New York Times von 1995 bis 1998, sieht in der UCK, der „Befreiungsarmee von Kosovo“, einen problematischen, aber nichtsdestoweniger den entscheidenden Faktor für die zukünftige Entwicklung des Kosovo und der Nachbarregionen: „Die UCK ist bei ihrer Forderung nach einem unabhängigen Kosovo jetzt und einem Großalbanien später kompromißlos. Und sie hat, zur Konsternierung von Washingtons Mächtigen-Friedensstiftern, die ineffektive Führung von Kosovos gemäßigter ethnischer Mehrheit, Ibrahim Rugova, ausgestochen. Die UCK ist, im Gegensatz zu ihrer Größe, überproportional wichtig – nicht nur, weil sie wahrscheinlich die Sezession des Kosovo von Serbien erreichen wird, sondern auch, weil sie mittlerweile die Aspirationen der meisten Kosovoalbaner repräsentiert.“<sup>1</sup>

Wenn man in Betracht zieht, daß noch vor zirka zwei Jahren Ibrahim Rugova bei mehreren Gelegenheiten Zweifel an der Existenz der UCK formulierte und sogar den Verdacht äußerte, die UCK sei ein Produkt serbischer Geheimdienste, dann ist der inzwischen eingetretene Bedeutungswandel der UCK sehr beeindruckend.

Tatsache ist, daß die UCK in einer Situation entstand, die der frühere Präsident des Präsidiums der Jugoslawischen Föderation, Janez Drnovsek, wie folgt skizzierte: „Das serbische Regime war nicht für Kompromisse. Im Kosovo gab es keine Möglichkeit mehr für den Dialog. Die großserbi-

<sup>1</sup> Chris Hedges, Kosovo's Next Masters?, in: Foreign Affairs, (Mai/Juni 1999), S 24.



sche Politik und Konzeption trat immer klarer an den Tag. Mit harter Hand konsolidierte Serbien die eigene Republik und verhielt sich drohend gegen die anderen.<sup>2</sup> In einer solchen Situation war es naheliegend, zu erwarten, daß neben dem gewaltlosen Widerstand, der mit dem Namen Ibrahim Rugova verbunden war, sich auch wesentlich radikalere Strömungen konstituieren würden: „What is most striking, then, about the KLA insurrection is not that it occurred but that it took so long to occur.“<sup>3</sup>

Bei der Entstehung der UCK sind im wesentlichen drei Faktoren zu berücksichtigen: Die wichtigste Komponente war die Organisation des bewaffneten Widerstandes, der vor allem von Angehörigen der Familie Jashari getragen wurde, die in der Region Drenica beheimatet ist. Zweitens bestand mit kosovoalbanischen Polizei- und Militärangehörigen ein Potential, das von der serbischen Repressionspolitik ins berufliche Abseits gedrängt worden war und das sich für den Aufbau militärischer Strukturen des bewaffneten Widerstandes zur Verfügung stellte. Stephan Lipsius sieht in dieser Komponente den „harten Kern der Untergrundarmee...“<sup>4</sup>, was aber meines Erachtens nur in quasi professionell-technischer Hinsicht behauptet werden kann angesichts des dominierenden Charismas, das von den führenden Persönlichkeiten der Familie Jashari, vor allem den Brüdern Adem und Hamze Jashari, eingebracht wurde. Der Vater, Shaban Jashari, war seit langem eine bekannte Persönlichkeit in kosovarischen Widerstandskreisen. Bereits in den sechziger Jahren hatte er zur Zeit des berüchtigten Innenministers und Sicherheitschefs Rankovic, der auf dem ZK-Plenum von Brioni 1966 entmachtet worden war, Berufsverbot als Lehrer erhalten, weil er öffentlich den Republikstatus für das Kosovo gefordert hatte. Festzuhalten ist an dieser Stelle nur soviel: Die UCK ist in ihren Kernelementen aus der Bevölkerung des Kosovo erwachsen, wobei im Widerstand profilierte Persönlichkeiten und Familien wichtige organisatorische Kristallisationskerne bildeten.

Als dritte und relativ unwichtigste Komponente, über deren Rolle noch spekuliert werden muß, gab es eine Gruppe pro-albanischer, d. h. Pro-Enver-Hoxha-Stalinismus-Sympathisanten, die aber nach den Eindrücken, die der Autor in Gesprächen mit führenden UCK-Vertretern gewonnen hat, schon in Anbetracht der völlig geänderten Umstände so gut wie keine Rolle mehr spielen. Chris Hedges

meint zu dieser Komponente, die für ihn „die zweite“ ist, neben einer ersten „rechten“, die für ihn aus „Söhnen und Enkeln pro-faschistischer Milizionäre“ besteht, die in der Tradition der „SS-Division Skanderbeg“ stehen: „Die zweite UCK-Fraktion, die vor allem von Führern im Exil gebildet wurde, besteht aus alten Stalinisten, die der einst von dem xenophobischen Enver Hoxha, dem albanischen Diktator, der 1985 starb, gefördert wurden. Diese Gruppe führte eine militant-separatistische Bewegung, die in der Tat auf Integration in Hoxhas Albanien aus war. Die meisten dieser Führer waren Studenten an der Universität Pristina nach 1974, als Belgrad der Provinz Autonomie gewährte. Befreit von der Aufsicht durch Jugoslawien, importierte die Universität tausende von Textbüchern, herausgegeben vom stalinistischen Regime Hoxhas, zusammen mit mindestens einem Dutzend militanter albanischer Professoren. Im Rahmen ihres Studienganges begann die Universität heimlich, die jungen kosovarischen Führer in der Kunst der Revolution zu schulen. Nicht nur kam eine große Anzahl der UCK-Führung aus der Universität, sondern auch, bezeichnenderweise, die Führung der ethnischen Albaner in Makedonien.“<sup>5</sup>

Die Vorstellung von der UCK als einer in einen rechtsradikalen und einen linksradikal bzw. stalinistischen Flügel gespaltenen Organisation, wie sie Chris Hedges zu vermitteln versucht, geht, zumindest in der heutigen Situation, völlig an der Realität vorbei. Wenn diese Vorstellung irgendwann einmal Bezug zur Realität gehabt haben sollte, dann hat sich das Bild unter dem mit der militärischen Auseinandersetzung gegebenen Problemdruck inzwischen völlig verändert: Die Stärke der UCK besteht heute darin, daß sie in ihrer wesentlichen Komponente aus „ihrer“, der unmittelbar betroffenen Bevölkerung erwachsen ist und in der engen Verbindung zur kosovoalbanischen Bevölkerung ihr Lebenselement hat.

Die UCK bewegt sich seit langem im Kosovo wie der sprichwörtliche „Fisch im Wasser“, und sie hätte letztendlich nur zerschlagen werden können, wenn es gelungen wäre, quasi das Wasser zu entfernen, sprich: das Kosovo albanerfrei zu machen. Daran ist Milosevic gescheitert, und deshalb hat die UCK die kriegerischen Auseinandersetzungen nicht nur überlebt, sondern sie wird auch einen der wichtigsten Faktoren, wenn nicht den wichtigsten Faktor in der kosovarischen Nachkriegspolitik bilden. Aus diesem Grund haben sich auch die Beziehungen westlicher Staaten, vor allem der USA, zur UCK seit Beginn dieses Jahres intensiviert und verbessert. Inzwischen hat die UCK das von serbi-

2 Janez Drnovsek, *Meine Wahrheit*, Zürich 1998, S. 227 f.

3 C. Hedges (Anm. 1), S. 26. KLA = Kosovo Liberation Army.

4 Stephan Lipsius, *Untergrundorganisationen im Kosovo – Ein Überblick*, in: *SÜDOSTEUROPA*, 47 (1998) 1–2, S. 79.

5 C. Hedges (Anm. 1), S. 28.



schen Stellen aufgebaute Image einer durch kriminelle Aktivitäten finanzierten terroristischen Organisation weitgehend korrigieren können. Niemand, der mit Führungspersönlichkeiten der UCK in engeren Kontakt getreten ist – etwa Vertreter westlicher Regierungen bei den Verhandlungen in Rambouillet –, zweifelt ernsthaft daran, daß die UCK eine demokratische Ordnung westlichen Zuschnitts im Kosovo anstrebt. Unterstützt wird dieser Eindruck des Wunsches nach grundsätzlicher Affinität zum westlichen Demokratietyp auch durch den Umstand, daß die UCK auf Angebote islamischer Staaten, Waffen zu liefern, nicht eingegangen ist. Das ist um so überzeugender, als das größte Defizit der UCK – neben der aufgrund der Umstände unzureichenden Ausbildung – im Mangel an qualitativ anspruchsvollen Waffen bestand, etwa hochwertigen Scharfschützengewehren, panzerbrechenden Waffen und tragbaren Luftabwehrsystemen: Daß die UCK entsprechende Angebote nicht angenommen hat, hat auch der serbischen Propaganda, die die UCK wiederholt in die Nähe des islamischen Fundamentalismus zu rücken versuchte, den Wind aus den Segeln genommen<sup>6</sup>.

Wenn heute gegenüber der UCK Vorbehalte bestehen, dann sollten diese nicht auf Terrorismus- oder Fundamentalismusverdacht beruhen. Wozu die UCK bzw. die von ihr dominierte, nach Rambouillet gebildete „Kriegsregierung“ aber jetzt nach dem Abzug der serbischen Armee und paramilitärischen Einheiten aus dem Kosovo Stellung beziehen muß, ist erstens die Frage nach der Aufhebung ihrer Präsenz in Nordalbanien und zweitens ihre Position gegenüber der albanischen Minderheit in Mazedonien.

Die Präsenz der UCK in Nordalbanien hat sich im Gefolge der Flüchtlingswelle deutlich verstärkt: Die UCK trat nicht nur in den Flüchtlingslagern zunehmend als Ordnungsmacht auf, sondern es war ihr auch gelungen, mit den wichtigsten Clanführern quasi Friedensabkommen zu schließen, nachdem es wiederholt zu Überfällen auf UCK-Angehörige gekommen war, denen meist die Waffen abgenommen wurden. Ohne hierbei tiefer in Details eindringen zu wollen, kann festgestellt werden, daß die UCK dabei ist, sich in Nordalbanien stärker zu etablieren, was zu einer weiteren Erosion der ohnehin kaum existenten Kontrolle führen dürfte, die die Regierung in Tirana über die nördlichen Landesteile ausübt. Es kann, mit anderen Worten, nicht ausgeschlossen werden, daß ein von der UCK politisch dominiertes Nachkriegskosovo in eine so enge Verbindung mit einem ebenfalls UCK-durchgesetzten Nordalbanien eintritt, daß die staatliche Integrität der Republik Albanien

ernsthaft in Frage gestellt würde. Diese Möglichkeit müßte meines Erachtens auch deshalb ernst genommen werden, da das Kosovo und Nordalbanien eine ethnisch bedingte, soziokulturelle wechselseitige Affinität besitzen, deren politische Bedeutung nicht unterschätzt werden dürfte. Damit soll nicht gesagt sein, daß die UCK die Destabilisierung Albanien zum Ziel hat, sondern auf gewisse mögliche Entwicklungen hingewiesen werden, denen sich die UCK möglicherweise gar nicht entziehen könnte, würde sie nicht rechtzeitig durch Unterstreichung des provisorischen Charakters ihrer Präsenz in Nordalbanien entsprechende Vorkehrungen treffen.

Ein womöglich noch größeres Problem stellt die Frage nach der Zukunft der albanischen Minderheit in Mazedonien dar, für die eine Annäherung an ein von der serbischen Herrschaft befreites Kosovo das Vehikel eigener Autonomiebestrebungen sein könnte. Die dann zu erwartende Destabilisierung Mazedoniens würde so viele gefährliche Imponderabilien enthalten, daß gar nicht früh genug – vor allem seitens der UCK – die Voraussetzungen definiert werden können, unter denen die staatliche Integrität Mazedoniens garantiert werden könnte.

Unabhängig von den Einwänden, die der eine oder andere gegenüber der UCK hat, ist von einer Entwicklung auszugehen, die Chris Hedges wie folgt beschreibt: „Im Kosovo kann die Stationierung internationaler Truppen den Ausbruch umfassender Kämpfe verhindern und so die Atempause ermöglichen, die nötig ist, um eine gangbare Lösung auszuhandeln. Aber in Anbetracht der tiefen Kluft zwischen den Konfliktparteien ist letzteres kaum wahrscheinlich. Die internationale Gemeinschaft wäre dann mit der schwerwiegenden Wahl konfrontiert, entweder für lange Zeit im Kosovo zu bleiben oder nach der vorgeschlagenen Periode von drei Jahren abzuziehen, wobei es wahrscheinlich wäre, daß man auf beiden Seiten der Demarkationslinie wieder zu den Waffen greifen würde. Letztendlich wird es zu folgendem Ergebnis kommen: Unter Führung der UCK wird sich das Kosovo entweder mittels Verhandlungen oder durch Gewalt von Serbien trennen.“<sup>7</sup>

---

### III. Besonderheiten des bewaffneten Kampfes

---

Was die Entwicklung der kosovarischen politischen Organisationen bzw. Untergrundorganisa-

6 Persönliche Gespräche des Autors mit UCK-Vertretern.

7 C. Hedges (Anm. 1), S. 42.



tionen betrifft, gebührt Stephan Lipsius das Verdienst, einen auf seriöser Recherche basierenden Bericht verfaßt zu haben<sup>8</sup>. Was den organisierten bewaffneten Widerstand angeht, so entstanden die ersten Keimzellen der UCK etwa zu Beginn der neunziger Jahre, also quasi zeitgleich mit den Bemühungen der LDK (Demokratische Liga von Kosovo) unter ihrem Führer Ibrahim Rugova nach der Liquidierung des Autonomiestatus des Kosovo durch Belgrad, die Legitimität der serbischen Herrschaft durch Aufbau eines „Parallelstaates“ in Frage zu stellen und gleichzeitig mit friedlichen Mitteln, einem Mix aus Wahlboykotts, Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und dem Bemühen um eine Internationalisierung des Konflikts, die Rechte der Kosovoalbaner zu verteidigen bzw. wiederherzustellen<sup>9</sup>.

Die ersten Operationen der UCK bzw. von militärischen Zellen, aus denen sie sich entwickelt hat, gehen auf das Jahr 1993 zurück, waren aber in ihrem Umfang so bescheiden, daß sie keine Medienresonanz fanden. Trotzdem ist der verhältnismäßig frühe Zeitpunkt, zu dem der organisierte bewaffnete Widerstand einsetzte, in mehrfacher Hinsicht interessant: Er stellt nämlich die These in Frage, daß der bewaffnete Widerstand erst einsetzte, nachdem sich der mit dem Namen von Ibrahim Rugova verbundene gewaltlose Widerstand als unwirksam erwiesen hatte. Wenn es aber richtig ist, daß sich gewaltloser und bewaffneter Widerstand quasi zeitgleich entwickelten, dann muß man auch davon ausgehen, daß es ganz verschiedene Kreise waren, die die einander widersprechenden Konzepte von Widerstand zu realisieren versuchten. Somit liegt die Vermutung nahe, daß diese Kreise so gut wie keine Kommunikation miteinander unterhielten. Es wäre sonst auch nicht erklärbar, daß Rugova noch Jahre nach den ersten Operationen der UCK wiederholt Zweifel an der Existenz einer solchen Organisation äußerte bzw. sogar auf die Möglichkeit hinwies, die UCK könnte eine Schöpfung des serbischen Geheimdienstes zum Zweck der Provokation sein.

In der Tat handelte es sich bei den Trägern des gewaltlosen und denen des bewaffneten Widerstandes um gänzlich verschiedene Personenkreise: Erstere sind zum Teil hochgebildete Intellektuelle wie Rugova, ein Literaturhistoriker mit großer Auslandserfahrung, und der tatsächliche „Kopf“ der LDK, Rugovas Stellvertreter, der Soziologe Fehmi Agani. Agani wurde nach Beginn der Nato-Operation auf der Flucht von serbischen Sicherheitskräften ermordet. Aganis Hauptanliegen war

die Sicherung der kosovoalbanischen kulturellen Identität – ein Ziel, das er bereits in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in seiner Funktion als Prodekan der Philosophischen Fakultät der Universität Pristina und zeitweiliger Direktor des dortigen Albanologischen Instituts mit Zähigkeit und größtem diplomatischen Geschick verfocht. Aganis politisches Ziel war die Erlangung des Republikstatus innerhalb der Jugoslawischen Föderation<sup>10</sup>. Als weiterer Spiritus rector jener Strömung, die letztlich in die Programmatik der LDK einmündete, darf der seit längerem verstorbene Historiker an der Universität Pristina, Ali Hadri, gelten. Agani und Hadri oblag im wesentlichen die diffizile Aufgabe der Realisierung diverser Kulturprotokolle, wie sie seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wiederholt aufgelegt wurden. Diese Protokolle regelten die kulturellen und wissenschaftlichen Kontakte zwischen Pristina und Tirana. In diesem Umstand, abgesehen von serbischer Desinformation, könnten Gerüchte ihre Grundlage haben, die UCK sei eine Gründung des albanischen Geheimdienstes. Dabei würden allerdings Kulturprogramme, die auch vor dem Hintergrund der gemeinsamen albanisch-jugoslawischen Perzeption einer sowjetischen Bedrohung gesehen werden müssen (1968 Okkupation der Tschechoslowakei), mit Geheimdienstoperationen verwechselt werden und die sich viel später erst formierende UCK mit den geistigen Vätern des politischen Widerstandes in einen unzulässigen Zusammenhang gebracht werden.

Auch ein Verweis auf maoistische Organisationen von Kosovoalbanern, wie er meist von serbischer Seite ins Feld geführt wird, um die Urheberschaft des albanischen Geheimdienstes „Sigurimi“ für die UCK zu suggerieren, zielt aus mehreren Gründen ins Leere: Als sich die Vorläuferstrukturen der UCK Anfang der neunziger Jahre im Zentralkosovo herauszubilden begannen, hatten sich besagte „maoistische“ Organisationen – die „Organisation der Marxisten-Leninisten des Kosovo“ und die „Kommunistische Marxistisch-Leninistische Partei der Albaner Jugoslawiens“ – schon längst aufgelöst. Zum anderen können „maoistische“ Organisationen in den achtziger Jahren nicht mehr im Auftrag des „Sigurimi“ tätig geworden sein, da der albanische Diktator Enver Hoxha, er starb 1985, bereits 1976 die seit zirka 1964 sehr engen Beziehungen zur Volksrepublik China aufgrund von Differenzen in der Europapolitik eingefroren hatte. Seit 1976 spielte „Maoismus“ deshalb keine Rolle mehr in Albanien, und dies war auch für den „Sigurimi“ absolut verbindlich. Spätestens seit

<sup>8</sup> Vgl. St. Lipsius (Anm. 4).

<sup>9</sup> Vgl. Noel Malcolm, *Kosovo – A Short History*, London 1998, S. 348 ff.

<sup>10</sup> Grundlage für diese Aussage sind zahlreiche Gespräche Aganis mit dem Autor im Zeitraum 1969–1974.



dem Tod Enver Hoxhas stand das von ihm entwickelte Regime in einem so schwierigen Überlebenskampf, daß es ganz andere Sorgen hatte als die Anzettelung militärischer Aktionen im Kosovo.

Der Kern der eigentlichen UCK, wie er sich Anfang der neunziger Jahre vor allem im Zentralkosovo herausbildete, hatte mit der Welt der Intellektuellen in Pristina so gut wie nichts gemeinsam. Um verstehen zu können, warum sich unter der einfachen Landbevölkerung überhaupt ein organisierter Widerstand herausbilden konnte, sollte man sich die ungebrochene Tradition des regionalen Autonomismus vor Augen führen, wie er vor allem für die gegischen Albaner typisch ist. Mit diesem zähen Autonomismus war schon die Zentralisierungspolitik der Osmanen in der Tanzimat-Ära (1839–1869) nicht fertig geworden<sup>11</sup>. Auch das Hoxha-Regime scheiterte bei seinem Versuch, die nördlichen Landesteile zu kollektivieren<sup>12</sup>. Ein weiterer wichtiger Faktor war das uralte Gewohnheitsrecht, das vor allem in den ländlichen Gebieten auch heute noch eine gewisse Bedeutung hat und in dem beispielsweise die Pflicht zur Blutrache unter bestimmten Voraussetzungen eine zentrale Stelle einnimmt. Vor diesem Hintergrund war es verständlich, daß es nur eine Frage der Zeit sein konnte, bis die serbische Unterdrückungspolitik eine so große „kritische Masse“ von Animosität bei den mehr traditionalistisch strukturierten Teilen der kosovarischen Gesellschaft angehäuft hatte, daß diese „kritische Masse“ schließlich in Form des bewaffneten Kampfes explodierte.

In ihren frühen Entwicklungsphasen, d.h. von zirka 1992 bis zur Veröffentlichung erster „Kommuniqués“ im Frühjahr 1996, war die UCK eher eine Widerstandsorganisation als eine Befreiungsbewegung. Es standen also die Verteidigung gegen Übergriffe bzw. das militärische Abstecken von Gebieten, die für die serbischen Sicherheitskräfte „no go-areas“ wurden, im Zentrum der Aktivitäten. Diese strategische Begrenzung auf Verteidigung und Sicherung war im regionalen Autonomismus begründet, der vorerst keine weiteren Ambitionen als den Selbstschutz hatte, aber auch in der Begrenztheit der militärischen Mittel. Sowohl aufgrund der Ausbildung als auch von der Bewaffnung her war die frühe UCK für die hochgerüsteten serbischen Sicherheitskräfte überhaupt kein Gegner. Es fehlte an erfahrenen Ausbildern und Truppenführern und vor allem an wirkungsvollen Waffen wie hochwertigen Scharfschützengewehren und panzerbrechenden Mitteln. Diese

Situation begann sich ab Frühjahr 1997 etwas zu bessern, nachdem im Gefolge der albanischen Unruhen im Frühjahr 1997 die dortigen Waffenlager der Armee geplündert und ein Großteil dieser Waffen über die albanische Nordgrenze in das Kosovo verschoben worden war. Trotzdem blieb die grundsätzliche Unterlegenheit der UCK bestehen, da auch die Qualität dieser Waffen oft in keiner Weise den militärtechnischen Erfordernissen entsprach. Auch der Mangel an erfahrenen Soldaten ging zurück, da nach dem Ende der Konflikte in Bosnien und Kroatien kosovoalbanische Offiziere, die, wie z.B. der Generalstabschef der UCK, Agim Ceku, auf Seiten der Kroaten oder Bosniaken gegen die Serben gekämpft hatten, nun bei der UCK einen neuen Aufgabenbereich sahen.

Der Verlauf der Kampfhandlungen seit 1997 war dadurch gekennzeichnet, daß die UCK immer wieder versuchte, „befreite Gebiete“ auszuweisen und abzusichern, die aber dann früher oder später von den überlegenen serbischen Kräften wieder besetzt werden konnten. Genaugenommen war die Kriegsführung der UCK eine Serie von Niederlagen, mit einer Einschränkung: Die UCK konnte zwar viele Male vertrieben, aber nie vernichtet werden. Eine alte militärische Erfahrung aber besagt, daß eine Guerrillatruppe, die nicht vernichtet werden kann, sich letztendlich auf der Siegerstraße befindet. Das war wohl auch die Meinung der Serben, die nach dem militärischen Beinahe-Desaster der UCK im Sommer 1998 erleben mußten, wie sich die Organisation schnell wieder erholte und auch, vor allem aufgrund der mittlerweile kräftig fließenden Spenden der kosovoalbanischen Diaspora, deutlich verbessern konnte. Zu diesem Zeitpunkt dürfte die serbische Führung die Operation „Hufeisen“ zu planen begonnen haben, nicht nur als Lösung des Kosovo-Problems, sondern auch aus militärischen Gründen: Der UCK sollte die Bevölkerung als ihr Lebens- und Überlebenselement entzogen werden.

Diese Rechnung wurde durch das Eingreifen der Nato zunichte gemacht, und die UCK ist heute, nach dem serbischen Abzug, wohl der wichtigste Faktor in der kosovoalbanischen Politik. Das wird sie aber auf die Dauer nur bleiben können, wenn sie ihre Transformation von einer Guerrillatruppe zu einer vorwiegend politischen Organisation erfolgreich zu bewerkstelligen in der Lage sein wird. „Erfolgreich“ heißt: Zusammenarbeit mit allen relevanten politischen Gruppierungen, vor allem auch mit der LDK Rugovas, deren vorwiegend von ihr getragene, von Bujar Bukoshi geführte Regierung auf einer nicht zu unterschätzenden Legitimationsbasis steht.

11 Vgl. *Historia e Shqipërisë*, Bd. II, Tirana 1965, S. 39–92.

12 Vgl. Klaus Lange, *Die Agrarfrage in der Politik der Partei der Arbeit Albanien*, München 1981.



Am 20. Juni 1999 hat der Ministerpräsident der „anderen“ kosovarischen, „provisorischen“ Regierung und politischer Sprecher der UCK, Hashim Thaqi, das Abkommen mit der KFOR unterschrieben, das in genau festgelegten zeitlichen Schritten die Entmilitarisierung der UCK innerhalb von insgesamt 90 Tagen regelt und Perspektiven ihrer Transformation definiert. Unter Punkt 25 des Abkommens, das für die KFOR von ihrem Oberkommandierenden General Mike Jackson unterschrieben wurde, wird die Zukunftsperspektive für die UCK wie folgt definiert: „Die UCK beabsichtigt den Bestimmungen der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates zu folgen, und in diesem Zusammenhang soll die Internationale Gemeinschaft den Beitrag der UCK während der Kosovo-Krise angemessen und voll berücksichtigen und entsprechend angemessen erwägen, daß

a) vor dem Hintergrund der Transformation der UCK und ihrer Strukturen die UCK individuelle Mitglieder zur Teilnahme in Verwaltung und bei den Polizeikräften vorzuschlagen verpflichtet ist, wobei in Anbetracht der Expertise, die sie entwickelt haben, sie sich besonderer Erwägung erfreuen sollen,

b) eine Armee im Kosovo nach dem Muster der US-Nationalgarde in angemessenem Zeitraum gebildet werden soll, als Teil eines politischen Prozesses, der die Zukunft des Kosovo determinieren soll, wobei das Abkommen von Rambouillet Berücksichtigung finden soll.“

---

#### IV. Die UCK – ein seriöser Partner?

---

Mit der Unterzeichnung des Abkommens vom 20. Juni 1999 hat sich die UCK nicht nur zu Entmilitarisierung und Transformation verpflichtet, sondern auch gleichzeitig implizit den „Ritterschlag“ als wichtiger Träger zukünftiger Sicherheits- und anderer Strukturen im zukünftigen Kosovo erhalten. Seit einiger Zeit häufen sich jedoch die Bedenken gegenüber einer Partnerschaft mit der UCK, da diese in einem Ausmaß in den internationalen Drogenhandel verwickelt sei, das sie als Partner disqualifizieren muß.

Was ist wahr an solchen Beschuldigungen, die, wenn sie zuträfen, selbstverständlich zur Liquidierung der UCK als Faktor beim Aufbau neuer Strukturen im Kosovo führen müßten? Eine etwas genauere Prüfung der Grundlagen solcher Anschuldigungen zeigt, daß bisher keinerlei Beweise dafür vorliegen, daß die UCK selbst aktiv

im Drogengeschäft tätig war oder ist. Was mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dagegen angenommen werden kann, ist, daß ein Teil der an die UCK geflossenen Gelder aus kriminellen Aktivitäten stammt und die UCK nicht jeden Eingang auf ihre Konten dahingehend überprüfen konnte, ob es sich um illegal oder legal erworbene Gelder handelte. Das wäre technisch einfach unmöglich gewesen.

Einige Beispiele für Informationen, aus denen man kriminelle Tätigkeiten der UCK ableitete, waren: In der Belgrader (!) Zeitung „Politika“ vom 2. Oktober 1998 berichtete ein „jugoslawischer Drogenexperte“, daß die UCK in Albanien am Tauschhandel Drogen gegen Waffen „direkt“ teilhabe. Und merkwürdigerweise reiht der „Experte“ im selben Atemzug die UCK in eine so heterogene Gesellschaft wie die „Grauen Wölfe“ (Türkei), die „Pasdaran“ (Iran) und die „Taliban“ (Afghanistan) ein. Unter Berücksichtigung des jeweils völlig verschiedenen Charakters der genannten Organisationen fällt es schwer, dieser Analyse Glauben zu schenken. Geschickter ist aber der Versuch des „Experten“, die (nicht zu bezweifelnde!) große Bedeutung der albanischen Mafia im Heroinhandel – unbelegt – als Aktivität der UCK zu suggerieren, nach der Logik: Viele Albaner handeln mit Drogen, die UCK besteht aus Albanern, also handelt die UCK mit Drogen.

Am 24. März 1999 meldete die französische Nachrichtenagentur AFP, daß die Londoner „Times“ darüber berichtete, daß die UCK ihren Kampf „... zum Teil mit Drogengeldern ...“ finanziere. Kosovoalbaner seien am Drogenhandel beteiligt und lieferten die Profite nach Hause. Außerdem bereite Europol einen Bericht vor, aus dem nach Ermittlungen des BKA hervorgehe, daß „... der Heroinhandel in Westeuropa inzwischen größtenteils in die Hände von Kosovo-Albanern übergegangen sei“. Ein Nachweis – wie Namen, Ort und Zeit – der von der UCK durchgeführten Transaktionen unterbleibt auch hier.

Auch die russische Agentur „Novosti“ berichtete am 24. März 1999 vom „Verdacht“, daß „... the world drug mafia is financing the Kosovo Liberation Army ...“. Und schwedische „intelligence informations“ stützen die Annahme einer „Verbindung zwischen UCK und Drogengeld“. Außerdem behaupteten laut „Novosti“ (ungenannte) deutsche Polizeixperten, daß die UCK seit Beginn ihres Kampfes 900 Millionen D-Mark erhalten habe, wovon die Hälfte aus Drogengeldern stamme. Beweise für diese Behauptungen konnten aber bisher nicht erbracht werden.



## V. Zur Zielsetzung der UCK

Die UCK war bis zur Unterzeichnung des Abkommens vom 20. Juni 1999 ausschließlich eine militärische Organisation mit dem vorrangigen Ziel der Befreiung des Kosovo von der Unterdrückung durch die serbischen Sicherheitskräfte. Zwar verfügte der Generalstab der UCK über eine Art „politisches Direktorat“, an dessen Spitze Hashim Thaqi stand, aber dieses politische Element hatte erst verhältnismäßig spät an Bedeutung gewonnen, und das auch nur als Koordinationsstelle für die sich seit Sommer 1998 verdichtenden diplomatischen Kontakte. Die Entwicklung eines politischen Programmes wurde von der UCK vor dem Hintergrund der erbitterten militärischen Auseinandersetzung nicht als prioritär empfunden. Anders stellt sich die Frage bei den politischen Parteien, die sich im Laufe der Zeit der UCK angenähert haben und mit ihr, wie etwa im Fall der LPK (Volksbewegung von Kosovo), eine partielle Symbiose eingegangen sind. Welche programmatischen Impulse sind von daher möglicherweise an die UCK herangetragen worden?

In diesem Zusammenhang sei grundsätzlich darauf hingewiesen, daß politische Parteien auf dem Balkan traditionsgemäß in geringerem Umfang Programmparteien sind, als das in Westeuropa der Fall ist. Von daher ist es in einigen Fällen schwierig, Programmpunkte zu identifizieren, die mit Sicherheit als langfristige Zielsetzung in Frage kommen könnten. Für den dargelegten Zusammenhang sind zwei Zielsetzungen wichtig, die auf ihre Relevanz für die UCK hin überprüft werden sollten: Schaffung einer selbständigen „Republik Kosovo“ und Verwirklichung von „Großalbanien“.

Was die erstere Zielsetzung angeht, so besteht quer durch alle wichtigen Parteien die einmütige Auffassung, daß am Ziel der staatlichen Souveränität für das Kosovo festgehalten werden muß. Dabei fühlt man sich an das Referendum vom September 1991 gebunden, in dem nach Angaben der Organisatoren 87 Prozent der Wahlberechtigten teilnahmen, von denen wiederum 99 Prozent für eine unabhängige Republik stimmten<sup>13</sup>. Diesem Ziel fühlt sich auch die UCK verpflichtet.

Was die Schaffung eines „Großalbanien“ betrifft, d.h. die Vereinigung der wesentlichen albanischen Siedlungsgebiete in einem Staat, so wurde diese Zielsetzung gelegentlich von Teilen der LPK, LPCK (Volksbewegung für die Befreiung Kosovos) und LBDK (Bewegung für die demokratische

Vereinigung Kosovos) – nicht aber so sehr von der LDK – vertreten. Entsprechend wurden auch innerhalb der UCK von einigen Repräsentanten, allerdings in wesentlich geringerem Maß als in den Parteien, entsprechende Planspiele konstruiert.

Im Augenblick steht „Großalbanien“ für die UCK nicht auf der politischen Agenda. Primär wird man mit dem Aufbau des Kosovo auf lange Zeit beschäftigt sein, und die politischen Eliten in Tirana und Pristina sehen keinerlei Vorteile in einer Vereinigung. Die Regierung in Tirana ist bei aller Sympathie für das Kosovo nicht daran interessiert, den gegischen Bevölkerungsanteil im Vergleich zu dem toskischen im Süden des Landes übermächtig werden zu lassen, was infolge einer Vereinigung der Fall wäre. In Pristina geht man davon aus, daß man bald den wirtschaftlichen Vorkriegsstandard wieder erreichen und sogar überschreiten wird, während man in Albanien, wie das früher auch schon war, eher den „armen Verwandten“ sieht, zu dem man sich zwar bekennt, mit dem man aber auf Dauer nicht unter einem Dach leben will.

Unklar ist allenfalls der zukünftige Status der Albaner in Mazedonien. An dessen territorialer Integrität darf auf keinen Fall gerüttelt werden, will man nicht einen weiteren Konflikt auf dem Balkan riskieren. Auf dieses Thema angesprochen, weisen UCK-Vertreter darauf hin, daß die UCK eine rein kosovarische Organisation und nicht die politische Vertretung der Albaner in Mazedonien sei. In Anbetracht des Status der Albaner in Mazedonien, der wesentlich besser ist, als es der der Kosovo-Albaner war, ist allerdings auch nicht damit zu rechnen, daß sich in Mazedonien in überschaubaren Zeiträumen eine ähnlich explosive Situation ergeben wird, wie das im Kosovo der Fall war.

Das Thema „Aufbau und Entwicklung“ steht heute im Mittelpunkt. Das gilt auch für die UCK, die im Zuge ihrer eingeleiteten Transformation einen mehr politisch-zivilen Charakter anzunehmen beginnt: Der ehemalige Kämpfer, der damit beginnt, erste Verwaltungsstrukturen aufzubauen oder die Müllabfuhr zu organisieren, ist heute schon keine Seltenheit mehr. Optimistisch stimmt auch die Tatsache, daß die UCK mit den übrigen politischen Parteien immer intensiver kommuniziert und darüber hinaus auch versucht, politisch ungebundene Fachleute in den Aufbau prozess einzubinden. Dem langjährigen Beobachter der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im Kosovo erscheint es als sehr plausibel, daß die UCK in Kooperation mit Persönlichkeiten wie Rugova, Bukoshi, Qosja u. a. einen konstruktiven Beitrag zum Wiederaufbau des Landes leisten wird.

13 Vgl. N. Malcolm (Anm. 9), S. 347.



### **Jens Reuter: Die Entstehung des Kosovo-Problems**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/99, S. 3–10

Das Kosovo-Problem ist ein klassisches Beispiel für einen Territorialkonflikt, in dem historisch begründete mit ethnisch fundierten Ansprüchen zusammenprallen. Die Serben behaupten, daß das Kosovo im Mittelalter die Wiege ihrer Kultur und Kirche sowie das politische Zentrum ihres Reiches war. Für sie ist es das „serbische Jerusalem“. Die Kosovo-Albaner dagegen meinen, sie seien die Abkömmlinge der alten Illyrer und damit die Ureinwohner dieser Region. Als das älteste Volk auf dem Balkan hätten sie schon lange Zeit im Kosovo gelebt, bevor die Slawen am Ende des 6. Jahrhunderts auf den Balkan kamen. Der Beitrag beschreibt die Verwobenheit von politischer Mythologie und Realgeschichte und zeigt die Brisanz auf, die sie bis heute besitzt.

### **Wolf Oschlies: Zur Haltung der südosteuropäischen Staaten im Kosovo-Konflikt**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/99, S. 11–21

Die militärische Auseinandersetzung zwischen der NATO und der Republik Jugoslawien ist zu Ende. Dieser ungleiche Konflikt zwischen dem Militärbündnis des demokratischen Westens und einem postkommunistischen Diktator in Serbien ließ allen Anrainerstaaten keine Wahl: Zur NATO stehen hieß, Glaubwürdigkeit zu demonstrieren und die eigenen Chancen zur euroatlantischen Integration zu verbessern. Es bedeutete aber auch, „Kollateralschäden“ durch Wirtschaftsverluste und Flüchtlingsströme hinzunehmen – ohne mehr als vage Hoffnungen auf „Kollateralnutzen“ dafür zu bekommen.

In der nächsten Zukunft werden die westlichen Länder und vor allem die EU gefragt sein: Milliarden werden für den Wiederaufbau benötigt, ein „Stabilitätspakt“ soll den Balkan vor weiterer „Balkanisierung“ bewahren, und den Integrationswünschen der Balkanländer ist entgegenzukommen. Die Notwendigkeit dazu ist unstrittig, die Risiken sind es aber auch: Die Schutz- und Hilfsbedürftigkeit der Länder stellt sich für die EU als Belastung ihrer Strukturen, Ziele und Möglichkeiten dar.

### **Marie-Janine Calic: Die Jugoslawienpolitik des Westens seit Dayton**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/99, S. 22–32

Der serbisch-albanische Konflikt im Kosovo wurde vielfach vorhergesagt. Trotz seiner immensen Sprengkraft blieb er aber bei den Friedensverhandlungen in Dayton ausgespart. Daß die präventive Diplomatie, soweit sie überhaupt stattfand, auch in den Folgejahren scheiterte, ist nicht zuletzt auf die diffuse Politik des Westens gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) zurückzuführen. Wichtige politisch-diplomatische Instrumente konnten wegen der anhaltenden Isolation des Landes nicht zum Einsatz kommen, wie zum Beispiel die Mechanismen der OSZE, aus der die BRJ ausgeschlossen ist. Auch nach dem Ende des Kosovo-Krieges bleiben dem Westen im Sommer 1999 die Hände gebunden. Eine klar definierte Politik gegenüber Belgrad gibt es nicht. Als Ersatz dient die gebetsmühlenartig wiederholte Forderung, daß Slobodan Milosevic von den Schalthebeln der Macht entfernt werden müsse. Auch die Nach-Milosevic-Ära dürfte jedoch von tiefgreifenden strukturellen Problemen im ökonomischen, politischen und verfassungsrechtlichen Bereich geprägt bleiben. Die BRJ bildet derzeit den gefährlichsten Krisenherd Südosteuropas.

### **Klaus Lange: Die UCK – Anmerkungen zu Geschichte, Struktur und Zielen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/99, S. 33–39

Mit der Unterzeichnung des Abkommens vom 20. Juni 1999, das zwischen der UCK und der KFOR geschlossen wurde und die Entmilitarisierung und die Transformation der UCK thematisiert, leitete die Organisation den Beginn des Wandels von einer militärischen Befreiungsbewegung zu einem zivilen Ordnungsfaktor ein. Die UCK hat seit ihren Anfängen zu Beginn der neunziger Jahre eine Entwicklung von einer vorrangig regionalen, autonomistischen Widerstandsorganisation, deren Kerngebiete in vorwiegend ländlichen Regionen zu finden waren, hin zu einer das gesamte Kosovo umfassenden Befreiungsbewegung durchlaufen. Für die UCK steht das Thema des Wiederaufbaues und der Schaffung einer Zivilverwaltung im Vordergrund. Es besteht gerade angesichts des heutigen Problemdruckes Anlaß zur Hoffnung, daß sie sich trotz des hohen Prestiges, das sie bei der Bevölkerung genießt, mit den anderen wichtigen Parteien letztendlich in einer pragmatischen Kooperation finden wird.